

Die unbekanntenen Politikverhandler im Umbruch Europas: Zeitzeugeninterviews mit ausgewählten Staatssekretären der letzten DDR-Regierung 1990

Kunter, Katharina (Ed.); Paulmann, Johannes (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Die Publikation wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds für Monografien der Leibniz-Gemeinschaft gefördert. / The publication was supported by the Open Access Publishing Fund of the Leibniz Association.

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kunter, K., & Paulmann, J. (Hrsg.). (2023). *Die unbekanntenen Politikverhandler im Umbruch Europas: Zeitzeugeninterviews mit ausgewählten Staatssekretären der letzten DDR-Regierung 1990* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beihefte, 138). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. <https://doi.org/10.13109/9783666571466>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Katharina Kunter / Johannes Paulmann (Hg.)

Die unbekannt^{en} Politikverhandler im Umbruch Europas

Zeitzeugeninterviews mit ausgewählten Staatssekretären der
letzten DDR-Regierung 1990





Veröffentlichungen des
Instituts für Europäische Geschichte Mainz

Beiheft 138

Die unbekanntenen Politikverhandler im Umbruch Europas

Zeitzeugeninterviews mit
ausgewählten Staatssekretären
der letzten DDR-Regierung 1990

Herausgegeben von
Katharina Kunter und Johannes Paulmann

Vandenhoeck & Ruprecht

Die Publikation wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds
für Monografien der Leibniz-Gemeinschaft
und aus Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
(Projekttitle: Die unbekanntenen Politikverhandler im Umbruch Europas. Zeitzeugeninterviews
mit ausgewählten Staatssekretären und Staatssekretärinnen der letzten und demokratisch
gewählten DDR-Regierung 1990, Projektnummer: DO 095-2020) gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Vandenhoeck & Ruprecht, Robert-Bosch-Breite 10, D-37079 Göttingen,
ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande;
Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh,
Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress
und Wageningen Academic.

Das Werk ist als Open-Access-Publikation im Sinne der Creative-Commons-
Lizenz BY-SA International 4.0 (»Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen –
Keine weiteren Einschränkungen«) unter dem DOI 10.13109/9783666571466 abzurufen.

Um eine Kopie dieser Lizenz zu sehen, besuchen Sie
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.

Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz erlaubten Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Filmstudio, Quelle: Getty Images,
Bild-Nr.: 1091237152, Bildnachweis: brightstars, Lizenztyp: Lizenzfrei.

Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen
Satz: le-tex publishing services, Leipzig
Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co. BuchPartner, Göttingen
Printed in the EU.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0170-365X (print)

ISSN 2197-1056 (digital)

ISBN 978-3-525-57146-0 (print)

ISBN 978-3-666-57146-6 (digital)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
--------------	---

Katharina Kunter

Ein vergessener demokratischer Regierungswechsel in Deutschland. Staatssekretäre und Staatssekretärinnen im Zeitzeugeninterview	11
---	----

1. Zeitzeugeninterview mit Almuth Berger

Almuth Berger

Ehemalige Staatssekretärin für Ausländerfragen	25
--	----

2. Zeitzeugeninterview mit Dr. Helmut Domke

Dr. Helmut Domke

Ehemaliger Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten	47
--	----

3. Zeitzeugeninterview mit Dr. Petra Erler

Dr. Petra Erler

Ehemalige Staatssekretärin für Europafragen.....	65
--	----

4. Zeitzeugeninterview mit Helga Kreft

Helga Kreft

Ehemalige Staatssekretärin im Familien- und Frauenministerium.....	85
--	----

5. Zeitzeugeninterview mit Hans Misselwitz

Hans Misselwitz

Ehemaliger Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten	103
--	-----

Anhang

1. Dokumente	119
2. Personenregister	129
3. Verzeichnis der Herausgebenden	131

Vorwort



Abbildung 1: Podiumsveranstaltung am 26. September 2022 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin, bei der Filmausschnitte der Zeitzeugeninterviews gezeigt und mit drei der Staatssekretäre vertieft wurden (v.l.n.r.: Katharina Kunter, Hans Misselwitz, Helga Kreft, Almuth Berger und Johannes Paulmann).
Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

Die deutsche Einheit ist das Ergebnis eines nur wenige Monate beanspruchenden Verhandlungsprozesses zwischen der frei gewählten letzten DDR-Regierung mit ihren Verhandlungsführern, der westdeutschen Bundesregierung und als Dritte den europäischen wie internationalen Regierungsvertretern. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit und in geschichtswissenschaftlichen Darstellungen ist das hoch komplexe, unter enormem Zeitdruck stehende politische Aushandeln kaum präsent. Aus dem Blick ist vor allem eine Gruppe von Personen geraten, die 1990 zum Gelingen des Transformations- und Vereinigungsprozesses im alltäglichen politischen Geschäft Wesentliches beitrug: die Staatssekretäre der demokratisch legitimierten Regierung der DDR. Es gibt weder schriftliche Quellensammlungen noch systematische Zeitzeugeninterviews, die die politische Tätigkeit und die biografischen Prägungen dieser Männer und Frauen erschließen. Dabei sind sie zentrale Zeitzeu-

gen der friedlichen und demokratischen Transformation der DDR. Als Experten wussten die unbekanntenen Politikverhandler in ihren jeweiligen Bereichen bestens über vorhandene Defizite, Probleme und Herausforderungen Bescheid – auch aus bis dahin von der SED-Diktatur unter Verschluss gehaltenen Akten. Der vorliegende Band transkribierter Interviews mit fünf ausgewählten Staatssekretären und Staatssekretärinnen leuchtet diese historische Leerstelle exemplarisch aus.

Er dient damit nicht nur der zeitgeschichtlichen Erinnerung, sondern möchte zugleich dazu beitragen, die Leistungen der einzig demokratisch legitimierten DDR-Regierung anzuerkennen. Wie der ehemalige Außenminister Markus Meckel in seinem im Anhang abgedruckten Briefwechsel mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eindringlich anmahnt, ist die Einordnung und Anerkennung von Mitgliedern der letzten DDR-Regierung rechtlich und damit auch politisch bis heute »eine unerledigte Aufgabe der deutschen Einheit«.¹

Für die Auswahl der Zeitzeugeninterviews waren neben der grundsätzlichen Bedeutung der Tätigkeitsfelder vor allem die europäischen Dimensionen der Vorgänge zentral, denn es sollte nicht eine deutsch-deutsche Nationalgeschichte bedient, sondern ihre internationalen Verflechtungen sichtbar gemacht werden. Wir sind sehr dankbar, dass die von uns angesprochenen Persönlichkeiten bereit waren, sich Zeit zu nehmen und auf Fragen einzulassen, die sowohl das betrafen, was sie erfolgreich mitgestalten konnten, als auch das, womit sie scheiterten. Der Dank gilt Dr. Helmut Domke, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, u. a. für den Abzug der sowjetischen Truppen zuständig; Almuth Berger, Staatssekretärin im Amt des Ministerpräsidenten, zuständig für Ausländerfragen und die Einwanderung sowjetischer Juden in die DDR; Dr. Petra Erler, Staatssekretärin im Amt des Ministerpräsidenten, zuständig für Europafragen und die Integration der DDR in die Europäischen Gemeinschaften; Helga Kreft, Staatssekretärin im Familien- und Frauenministerium; und schließlich Hans Misselwitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, vor allem für die Zwei-plus-Vier-Gespräche zuständig.

Die Interviews sind ein 2020 begonnenes gemeinsames Vorhaben des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte Mainz und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das unter dem Titel »Die unbekanntenen Politikverhandler im Umbruch Europas. Zeitzeugeninterviews mit ausgewählten Staatssekretären und Staatssekretärinnen der letzten und demokratisch gewählten DDR-Regierung

1 Siehe in diesem Band S. 118–123: Markus Meckel und Rainer Eppelmann an Bundeskanzlerin Angela Merkel, 12. Februar 2020, sowie Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister Helge Braun, an Markus Meckel und Rainer Eppelmann, 7. April 2020.

1990« (DO 095-2020) stand.² Coronabedingt verzögerte sich die Durchführung der Interviews und damit die Sicherung, Dokumentation und Auswertung des Materials bis in das Jahr 2022 hinein. Den öffentlichen Abschluss des Projekts bildete eine mehrfach verschobene Podiumsveranstaltung am 26. September 2022 in der Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin, bei der Filmausschnitte der Zeitzeugeninterviews gezeigt und mit drei der Staatssekretäre vertieft wurden.³ Wir sind der Bundesstiftung Aufarbeitung für die Förderung sehr dankbar und auch für die Flexibilität in der Durchführung unter den pandemischen Bedingungen. Die Aufnahmen der Interviews werden durch die Bundesstiftung Aufarbeitung aufbewahrt und können dort zu Forschungszwecken angesehen werden. Ein besonderer Dank gilt Michael Günther und seinem Team von mind in motion aus Berlin. Er hat die Interviews technisch und filmisch in höchst beeindruckender und professionaler Art vorbereitet, durchgeführt und fertiggestellt. Der größte Dank gebührt schließlich Katharina Kunter: Sie hatte die Idee zu dem Vorhaben, sie führte die Interviews durch und hat sie schließlich transkribiert, sodass sie in der Schriftenreihe des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte publiziert werden können.

Mainz, im August 2022

Johannes Paulmann

2 Vgl. hierzu eine kurze Darstellung des Projektes auf URL: <<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/revolution-transformation/projektpraesentation-30-jahre-deutsche-einheit/unbekannte-politikverhandler>> (01.11.2022).

3 URL: <<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/die-unbekanntent-politikverhandler-im-umbruch-europas>> (01.11.2022).

Katharina Kunter

Ein vergessener demokratischer Regierungswechsel in Deutschland

Staatssekretäre und Staatssekretärinnen
im Zeitzeugeninterview



Abbildung 2: Dr. Katharina Kunter beim Zeitzeugengespräch mit Hans Misselwitz am 2. Dezember 2020.

Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

Nach der Wahl des neuen Bundeskanzlers Olaf Scholz und der Vereidigung der neuen Minister und Ministerinnen der Ampel-Koalition am 8. Dezember 2020 betonten zahlreiche Medien den gelungenen und friedlich vollzogenen Regierungswechsel. Wulf Schmiese kommentierte etwa am Ende des Tages im ZDF: »Eine so reibungslose, fast freundschaftliche Übergabe schafft Vertrauen und gibt Si-

cherheit«¹, und die New York Times wies in ihrem Bericht darauf hin, dass viele Deutsche stolz auf den von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorbereiteten reibungslosen Übergang seien.² In diesem Zusammenhang zitierte sie den früheren deutschen UN-Botschafter und langjährigen außenpolitischen Berater Merkels mit den Worten: »We are witnessing a very good democratic transition where there is a basic consensus« und: »I am a little proud of our democracy the way it's managed this transition without schadenfreude, without hatred, without malice.«³

Die Betonung des friedlich vollzogenen Regierungswechsels in Deutschland hatte – vor dem Hintergrund des ein Jahr zurückgelegenen gewalttätigen Sturms von Trump-Anhängern auf das Kapitol in Washington und der sich zunehmend radikalisierenden und demokratiefeindlichen »Querdenker-Bewegung« in Deutschland – vor allem eine aktuelle politische Funktion. Sie sollte angesichts journalistisch wahrgenommener Gefährdungen der Demokratie in Deutschland die Stabilität des deutschen Regierungssystems bezeugen. Aus dieser Perspektive lag dann der vergleichende Blick in die USA offensichtlich näher als eine historische Perspektive zu bisher vollzogenen Regierungswechseln in Deutschland. So wurde allerdings übersehen – oder zumindest nicht öffentlich thematisiert –, dass der Wechsel zur Ampel-Koalition nicht der erste Regierungswechsel für die scheidende Bundeskanzlerin war. Denn als stellvertretende Regierungssprecherin unter dem ersten frei und demokratisch gewählten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière hatte sie bereits 1990 einen außergewöhnlichen Regierungswechsel erlebt und politisch mitgestaltet. Unter wesentlich komplexeren politischen Bedingungen hatte sich auch dieser gewaltfrei, friedlich und professionell vollzogen. Vielleicht kann man sogar behaupten, dass der damalige Regierungswechsel so lautlos von staten ging, dass er sich der kollektiven Erinnerung Deutschlands nach 1990 entzog und auf längere Sicht vergessen wurde. Dazu trug sicherlich auch die Macht der Bilder bei: Zwischen den expressiven Bildern vom Herbst 1989, dem Mauerfall vom 9. November 1989 und der Einheitsfeier am 3. Oktober 1990 vor dem Berliner Reichstag war kein Platz für Bilder von trocken anmutender Regierungsarbeit, von sich scheinbar selbst abwickelnden Verhandlungen, Besprechungen und Reisetätigkeiten der letzten DDR-Regierung. Hinzu kam, dass lange Zeit außerhalb des Kreises der damals Beteiligten nur in groben Zügen bekannt war, was diese letzte DDR-Regierung im Konkreten leistete. In der Forschung dominierten vor allem übergeordnete westdeutsche und außenpolitische Perspektiven über das Interesse an einzelnen Sachthemen.

1 URL: <<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/machtwechsel-rundum-gelungen-100.html>> (08.10.2022).

2 URL: <<https://www.nytimes.com/2021/12/08/world/europe/germany-merkel-scholz-chancellor-government.html>> (08.10.2022).

3 Ebd.

Die dadurch entstandene Leerstelle und die Vernachlässigung der Arbeit der letzten DDR-Regierung als Teil der Friedlichen Revolution und der friedlichen demokratischen Transformation der DDR unterstützte die Ausbildung unterschiedlicher Narrative in Ost- und Westdeutschland: So wurde im Trubel der tagesaktuellen Ereignisse 1990 im Osten Deutschlands die Arbeit der letzten DDR-Regierung nur von wenigen bewusst wahrgenommen. Die Erkenntnis, dass die DDR im Herbst 1990 nicht als ein Unrechtsstaat oder eine Diktatur in das neue Deutschland übergang, sondern politisch verhandelt und geordnet durch eine frei gewählte Regierung, setzte sich deshalb nicht auf breiter Ebene durch. Das war anschlussfähig für diejenigen, die SED-nah den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes als kolonialen oder neoimperialistischen »Anschluss« der DDR an die Bundesrepublik deuteten. Für sie stellten die Verhandlungen der letzten DDR-Regierung einen Störfaktor dar, und zwar nicht nur, weil es sich bei dieser Regierung um die durch die ersten freien Volkskammerwahlen legitimierten, siegreichen Protagonisten des Herbstes 1989 handelte, die nun statt der alten SED-Kader die Regierungsgeschäfte führten. Es passte auch nicht in ihre Deutung, weil diese Regierung die Schuldzuweisung unterlief, nach der die Bundesrepublik Millionen von DDR-Bürgern und -Bürgerinnen ihrem ungewissen, oftmals existenzbedrohenden wirtschaftlichem Schicksal bewusst ausgeliefert habe.

Die Arbeit und die Erfolge der letzten DDR-Regierung wurden jedoch nicht nur auf ostdeutscher Seite ausgeblendet. Es passte zugleich auch bestens in das aggressiv öffentlich vertretene westdeutsche Deutungsschema, nach dem sich wahlweise der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl oder der ehemalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble für die eigentlichen und alleinigen Macher und Motoren der deutschen Einheit hielten.⁴

Es dauerte lange, bis diese Deutungen durch neu gesichtete oder edierte Dokumente und Quellensammlungen, durch sich von ihnen abgrenzende historiographische Darstellungen oder auch Zeitzeugenbeiträge differenziert wurden.⁵

Über 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung erachtet auch vor dem Hintergrund, dass nicht alle ehemals sozialistisch regierten Länder Mittel- und Osteuropas in dieser Zeit eine politisch und wirtschaftlich erfolgreiche und im Großen und Ganzen stabile demokratische Transformation durchlaufen haben, ein neues Interesse an unterschiedlichen Dimensionen des DDR-Macht- und Regierungswechsels: Inwiefern war die letzte DDR-Regierung

4 Vgl. Helmut KOHL, *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996 und Wolfgang SCHÄUBLE, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991.

5 Beispielsweise u. a. Olaf JACOBS/die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, *Die Staatsmacht, die sich selbst abschaffte. Die letzte DDR-Regierung im Gespräch*, Halle 2018; Ed STUHLER, *Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit*, Berlin 2010; Markus MECKEL, *Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen*, Leipzig 2020.

durch ihre geräuschlose, professionelle und seriöse Arbeit ein zentraler Teil des postsozialistischen, demokratischen Transformationsprozesses? Wie verliefen der Machtwechsel und die Ämterübergabe zwischen der alten SED-Regierung und den neuen, nicht aus einer politischen Kadenschmiede kommenden Männern und Frauen, die Minister- und Staatssekretärsaufgaben übernahmen? Was waren deren politische Vorstellungen und Anliegen, für die sie sich in den letzten Monaten der DDR einsetzten? Was wollten sie in deutsch-deutschen und internationalen Verhandlungen zu einem »guten Ende« führen, was wollten sie gestalten, aus der DDR-Zeit bewahren und in die deutsche Einheit mitbringen? Wo gelang das und mit welchen Resultaten; wo ergaben sich Handlungsspielräume, wo scheiterten sie? Und welche neuen Akzente ergeben sich aufgrund dieser Einsichten für eine differenzierte historische und politische Deutung des Jahres 1990 und der Wiedervereinigung?

Quellensicherung: Staatssekretäre der letzten DDR-Regierung

Auf der Suche nach Antworten auf diese und weiterführende Fragen stellte sich heraus, dass wichtige Akteure des demokratischen Transformationsprozesses in der DDR bislang kaum als Zeitzeugen wahrgenommen, befragt und somit ihre Einschätzung und Erinnerung als Quelle gesichert wurden: Nämlich die letzten Staatssekretäre der DDR. Sie wurden als Staatssekretär der Minister, Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990, am 12. April 1990 als die einzige demokratisch gewählte Regierung der DDR unter Ministerpräsident Lothar de Maizière vereidigt. In den turbulenten Tagen und Wochen der ersten Hälfte des Jahres 1990 befand sich die gesamte Regierung mit ihrem Ministerpräsidenten, ihren Ministern, Staatssekretären und weiteren Mitarbeitern in einer Ausnahmesituation: Sie waren ohne politische und ministerielle Vorerfahrung angetreten und sollten nun, dem Wahlauftrag gemäß, die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingen für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erarbeiten und verhandeln. Dazu wurden 22 Ministerien zumeist nach bundesdeutschem Vorbild neu gebildet bzw. umstrukturiert. Jedes Ministerium hatte mindestens einen, meistens aber mehrere Staatssekretäre oder parlamentarische Staatssekretäre. Im intensiven Verhandlungsprozess zur deutschen Einheit und mitten im europäischen Umbruch waren alle Kräfte gefragt. Die Staatssekretäre hatten dabei eine Scharnierfunktion: Sie handelten im Auftrag der Minister und setzten deren Vorgaben um. Zugleich besaßen sie umfangreiches Spezial- und Detailwissen, kannten die beteiligten Personen und bereiteten die Verhandlungen häufig nicht nur vor, sondern führten sie auch durch.

Im Gegensatz zu den Ministern sind die Staatssekretäre der letzten DDR-Regierung allerdings in Öffentlichkeit und Geschichtswissenschaften kaum als Akteure des politischen Transformationsprozesses der DDR bewusst, der dann im

Rahmen des europäischen Umbruchs zur deutschen Einheit führte. Es gibt weder schriftliche Quellensammlungen noch systematische Zeitzeugeninterviews, die die politische Aufgabe und die biografisch geprägten Expertisen dieser letzten DDR-Staatssekretäre in den Blick nehmen. Dabei sind gerade sie eine besonders interessante politische Gruppe, da sie als Experten der Transformation in ihren jeweiligen Bereichen bestens über vorhandene Defizite, Probleme und Herausforderungen Bescheid wussten. Sie hatten erstmals Zugang zu bis dahin von der SED-Diktatur unter Verschluss gehaltenen Quellen und Problembeschreibungen. Zugleich waren sie Träger eines neuen, demokratischen Programms und ihr Handeln war auf eine freie und demokratische Struktur der Gesellschaft in der DDR ausgerichtet. Selbstredend waren sie in der DDR sozialisiert worden, aber insbesondere im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten verstanden sie ihr Handeln als in eine europäische und internationale Dimension eingebettetes und deuteten es nicht nur in der deutsch-deutschen Perspektive.

Die Staatssekretäre waren allerdings nicht nur Experten mit spezifischem Wissen, die den Weisungen der Minister folgten, sondern waren in diesem Rahmen auch selbstständig Handelnde mit einer eigenen (politischen) Biografie und impliziten Leitlinien. Sie konnten Handlungsspielräume eröffnen (oder auch schließen). Die Minister und ihre Staatssekretäre nahmen auch eigene diplomatische Beziehungen, etwa zu den Europäischen Gemeinschaften, auf, mit denen sie zu eigenständigen Vereinbarungen im Hinblick auf die zukünftige Rolle der DDR kommen wollten; und sie begannen bilaterale diplomatische Gespräche mit den Vertretern der mittel- und osteuropäischen Staaten. Auch hier gab es, der Ressortverteilung der Ministerien entsprechend, großen Handlungsbedarf: Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten war beispielsweise neben den Zwei-plus-Vier Gesprächen der Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR zu verhandeln, im Verteidigungsministerium galt es, nicht nur die Auflösung der Nationalen Volksarmee (NVA) und ihre Integration in die Bundeswehr zu klären, sondern auch die außenpolitische Frage, wie die NVA aus dem Warschauer Pakt herausgelöst werden kann. Zu einer eigenen Beauftragung wurde beispielsweise auch der Aufenthaltsstatus der in der DDR lebenden Ausländer. Heute ist in der breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt, dass es die letzte DDR-Regierung war, die die Einwanderung sowjetischer Juden als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland auf die politische Agenda setzte und aushandelte.⁶ Umso historisch ungerechter erscheint, dass erst jüngst Wolfgang Schäuble sich und der damaligen Bundesregierung dieses Verdienst zugeschrieben hat.⁷

6 Siehe hierzu ausführlicher das Zeitzeugeninterview in diesem Band mit Almuth Berger.

7 Vgl. Rede von Wolfgang Schäuble am 14. Juni 2021 zum Thema »30-Jahre jüdisch Zuwanderung. Erfolge und Herausforderungen« im Rahmen von »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«, on-

In der historischen Deutung ist aus dem Blick geraten, dass die deutsche Einheit das Ergebnis eines – für die Wichtigkeit des Ereignisses kurzen – mehrmonatigen Verhandlungsprozesses zwischen der frei gewählten, letzten DDR-Regierung durch ihre demokratisch legitimierten Verhandlungsführer (eben u. a. die Staatssekretäre), der westdeutschen Bundesregierung und zahlreichen europäischen Diplomaten und internationalen Regierungsvertretern war. Dieses im alltäglichen politischen Geschäft hochkomplexe Zusammenwirken sowie die europäischen und international geprägten Dimensionen des Transformations- und Einheitsprozesses sollte durch fünf Zeitzeugeninterviews mit ausgewählten Staatssekretären und Staatssekretärinnen näher ausgeleuchtet werden.

Die Liste der 22 damals neu gebildeten Ministerien mit den Männern und Frauen, die als Minister, Staatssekretäre, Referenten, Verwaltungsangestellte und als weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Ministerpräsident Lothar de Maizière in den unterschiedlichen Themenfeldern und Ressorts die politische Transformation der DDR in eine Demokratie umsetzten und die Verhandlungen zur deutschen Einheit leiteten, sind durch die Website der Bundesstiftung Aufarbeitung »deutsche-einheit-1990.de« bereits sehr gut dokumentiert und öffentlich abrufbar.⁸ Hier findet man in den meisten Fällen auch kurze Zeitzeugeninterviews mit den damaligen Ministern, weiterführende Organisationsschemata der Ministerien sowie digital veröffentlichte Schlüsseldokumente aus den Ministerien. Diese stammen fast alle aus dem Bestand des Bundesarchivs.⁹ Ebenso sind sämtliche zugehörigen Staatssekretäre und Staatssekretärinnen sowie und parlamentarischen Staatssekretäre mit Geburtsdaten, einer Kurzbiografie und einem Bild auf dieser Website verzeichnet. Es ist jedoch kaum einer dieser Amtsinhaber mit einem weiteren Dokument oder Interview vertreten.¹⁰ Die vorliegende Veröffentlichung schließt diese Forschungslücke mit exemplarisch fünf transkribierten Zeitzeugeninterviews. Die Interviews fanden im Kontext des 2020 gemeinsam vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur begonnenen Forschungsprojekts »Die unbekanntenen Politikverhandler im Umbruch

line unter: URL: <<https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2021/20210614-850712>> (13.09.2022).

8 URL: <<https://deutsche-einheit-1990.de/>> (13.09.2022). Vgl. auch die Übersicht mit Biografien des Ministerpräsidenten, der Minister, Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatssekretäre, die zu Regierungsbeginn der Regierung de Maizière von der Neuen Darmstädter Verlagsgesellschaft herausgegeben wurde: Neue Darmstädter Verlagsgesellschaft (Hg.), Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Darmstadt 1990.

9 Der Bestand DC 20 beinhaltet Dokumente, Akten, Schriftverkehr, Referate etc. des Ministerrats der Regierung Lothar de Maizière vom April bis zum Oktober 1990; Archivgut des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten befindet sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes.

10 Eine Ausnahme ist etwa das Interview mit Gabriele Muschter von 2015, in dem sie über ihre Berufung als Staatssekretärin und ihren Arbeitsalltag im Ministerium für Kultur berichtet.

Europas. Zeitzeugeninterviews mit ausgewählten Staatssekretären und Staatssekretärinnen der letzten und demokratisch gewählten DDR-Regierung 1990« statt.¹¹

Auswahl, Durchführung und Transkription der Interviews

Für die Auswahl der fünf Zeitzeugeninterviews waren drei Gesichtspunkte wesentlich: 1) Das Tätigkeitsfeld der zu interviewenden Staatssekretäre sollte europäische Dimensionen besitzen, um die Vorgänge nicht nur als deutsch-deutsche Nationalgeschichte, sondern in ihrer europäischen Verflechtung sichtbar werden zu lassen; 2) die ausgewählten Staatssekretäre sollten nach Möglichkeit noch nicht, oder zumindest noch nicht ausführlich, interviewt worden sein, um die Interviews als neu erschlossene Quelle zu sichern und mit ihnen weitere Forschung, Diskussion und Zeitzeugeninterviews anzuregen; 3) es sollten in etwa gleichem Maße männliche und weibliche Staatssekretäre berücksichtigt werden. Weitere Aspekte – wie Gesprächsfähigkeit, Alter, Gesundheit, das zur Verfügung stehende Budget, Zeitaufwand – grenzten die Auswahl zusätzlich ein. Für die Zeitzeugeninterviews wurden schließlich folgende Politiker und Politikerinnen angefragt, welche auch zusagten:

1. Almuth Berger, Staatssekretärin im Amt des Ministerpräsidenten, zuständig für Ausländerfragen und die Einwanderung sowjetischer Juden in die DDR, lebt zurzeit in Berlin.
2. Dr. Helmut Domke, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, u. a. für den Abzug der sowjetischen Truppen zuständig.
3. Dr. Petra Erler, Staatssekretärin im Amt des Ministerpräsidenten, zuständig für Europafragen und die Integration der DDR in die Europäischen Gemeinschaften, lebt zurzeit in Potsdam.
4. Helga Kreft, Staatssekretärin im Familien- und Frauenministerium, lebt zurzeit in Potsdam.
5. Hans Misselwitz, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, vor allem für die Zwei-plus-Vier Gespräche zuständig, lebt zurzeit in Berlin.

Helmut Domke starb kurz nach dem Zeitzeugeninterview im Mai 2021. Das mit ihm aufgenommene Zeitzeugeninterview ist die letzte ausführliche Darstellung seiner Tätigkeiten von 1990.

11 Vgl. hierzu eine kurze Darstellung des Projektes auf URL: <<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/revolution-transformation/projektpraesentation-30-jahre-deutsche-einheit/unbekannte-politikverhandler>> (13.09.2022).

Mit den ausgewählten fünf Staatssekretären und Staatssekretärinnen wurden ausführliche Zeitzeugeninterviews vorbereitet. Dazu gab es jeweils ein vorheriges Telefonat, auf dessen Grundlage und unter Einbezug ergänzender Quellen- und Literaturrecherchen die Fragen und Themen der Interviews ausgearbeitet wurden. Die Durchführung der Interviews erfolgte durch Katharina Kunter, medial unterstützt von Michael Günther und seinem Team von Media in Motion aus Berlin. Sie fanden am 1. November 2020 im Hotel Ritz-Carlton in Berlin und am 2. November 2020 in der Seniorenresidenz der Johanniter in Potsdam statt. Sie dauerten zwischen 60 und 90 Minuten und wurden vollständig von Anfang bis Ende mit der Kamera aufgezeichnet. Die ausführlichen Versionen der Interviews sind zur Quellensicherung der Bundesstiftung Aufarbeitung übergeben worden und können dort zu Forschungszwecken verwendet werden.¹² Für die hier vorliegende Veröffentlichung wurden alle fünf Interviews so lektoriert, dass sie vor allem flüssig und zusammenhängend lesbar sind. Dazu wurden die gesprochene Sprache sorgsam an eine schriftlich lesbare angepasst und es wurden sprachliche sowie grammatikalische Fehler oder Unreinheiten korrigiert oder behutsam geglättet. Wiederholungen im Satz oder halbe Sätze wurden gelöscht, ergänzt oder angepasst, ebenso wie erst fälschlich Ausgesprochenes oder sinnfreie Redeteile gelöscht oder angepasst wurden. Hin und wieder wurden Wiederholungen bearbeitet, indem z. B. wiederkehrende Satzanfänge etwas moduliert sowie Satzstrukturen lesbar gestaltet wurden. Wiedererzählte Passagen oder (auch vermeintliche) Zitate wurden korrigiert oder reduziert. Im mündlichen Interview ergab sich an verschiedenen Stellen durch Nachfragen oder inhaltliche Sprünge eine dynamische und nicht immer geradlinige Frage- und Antwortstruktur, die sich jedoch für die gedruckte Form als schwierig nachvollziehbar erwies. Deshalb wurden Frage- und Antwortkomplexe gelegentlich für die Veröffentlichung gestrafft oder auch in zwei Fragen aufgeteilt. Leitend war bei all diesen editorischen Bearbeitungen, dass die Interviews authentisch bleiben und zusammenhängend und flüssig lesbar sein sollten. Nachträgliche inhaltliche Veränderungen oder Hinzufügungen erfolgten nicht. Die originalen Interviews können jederzeit bei der Bundesstiftung Aufarbeitung in voller Länge eingesehen werden.¹³

12 URL:<<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/revolution-transformation/projektpraesentation-30-jahre-deutsche-einheit/unbekannte-politikverhandler>> (13.09.2022).

13 Einige von ihnen enthalten am Ende der Interviews auch Fragen von Herrn Günther, die auf eine kurze Fassung des zuvor Gesagten für die Veranstaltungsvideos abzielten. Sie sind in den hier abgedruckten Interviews nicht aufgenommen.

Historische Einordnung

In den Interviews wurde deutlich, dass alle Staatssekretäre und Staatssekretärinnen beruflich bereits vor 1990 mit ihrem späteren Tätigkeitsfeld zu tun hatten, jedoch außerhalb des von der SED dominierten parteipolitischen Raums. Es ist daran zu erinnern, dass die DDR keine offene Gesellschaft war, politische Informationen nicht frei verfügbar waren und parteipolitisches Engagement nur im ideologischen Kontext der SED möglich war. Vier der fünf Befragten hatten einen kirchlichen Hintergrund; in der evangelischen Kirche hatten sie einerseits eine demokratische Diskussionskultur und andererseits inhaltsorientierte Sacharbeit kennengelernt. Das gab ihnen einen gewissen Vertrauensvorsprung in ihrer neuen Arbeit als Staatssekretäre: Minister, Staatssekretäre und andere neue politische Amtsträger kannten sich häufig bereits seit Jahren aus der kirchlichen Arbeit und vertrauten einander.

Die neuen Staatssekretäre übernahmen ihre Arbeit innerhalb eines Tages; die Ämterübergabe vollzog sich nach Aussagen der Staatssekretäre ohne Zwischenfälle: Die Aktenschränke waren leer, Büros waren geräumt und hergerichtet und wurden offiziell übergeben. Die alten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen standen bereit, ihren Dienst für die neuen Minister, Staatssekretäre und Abteilungsleiter etc. zu tun. Zuvor hatten bereits einige Angestellte die Ministerien verlassen, andere bat man während der ersten Tage der neuen Regierung um Entlassung. Dr. Helmut Domke berichtete, dass er an seinem ersten Tag bereits in die abhörsicheren Leitungen seines Büros eingeführt und unter anderem mit dem sogenannten WtschNetz der sozialistischen Staaten des Warschauer Pakts vertraut gemacht wurde. Das war für ihn, dessen Telefon jahrelang selbst abgehört wurde, eine merkwürdige Erfahrung.¹⁴ Trotz aller Angewiesenheit auf vorhandene Mitarbeiter gab es aber auch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem alten Mitarbeiterstamm, denn man war sich unsicher, wer wirklich ehrlich arbeitete und wem man vertrauen konnte. Keiner der interviewten Staatssekretäre hatte zuvor in einer Behörde gearbeitet, neben der Einarbeitung in ihre Fachthemen mussten sie also auch schnellstens lernen, wie ein Verwaltungsapparat funktioniert. Das gelang erstaunlich rasch. Im Trubel der fünfeinhalb Monate war aber kaum Zeit für geordnete Verwaltungsabläufe. Vieles musste schnell und spontan per Absprache geklärt werden, für ausführliche Schriftwechsel war selten Zeit. Deshalb ist die Quellenlage auch unübersichtlich und macht die hier vorgelegten Interviews so wertvoll. Während ein Großteil der Akten der DDR-Minister und Ministerien nach 1990 an das Bundesarchiv übergang, gilt das nur bedingt für die amtlichen Dokumente der Fachreferate, der Staatssekretäre oder Abteilungsleiter. Einige Akten wurden an das Stiftungsarchiv der Bundesstif-

14 So Dr. Helmut Domke im telefonischen Vorbereitungsgespräch mit Katharina Kunter am 23.10.2020.

tung Aufarbeitung übergeben. Bei anderen ist unklar, was nach dem 3. Oktober mit ihnen geschehen ist.

Der zeitliche Druck, unter dem die Regierung de Maizière in der kurzen Regierungszeit von Mai bis September 1990 stand, war enorm und verlangte von allen neuen Regierungsmitgliedern, also auch den Staatssekretären, intensivsten zeitlichen und persönlichen Einsatz. Nachdem die Bundesrepublik und die DDR am 18. Mai 1990 den ersten Staatsvertrag, den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, mit dem die DDR das wirtschaftliche und sozialpolitische System der Bundesrepublik übernahm, unterzeichnet hatten, ging es um die weitere Aushandlung der innenpolitischen Wiedervereinigung. Dazu gehörte auf der einen Seite die Regelung des internationalen, außenpolitischen und völkerrechtlichen Status des wiedervereinigten Deutschlands, also u. a. um die Aufhebung der alliierten Vorbehaltsrechte, die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands, die zukünftige Ostgrenze (Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze), die militärpolitische Bündniszugehörigkeit sowie die Stationierung von Streitkräften. Von den interviewten Staatssekretären waren Dr. Helmut Domke, Hans Misselwitz und Dr. Petra Erler für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten unter seinem Minister Markus Meckel in verschiedene außenpolitische Bereiche dieses diplomatischen Verhandlungsprozesses eingebunden.¹⁵ Er endete mit der Unterzeichnung des am 2. September 1990 erfolgten »Zwei-plus-Vier-Vertrag.« Parallel dazu waren auf der anderen Seite sämtliche rechtliche Angleichungen zu regeln, die sich durch den von der Volkskammer am 23. August 1990 beschlossenen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach dem Artikel 23 des Grundgesetzes ergaben. In die Verhandlungen dieser vertraglichen Regelungen waren die Staatssekretärinnen Almuth Berger, die beispielsweise den zukünftigen Aufenthaltsstatus von Arbeitnehmern aus den DDR-Regierungsabkommen regelte, und Helga Kreft im Familien- und Frauenministerium eingebunden.

Sowohl der Zwei-plus-Vier-Vertrag als auch der Einigungsvertrag von 1990 kommen in den Geschichtsbüchern und in der politischen und historischen Bildung meist nur als kurz benannte abstrakte Vertragswerke vor. Die ausführlichen Schilderungen der Staatssekretäre und Staatssekretärinnen darüber, welche politischen Ideen und Diskussionen diesen rechtlichen Regelungen vorausgingen und wie diese konkret ausgehandelt wurden, welche Vorstellungen dabei durchgesetzt werden konnten (und welche nicht), machen die beiden Vertragswerke erst historisch anschaulich: Sie sind ein verhandeltes Ergebnis politisch realer und demokratisch gewählter Subjekte. Zugleich tritt dadurch die Handlungskraft und die Leistung der letzten, frei gewählten DDR-Regierung deutlicher hervor: In einem nur wenige Monate andauernden Verhandlungsmarathon machte sie die DDR

¹⁵ Vgl. hierzu die entsprechenden Zeitzeugeninterviews.

nicht nur juristisch »beitrittsfit«, sondern regelte auch einige politisch hoch kontrovers diskutierte Fragen. Hier wurde partiell politisch anders gedacht, als es der Bonner Politikbetrieb erwartet hatte. Es waren nicht die alten Nomenklaturkader der SED, die die Einheit der DDR verhandelten, sondern überwiegend neue politische Gesichter, die aus der politischen und gesellschaftlichen Krise der 1980er Jahre und der Friedlichen Revolution 1989 hervorgegangen waren. Die demokratische Legitimität ihrer Amtshandlungen, ihre persönlichen Biografien und ihr oftmals unbürokratischer Habitus verliehen ihnen eine moralische Autorität, die ihre westdeutschen Verhandlungspartner nicht recht einschätzen konnten und der sie häufig mit Amtsarroganz und Nichtbeachtung begegneten. Die Staatssekretäre der letzten DDR-Regierung gingen mit Expertise und Selbstbewusstsein daran, den Wählerwillen zu erfüllen und die Wiedervereinigung Deutschlands sachgerecht und in demokratischer Würde zu verhandeln – auch, wenn das für sie persönlich mit einer ungewissen Zukunft verbunden war. Während die Minister der letzten DDR-Regierung seit 2008 eine »Ehrenpension« für ihre Verdienste zur deutschen Einheit erhielten, bleibt diese Anerkennung den Staatssekretären bis heute verwehrt.¹⁹ Mit den hier veröffentlichten Zeitzeugeninterviews erlangen sie zumindest eine Form der historischen Anerkennung. Es ist allerdings zu hoffen, dass dieser auch mit der längst fälligen politischen und altersrechtlichen Anerkennung der Leistung dieser letzten DDR-Regierung einhergeht.²⁰

19 URL: <<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/warum-ehemalige-ddr-staatssekretare-keine-pension-bekommen-li.108691>> (13.09.2022).

20 Vgl. hierzu den Briefwechsel von Markus Meckel und Rainer Eppelmann mit dem Kanzleramt im Dokumentenanhang.

1. Zeitzeugeninterview mit Almuth Berger

Almuth Berger

Ehemalige Staatssekretärin für Ausländerfragen



Abbildung 3: Almuth Berger, ehemalige Staatssekretärin im Amt des Ministerpräsidenten, beim Zeitzeugengespräch mit Dr. Katharina Kunter am 25. November 2020.
Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

Dr. Katharina Kunter: Herzlich willkommen, Frau Berger, zu unserem Zeitzeugengespräch über Ihre Zeit als Staatssekretärin in der letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung 1990. Stellen Sie sich doch anfangs kurz vor mit Ihrem Beruf, woher Sie kommen und welche Funktion Sie in der Regierung von 1990 hatten.

Almuth Berger: Mein Name ist Almuth Berger. Ich bin von Hause aus Pastorin, habe Theologie studiert hier in Berlin und dann zwei verschiedene Fachstellen gehabt, eine in Magdeburg und nachher eine in Berlin. In dieser Berliner Gemeinde habe ich zum ersten Mal in größerem Umfang Kontakte mit Ausländern in Form derjenigen, die damals in der DDR waren, gehabt, nämlich mit ausländischen Vertragsarbeitern, Mosambikaner vor allen Dingen, die zu uns kamen und gern

Gottesdienste machen wollten in der Gemeinde, weil damals gerade ein Pfarrer aus Mosambik zu einer Weiterbildung von der Kirche der DDR eingeladen worden war. Der wohnte bei uns im Gemeindebereich und das hatte sich sehr schnell herumgesprochen. Dann kamen Mosambikaner und wollten mit ihrem Pfarrer zusammen etwas machen. Dieser Pfarrer sagte aber: Ich bin zum Arbeiten hier, zum Studium, ich muss Deutsch lernen, ich habe so viel anderes zu tun, das kann ich nicht machen. Und hier gibt es eine Pastorin, die kann das machen. Und das war für mich eine Überraschung erstmal, ich sagte: Wie soll ich das tun? Ich kann kein Portugiesisch. Die jungen Leute konnten noch wenig Deutsch, aber es war dann möglich. Wir haben Gottesdienste gemacht zusammen und haben uns angenähert, haben uns kennengelernt. Es wurde immer mehr gemacht, auch von den jungen Leuten dort. Es entstand eine kleine mosambikanische Gemeinde in unserer Gemeinde. Wir haben das später fortgeführt, haben ein Begegnungszentrum eingerichtet in der Gemeinde, wo sich Aus- und Inländer treffen konnten. Das war eine ganz wichtige Sache ohne staatliche Vorgaben und Einschränkungen. Da waren nicht nur Mosambikaner, sondern auch Leute aus Südafrika, aus Nicaragua, von der PLO, aus Polen, aus China. Also eine ganz bunte Mischung. Das war eine sehr wichtige Arbeit damals, die nicht zum Wohlgefallen der staatlichen Stellen stattfand. Die haben uns sehr kritische Worte gesagt und wollten noch die Eröffnung verhindern. Aber wir haben es dann trotzdem machen können, das war 1988, und sind auch unbehelligt geblieben damit. Das war der Hintergrund für die Tatsache, dass ich damals von Demokratie Jetzt in die Arbeitsgruppe Ausländerfragen am Runden Tisch delegiert worden bin. Demokratie Jetzt war in unserer Gemeinde entstanden. Ich habe dann diesen Platz wahrgenommen, und aus dieser Gruppe heraus kam dann der Vorschlag der Bildung der Funktion der Ausländerbeauftragten. Und ich wurde vorgeschlagen als Person, und so ist es dann dazu gekommen.

Kunter: Beschreiben Sie diese Arbeitsgruppe Ausländerfragen näher. Zu welchem Zeitpunkt entstand sie?

Berger: Ende 1989, als der Runde Tisch entstand. Und die erste Zusammenkunft war sogar erst Anfang Januar 1990. Am Zentralen Runden Tisch sind ja sehr, sehr viele Fragen besprochen worden. Die Frage nach den Ausländern in der DDR spielte da zu Anfang keine Rolle, was in gewisser Weise verständlich war, weil das ja eine verschwindend geringe Zahl war. Es gab wenig über ein Prozent Ausländer in der DDR und auch in der Öffentlichkeit spielte das kaum eine Rolle. Und der Runde Tisch hatte so viele wichtige Themen, dass sie das nicht alles machen konnten. Aber es gab einige Leute, die sehr energisch darauf drängten und sagten: Wir brauchen auch dieses Gespräch über die Fragen und Belange der Ausländer. Und daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die selbstständig gearbeitet hat, aber immer parallel zum Runden Tisch getagt hat. Alle Beschlüsse und alle Empfehlungen

und was wir so verabschiedet haben, ging dann über den Zentralen Runden Tisch und wurde notfalls weitergeleitet an die Regierung. In der Gruppe waren genau wie am Runden Tisch alle alten Parteien vertreten und dazu die neuen Bürgerbewegungen und Experten und Fachleute aus den verschiedensten Bereichen, aus der Wissenschaft, aber auch aus der Kirche und aus Organisationen, die sich mit Ausländerfragen beschäftigt hatten.

Kunter: Schildern Sie einmal, aus welchen Gruppen sich dieses eine Prozent Ausländer in der DDR zusammensetzte.

Berger: Die größte Gruppe, etwa 90.000 von den insgesamt nur 190.000 Ausländern, die Ende 1989 in der DDR waren, waren die Arbeiterinnen und Arbeiter, die innerhalb von Regierungsabkommen in der DDR waren, also aus befreundeten Ländern, mit denen die DDR Verträge geschlossen hatte über den Einsatz von Arbeitskräften, zu Anfang auch zum Teil noch zur Ausbildung, aber dieser Aspekt ging immer mehr verloren. Die größte Gruppe war aus Vietnam, das waren allein etwa 60.000. Dann kamen Mosambikaner, das waren 16.000. Aus Kuba waren es auch 10.000 Leute und dann folgt eine ganze Reihe von Ländern mit kleinerer Anzahl von Leuten. Angola spielte noch eine Rolle, ebenso die Mongolei und verschiedene andere Staaten. Zuletzt gab es auch noch einige aus Nordkorea, die aber nur ganz kurz da waren. Und das war eine wichtige Gruppe, denn das waren auch die Leute, die in der Bevölkerung am ehesten bekannt waren, weil sie in den Betrieben zusammengearbeitet haben und da Begegnungen hatten, wenn sich die Kontakte auch wesentlich auf die Betriebe beschränkten. Es gab nicht so sehr viele private Kontakte, das war auch nicht sehr erwünscht. Eine andere Gruppe waren die sogenannten Polit-Emigranten. Die DDR hatte kein individuelles Asylrecht, sondern die Regierung hatte das Recht, Asyl zu gewähren für Menschen, die man unterstützen wollte im antiimperialistischen Befreiungskampf. Also Leute von Befreiungsbewegungen, etwa vom ANC, von der PLO, von der nicaraguanischen Befreiungsbewegung und anderen Völkern. Die wurden aufgenommen und von der Partei und von den Regierungsstellen weiter betreut. Viele Dinge, die direkt damit zu tun hatten, wurden dann von der Liga für Völkerfreundschaft und vor allen Dingen vom Solidaritätskomitee geleistet. Die Leute bekamen oft ein Studium, hatten aber auch nicht so sehr viel Kontakte zu anderen, es sei denn an den Universitäten. Die Geschichte ist ja innerhalb der DDR sehr alt. Die ersten Leute, die aufgenommen wurden, waren Griechen nach dem Kampf der griechischen Militärdiktatur, dann Chilenen, Spanier und andere. Die Chilenen sind sehr freundlich in der DDR aufgenommen worden. Es waren auch oft Familien, da gab es dann auch Kontakte. Von den anderen hat man nicht so sehr viel gespürt. Und wie gesagt, die Betreuung und Versorgung der Leute passierte einzig über staatliche Stellen, da hatte die Bevölkerung nichts mit zu tun. Das waren so die wesentlichen

Gruppen. Es gab dann auch Studierende aus anderen Ländern, die in dem Rahmen als Polit-Emigranten aufgenommen wurden, aber auch andere, die zum Studium kamen, auch etliche, die das Studium bezahlten, das gab es auch.

Kunter: Und wie sind Sie dann vom Runden Tisch in die Regierung gekommen? Wer hat Sie vorgeschlagen?

Berger: Das war damals eigentlich ziemlich klar. Wenn der Runde Tisch etwas gefordert hat, dann wurde das von der Regierung umgesetzt. Und in der Arbeitsgruppe entstanden Leitlinien für die Ausländerarbeit und unter anderem auch die Forderung nach einer Stelle innerhalb der DDR, wo Belange von Ausländern angesiedelt werden konnten, wo ein Anlaufpunkt für Menschen war, die Hilfe brauchten, aber auch eine Möglichkeit, um gesetzliche Regelungen und so weiter zu erstellen. Also eine Ausländerbeauftragte. Das gab es vorher in der DDR gar nicht. In der Bundesrepublik gab es eine Ausländerbeauftragte auf Bundesebene und in einigen Ländern auch auf Landesebene, also etwa in Berlin und in einigen anderen Ländern auch, aber bei uns war das eine ganz neue Situation und da gab es unterschiedliche Vorschläge zu Anfang. Schließlich bin ich dann vorgeschlagen worden von der Arbeitsgruppe, und der Runde Tisch hat diese Forderung übernommen und die Regierung mich dann berufen. Das ging alles innerhalb von 14 Tagen vorstatten, also sehr, sehr schnell. Dass damit der Posten einer Staatssekretärin verbunden war, war mir zu Anfang überhaupt nicht klar. Und es spielte auch eigentlich gar keine Rolle für uns, sondern wichtig war diese Funktion der Ausländerbeauftragten. Es hat sich dann im Verlauf der Arbeit gezeigt, dass die Eingruppierung als Staatssekretärin schon ganz hilfreich war, weil man dadurch bestimmte Zugänge hatte, die man sonst nicht gehabt hätte. Zum Beispiel die Möglichkeit, ein Auto zu bekommen und einen Fahrer und sowas. Das war schon eine günstige Sache. Ich weiß noch, dass ich damals mit dem Titel der Staatssekretärin relativ wenig anfangen konnte. Ich habe mir auch gar nicht klargemacht, was das für eine wichtige Stelle in der bundesdeutschen Politik war. Da hatten wir vorher nichts mit zu tun. Für mich war die Funktion der Ausländerbeauftragten das eigentlich Wichtige dabei. Und wie gesagt, das musste dann sehr schnell gehen. Ich habe mich von meiner Gemeinde beurlauben lassen, mit dem Bischof gesprochen und natürlich mit meinen Kollegen in der Gemeinde. Und gerade der Bischof hat mich sehr ermutigt, das zu machen, er sagte: Das ist jetzt eine wichtige Aufgabe. Machen Sie das und dann werden wir sehen, wie es weitergeht. Ich wusste ja auch nicht, auf welche Zeit ich mich einstellen musste. Wir haben damals noch gedacht, dass die DDR noch eine Weile existiert und dass wir noch einiges bewegen können. Das dann so schnell die Einheit kam, haben wir jedenfalls im Januar, Februar noch nicht geahnt.

Kunter: Wann war Ihr erster richtiger Arbeitstag?

Berger: Eigentlich habe ich am 1. März angefangen, aber der erste Arbeitstag war dann der 8. März. Das weiß ich deshalb so genau, weil mich Herr Modrow damals, er war ja noch Regierungschef, begrüßte. Das war ja der internationale Frauentag, und da bekam damals in der DDR traditionell jede Frau Nelken. Und ich bekam auch den üblichen Nelken-Strauß und wurde damit in dem neuen Amt und zum Frauentag gleichzeitig beglückwünscht.

Kunter: Haben Sie da ein eigenes Büro bekommen mit Mitarbeitern, mit Materialien oder mussten Sie das neu aufbauen?

Berger: Das war ganz spannend. Ich habe in der letzten Nacht vor meinem ersten Arbeitstag Albträume gehabt und sah mich immer an einem riesengroßen Schreibtisch sitzen und nicht wissen, was ich tun soll. Aber das hat sich sehr schnell zerschlagen in der Wirklichkeit. Ich bekam ein Büro, natürlich. Ich bekam auch eine Sekretärin, und ich durfte selber zwei Mitarbeiter mitbringen, die ich benennen konnte, die auch ohne jedes Wenn und Aber und ohne jede Prüfung eingestellt wurden. Ich habe dann eine Juristin mitgenommen, die ich schon vorher kannte, die in der DDR eine Art Arbeitsverbot hatte, weil sie einen Afrikaner geheiratet hatte, und dann ihre Stelle verloren hat. Die habe ich mitgenommen. Und einen jungen Mann, der selber schwarzer Deutscher war und der in diesem Begegnungszentrum, der Cabana in der Bartholomäus-Gemeinde, sehr aktiv mitgearbeitet hat. Die beiden habe ich erst einmal mitgenommen und dann kriegte ich noch einen Mitarbeiter gestellt aus dem Ministerrat. Sie haben extra geguckt, wer schon mal was mit Ausländern zu tun gehabt hatte und stellten einen jungen Mann, der bei der Baikal-Amur-Magistrale mitgearbeitet hat, die damals gebaut wurde. Da gab es dann immer FDJ-Brigaden, die mitgeholfen haben aus der DDR, und er war einer aus solch einer Brigade und konnte auch einigermaßen Russisch. Es waren also drei Mitarbeiter, eine Sekretärin, und von Anfang an kriegten wir ein Auto und einen Fahrer. Das fand ich schon sehr komfortabel. Wir haben zu jener Zeit sehr schnell gemerkt, dass uns die Arbeit über den Kopf wächst und konnten dann auch weitere Leute anstellen, das war ziemlich unkompliziert möglich. Wir waren zum Schluss dann, bevor unser Büro aufgelöst wurde, insgesamt zwölf Leute. Da gab es dann noch einen weiteren Juristen, jemanden für Öffentlichkeitsarbeit und so weiter. Es hat sich also noch ein bisschen ausgeweitet und wir hatten alle trotzdem gut zu tun. Arbeitsgebiet war ja auch die ganze DDR damals. Man musste also viel unterwegs sein und immer wieder versuchen, die verschiedenen Gebiete zu erreichen. Da war es gut, dass wir dann ein paar mehr waren.

Kunter: Wer war Ihr Ansprechpartner?

Berger: Es war von Anfang an so geregelt, dass ich als Ausländerbeauftragte beim Ministerrat der DDR angesiedelt war, im Büro des Ministerpräsidenten. Ich war keinem Ministerium zugeordnet und auch keinem Minister, sondern dem Ministerpräsidenten direkt und hatte deshalb auch das Recht, bei jeder Ministerratssitzung anwesend zu sein und hatte da Rederecht. Ich konnte nicht mit abstimmen, die Abstimmung erfolgte nur unter den Ministern, aber wenn ich das Gefühl hatte, da muss ich etwas dazu sagen, konnte ich mich jederzeit melden und wurde auch gehört. Es wurde nicht immer befolgt, natürlich nicht, aber ich konnte mitreden. Das war eine interessante Sitzordnung. In der Mitte gab es einen großen Tisch mit den Ministern. Es gab ja sehr viele Minister in der DDR-Regierung. Zu Zeiten Modrow war es noch die Regierung der Nationalen Verantwortung, wo mehrere Minister ohne Geschäftsbereich saßen, die über den Runden Tisch in die Regierung reingekommen waren. Es war eine große Menge von Leuten und an der Rückwand gab es auf jeder Seite Staatssekretärs-Bänke. Da saßen die Staatssekretäre und ich und wir wurden zu den Themen jeweils dazu geholt. Wenn es also um Naturschutz ging oder um bestimmte Sachen aus der Wirtschaft, dann wurden die betreffenden Staatssekretäre mit in die Sitzung geholt. Es gab vor jeder Ministerratssitzung eine Runde der Staatssekretäre, und dort wurden Änderungen in den Vorlagen besprochen. Freitags bekam man fürs Wochenende so einen Stoß Akten, die durfte man mit nach Hause nehmen. Das waren die Vorlagen für den Ministerrat, die man sich die angucken konnte und entscheiden, ob man dazu irgendwas sagen will oder nicht. Bei mir waren es nicht so viele. Aber es gab immer wieder auch Dinge, bei denen ich irgendwelche kritischen Dinge einwenden oder ergänzen musste. Und das wurde dann in der Staatssekretärs-Runde besprochen. Die war einen Tag oder zwei Tage vor der Ministerratssitzung und nur das, was man da angemeldet hatte, wurde dann auch im Ministerrat verhandelt. So hatte ich die Möglichkeit, bestimmte Dinge einzubringen.

Kunter: Wie kann man sich in der Ministerrats-Runde das Verhältnis Männer zu Frauen vorstellen und genauso bei den Staatssekretären in dieser ersten Zeit? Gab es auch weibliche Staatssekretärinnen und Frauen beim Ministerrat?

Berger: Es gab im Ministerrat auch Frauen, aber das Verhältnis war schon ungleich. Es gab auf jeden Fall weniger Frauen als Männer und bei den Staatssekretären auch. Aber ganz genau weiß ich das nicht mehr.

Kunter: Sie sind ja von ganz von außen in einen, so wie es sich anhört, relativ funktionierenden Apparat hineingekommen. Wie waren die Reaktionen des noch etablierten Apparates auf Sie und wie fühlten Sie sich da?

Berger: Das war nicht so einfach, natürlich nicht, weil ich keinerlei Erfahrung hatte mit all diesen Vorgängen, die nötig sind. Ich war eine absolute Newcomerin und habe versucht, mich da einzuarbeiten. Die Tatsache, dass einige Leute aus der Bürgerbewegung dann im Ministerrat waren, hat es mir ein bisschen erleichtert, weil ich dann Ansprechpartner hatte, die kannte ich ja zum größten Teil. In der Runde der Staatssekretäre war das weniger einfach, aber sie haben mich schon gehört. Wahrscheinlich oft auch nicht, würde ich jetzt hinterher sagen. Aber ich hatte das Gefühl, dass die Dinge, die ich da einbrachte, diskutiert wurden und dann umgesetzt. Aber es kann auch sein, dass meine Erinnerungen sich jetzt stärker auf die de Maizière-Regierung beziehen. Denn da war diese Situation ein bisschen anders. Die allererste Zeit, das waren vier Wochen, da, denke ich, war auch nicht so viel, was in dem Ausländer-Bereich überhaupt verhandelt wurde. Insgesamt kamen die schwierigen Themen erst später. Aber ich weiß, dass es damals schon anfang mit der Problematik der jüdischen Menschen aus der damaligen Sowjetunion. Da habe ich auch mal eine größere Runde eingeladen von verschiedenen Leuten. Da waren auch andere Staatssekretäre mit dabei, um zu besprechen, wie wir damit umgehen, dass da Leute kommen, dass wir Vorkehrungen treffen müssen und so weiter. Aber auch da kamen die eigentlichen Entscheidungen und Schwierigkeiten erst in der de Maizière-Regierung. Ich meine, am 18. – ich habe am 8. März angefangen – war die Wahl und da ist vorher nicht so viel passiert.

Kunter: Wie haben Sie die Volkskammerwahl erlebt? Wie hat sich der Übergang zu de Maizière für Ihr Feld vollzogen und was hat sich danach verändert?

Berger: Die Volkskammerwahl war für mich natürlich erst einmal etwas Spannendes – das erste Mal, dass wir wirklich richtig wählen konnten. Und dann war es eine große Enttäuschung, weil die Gruppen, die sich damals zum Bündnis 90 zusammengeschlossen hatten aus den Bürgerbewegungen, ja doch sehr wenig Stimmen bekommen haben und der große Block der CDU und der Allianz für Deutschland die eindeutigen Sieger waren. Dazu waren in der CDU eine ganze Reihe von ehemaligen DDR-Leuten aus der DDR-CDU, die wurden einfach mit übernommen. Das hat uns schon sehr enttäuscht, muss ich sagen. Das war damals eine herbe Nachricht, als wir das mitbekamen. Aber für mich bestand dann die Frage, wie es weitergehen wird, und de Maizière sagte, er möchte gern, dass diese Funktion weiter existiert und hat mich als Person übernommen. Das war doch ein Zeichen, dass diese wenigen Dinge, die wir in unserem Büro damals schon machen konnten, als wichtig empfunden wurden und es weiter bestehen sollte. Wir waren sehr froh,

dass de Maizière in seiner Regierungserklärung sehr deutlich gesagt hat, dass das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern auch ein Ausdruck für das Zusammenleben der Völker ist und dass es eine wichtige Sache ist, das auch im Land zu befördern, und dass dafür Ausländerbeauftragte auf allen Ebenen einzusetzen sind und man das als ein wichtiges Politikfeld mit aufnehmen will. Das empfanden wir als eine gute Voraussetzung, um weiterzuarbeiten.

Kunter: Sie haben ja vorher Ihr Mandat vom Runden Tisch bekommen. Hat sich das inhaltlich noch einmal konkretisiert oder verändert durch die Volkskammer?

Berger: Es hat sich nicht verändert. Es hat sich vielleicht noch einmal konkretisiert. Und zwar einmal durch die Regierungserklärung und zum anderen durch die Erklärung aller Fraktionen in der ersten Volkskammersitzung, auf der sehr klar und deutlich ausgesprochen wurde, dass auch die DDR Verantwortung hat für die Geschichte und für das, was Juden, anderen Völkern, den Sinti und Roma, verschiedenen Menschen angetan wurde. Und dass auch die Behandlung von Juden in der Zeit der DDR oft ein sehr schwieriges Kapitel war. Das endete damit, dass die Volkskammer übereinstimmend erklärte, dass wir verfolgten Juden Asyl anbieten. Das hat auf unsere Arbeit sehr starke Auswirkungen gehabt. Aber das ist natürlich noch einmal ein eigenes Thema. Insgesamt denke ich, haben wir versucht, bei uns die Leitlinien, die die Arbeitsgruppe vom Runden Tisch aufgestellt hatte, umzusetzen, und das war in vielen Dingen wahrscheinlich so gar nicht möglich. Aber eine Sache wurde deutlich dabei und das haben wir immer sehr bewusst wahrgenommen und weiter ausgesprochen: Es war zum ersten Mal in der DDR-Geschichte, dass die Belange von Ausländern überhaupt ein Thema für die Politik und die Öffentlichkeit wurden. Das gab es vorher einfach nicht und der Verantwortung waren wir uns sehr bewusst, der wollten wir möglichst gerecht werden. Das fanden wir eine ganz, ganz wichtige Neuerung, auch im Blick auf alles, was vorher gewesen ist. In den Leitlinien spiegelt sich das: Ausländerfragen oder Belange von Ausländern sind nicht nur eine Frage von Gesetzen und Verordnungen, sondern eine Frage an die Politik und die Gesellschaft. Wie wird das umgesetzt und was ergibt sich daraus? Und da kamen viele Dinge auf, die dann in der bundesrepublikanischen Debatte später eine ganz große Rolle spielten. Alle Fragen von Integration und Bildungsarbeit und Fragen nach einer pluralen Gesellschaft. Die hatten wir da alle schon angesprochen und ausgesprochen, dass wir uns dafür einsetzen wollen.

Kunter: Ich möchte die Themen Ihres Arbeitsbereichs genauer ausleuchten. Wo gab es ganz konkret Regelungsbedarf?

Berger: Es gab eine ganze Reihe von unterschiedlichen Belangen, denen wir zu Anfang begegnet sind. Die Unsicherheit etwa der Studierenden, wie es weitergeht mit

den Stipendien, die Unsicherheit von aufgenommenen Polit-Emigranten: Können wir denn jetzt weiter bleiben oder müssen wir zurück? Aber die größten Fragen und Probleme tauchten auf bei den Arbeitnehmern aus den Regierungsabkommen. Das waren ja Abkommen, die geschlossen worden sind zu einer Zeit, als eine sozialistische Planwirtschaft existierte, wo also von oben oder vom Politbüro verordnet werden konnte, wir schicken jetzt 300 Arbeiter nach Suhl in den Betrieb und 250 in den Betrieb nach Bitterfeld und so weiter. In einer freien Marktwirtschaft ist ein solches Vorgehen überhaupt nicht mehr machbar und möglich. Dazu kam, dass die Betriebe ganz oft große Probleme hatten, überhaupt weiterzuarbeiten. Viele mussten Leute entlassen. Viele gingen bankrott, sodass gerade die Arbeiter, die durch völkerrechtliche Verträge an die Betriebe gebunden waren, überhaupt nicht wussten, was mit ihnen passiert. Und die Betriebe wussten auch nicht, wie sie vorgehen sollten. Das war also für beide Seiten eine ganz schwierige Situation und es wurde sehr schnell deutlich, schon in der Arbeitsgruppe am Runden Tisch, dass da dringend etwas getan werden musste. Wir mussten die Verträge ändern, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, zum Beispiel aus dem Vertrag auszusteigen und selbstständig eine Arbeit zu suchen. Oder auf eine anständige Weise, sage ich jetzt mal, zurückzukehren und vielleicht auch eine kleine Entschädigung zu bekommen. Diese Änderungen sind dann ein wichtiger Teil meiner ersten Arbeitszeit gewesen, zusammen mit dem dann inzwischen Ministerium für Arbeit und Löhne. Zu Anfang war es das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne, das für den Einsatz der Arbeiter zuständig war, und das hat dann auch die entsprechenden Vorlagen vorgelegt. Anfangs haben wir vieles davon abgelehnt und gesagt, so geht das nicht. Wir haben versucht, wenigstens eine kleine Entschädigung für diejenigen, die vorzeitig zurückkehren mussten, mit einzubauen, und die klare Möglichkeit, dass man auch bleiben kann. Alle diese Dinge haben wir sehr intensiv versucht, im Sinne der Arbeiter zu regeln, soweit es überhaupt möglich und machbar war. Da hatte ich dann die Aufgabe, diese Verträge mit den entsprechenden Regierungen zu verhandeln, also Vietnam, Mosambik und Angola. Kuba wollte keine Verhandlungen. Kuba hat seine Arbeiter sehr schnell zurückgezogen und erklärt, dass sie aus dem Vertrag aussteigen. Aber die anderen Länder wollten das nicht so ohne Weiteres. Und mit denen gab es Verhandlungen, und die waren nicht ganz unproblematisch, weil wir viele Dinge gar nicht verhandeln konnten. Die DDR hatte dann gar keine Finanzhoheit mehr, sodass wir die Fragen nach den Finanzen, die die Länder vor allen Dingen interessierte, gar nicht verhandeln durften. Wir haben versucht, soweit es ging, die Verträge trotzdem zu ändern und haben das auch erreicht. Man darf nicht vergessen, da gab es große Einnahmen, die den Ländern entgangen sind. Also die Vietnamesen zum Beispiel mussten sich bei ihrem Einsatz verpflichten, 12 Prozent ihres Lohnes als eine Art Spende abzugeben für den Aufbau des Landes. Die wussten das aber vorher, in Mosambik war das ganz anders. Mosambik und die DDR haben den Einsatz der Arbeiter genutzt, um die Schulden, die Mosambik

bei der DDR hatte, abzubauen. Das heißt, die Arbeiter haben, ohne es zu wissen und ohne gefragt worden zu sein, dazu beigetragen, dass die Staatsschulden vermindert wurden. Die mussten jeden Monat einen bestimmten Betrag abgeben und versprochen war ihnen, dass sie das auf eine Bank eingezahlt bekommen in Mosambik und bei ihrer Rückkehr nutzen können, als Starthilfe sozusagen. Das fand ich damals, als ich das so hörte, gar nicht so ganz dumm. Was wir eben nicht wussten, ist, dass dieses Geld nie nach Mosambik geflossen ist, sondern nur von den Schulden abgezogen worden ist. Und der größte Teil der Arbeiter hat dieses Geld auch nie wiedergesehen und kämpft bis heute darum, dass ihnen diese Transferleistungen zustehen. Seit 1992 ungefähr demonstrieren an jedem Mittwoch in der Woche Menschen wegen dieser Leistungen in Maputo und in anderen Städten in Mosambik. Das ist bis heute ein Thema, was noch nicht abgeschlossen ist. Diese Einzelheiten wussten wir vorher nicht. Dass diese Schulden in dem Sinne verrechnet wurden, haben wir erst erfahren, als die Akten geöffnet werden konnten und man das einsehen konnte. Insofern waren das für uns schwierige Situationen und wir konnten den Leuten da auch leider nicht gerecht werden. Das finde ich bis heute eine schwierige Situation. Diese Verhandlungen fanden also statt. Das war ein wichtiger Teil meiner Arbeit in den ersten Monaten und für mich nicht einfach, weil ich nicht gelernt hatte, mich auf diplomatischem Parkett zu bewegen. Und dann auf einmal solche Regierungsverhandlungen führen zu müssen, war etwas, was mich sehr herausgefordert hat.

Kunter: Wie kann ich mir das konkret vorstellen? Sind Sie in die Länder geflogen, haben dort vor Ort verhandelt und Ihre Juristen mitgenommen?

Berger: Bei Verhandlungen zwischen zwei Vertragspartnern fährt man mit einer Delegation von Fachleuten hin. Ich hatte Leute aus dem Ministerium. Das war ja dann schon zu de Maizières Zeiten, das waren also Leute aus dem Ministerium für Arbeit und Löhne unter Regine Hildebrandt. Die Mitarbeiter hatten die Vertragsänderungen im Wesentlichen ausgearbeitet und wir haben versucht, diese Dinge für die Arbeiter selber etwas günstiger zu gestalten. Und dann hat man einen Dolmetscher. Nach Mosambik haben wir selber einen Dolmetscher mitgebracht. Das war sehr angenehm, weil wir uns mit dem immer wieder verständigen konnten. Ich hatte mal angefangen, auch Portugiesisch zu lernen, als ich so viel Kontakt mit Mosambikanern hatte, sodass ich zumindest immer mitgekriegt habe, worum es ging in den Verhandlungen. Das war ganz gut, weil man sich da etwas sicherer fühlte. In Vietnam habe ich das als viel schwieriger empfunden. Da hatten wir einen guten Dolmetscher, aber der kam aus Vietnam, den kannten wir vorher nicht. Und Vietnamesisch konnte ich nun wirklich überhaupt nicht. Da fühlte man sich dieser Sache doch sehr, sehr ausgesetzt. Man musste sich drauf verlassen, dass er richtig und zuverlässig dolmetscht. Das war nicht so einfach. Und in Vietnam gab

es auch besonders hartnäckige und schwierige Verhandlungen. Als eigentlich der Abschluss gefeiert werden sollte, lud uns der Minister zu einem großen Abendessen ein. Es gab freundliche Reden hin und her und man wollte sich eigentlich beglückwünschen zu dem abgeschlossenen Vertrag, aber es gab keinen abgeschlossenen Vertrag. Wir waren einfach nicht übereingekommen. Und es war Sonnabend und am Sonntagvormittag ging unser Flieger und ich war ziemlich verzweifelt. Ich dachte, wir können doch jetzt nicht zurückfliegen ohne ein Ergebnis, das geht doch einfach nicht. Und dann habe ich die Unterstützung und Hilfe des damaligen deutschen Botschafters bekommen. Da war ich sehr froh. Der sagte: »Wissen Sie, in solchen verfahrenen Situationen bietet man ein Vieraugengespräch an und dann einigt man sich normalerweise.« Dann überlegte ich, wann ich das anbringen kann. Den Moment schlug dann der vietnamesische Minister selber vor, als er nach einem Vieraugengespräch zwischen ihm und der Staatssekretärin fragte, was natürlich ein Sechsaugengespräch ist, weil der Dolmetscher dabei sein musste. Wir sind dann in einen Raum gegangen und ich muss ehrlich gestehen, da haben mir ein bisschen die Knie gezittert, weil ich dachte: Oh weia, jetzt hängt es von dir ab, ob das gelingt oder nicht. Und die Fachleute sind alle draußen. Aber siehe da, innerhalb einer Viertelstunde hatten wir uns geeinigt und am nächsten Morgen auf dem Flugplatz noch sind die Vertragsänderungen unterschrieben worden. Das ist ganz gut ausgegangen. Was ich bedauert habe, ist, dass gerade bei dem Thema Mosambik die Sache mit den Transferleistungen überhaupt nicht zur Sprache kam bei den Verhandlungen, auch wenn gesagt worden ist: »Das wird verhandelt, dann im Sommer, da kommt eine Delegation aus Mosambik und wir verhandeln das.« Das ist nie passiert. Das ist in dieser schnelllebigen Zeit, als es dann so schnell auf die Einheit zugeht, einfach nicht mehr zustande gekommen.

Kunter: Ab wann hat sich das verändert und die Einheit stand als Ziel? Und ab wann gab es Einfluss aus der Bundesrepublik, dass Ihr Bereich nicht mehr allein oder selbstständig ausgefüllt werden konnte? Denn unter diesen Bedingungen sind Sie ja angetreten.

Berger: Das ist richtig. Wir hatten eine ganze Reihe von Vorhaben, auch neben diesen Änderungen der Verträge, die dringend notwendig waren. Unser eigentliches Ziel war es, eine klare Asylgesetzgebung für die DDR zu schaffen. Wir haben ein Asylgesetz entwickelt nach den Maßstäben der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir haben sehr stark dafür geworben und uns dafür eingesetzt, dass die DDR noch der Genfer Flüchtlingskonvention beitrifft – das hatte sie vorher nicht gemacht. Das war so weit gediehen, dass wir mit dem damaligen Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars, also mit dem UNHCR in Deutschland, viele Gespräche hatten und ausgemacht war, dass es eine Außenstelle – er saß ja in Bonn – in Berlin geben sollte. Das war alles schon verhandelt, bis hin zu einem Büro, was wir

schon in Aussicht hatten. Das ist dann alles nicht zustande gekommen, weil die Bundesregierung gesagt hat: »Das kommt nicht in Frage, dass noch so etwas von der DDR unternommen wird.« Das Asylrecht verschwand in der Schublade, weil das Bundesinnenministerium gesagt hat: »Das akzeptieren wir nicht, dass da ein eigenes Asylrecht existiert, nach diesem Asylrecht wird es keine Entscheidungen geben.« Und das Innenministerium mit Diestel damals hat sich auch nicht dagegen gewehrt, wenn Anweisungen aus dem Bundesinnenministerium kamen. An der Stelle gab es auch schon vorher eine Menge Einfluss. Es war ziemlich deutlich, dass die Bundesregierung gerade auf dem Gebiet der Ausländerfragen in keinem Fall bereit war, irgendetwas in ihrer Regelung und Gesetzgebung zu verändern. Wir hatten Vorstellungen von einem ganz anderen Ausländergesetz. Das bundesdeutsche Ausländergesetz damals war ja eigentlich ein Polizeigesetz mit vielen Regelungen des Aufenthalts und der Strafen. Wir hatten die Vorstellung, dass ein solches Gesetz sehr viel mehr über Integration beinhalten sollte und Rechte, die möglich wären. Wir hatten die Vorstellung, dass in einer Verfassung möglichst viele Rechte als Menschenrechte definiert werden, wo es möglich ist, und nicht nur als Bürgerrechte. All diese Dinge konnten wir nicht umsetzen. Das ist von Anfang an am Widerstand der Bundesregierung gescheitert.

Kunter: Ein großer Schwerpunkt Ihrer Arbeit, Sie haben es schon angesprochen, war die Immigration jüdischer Flüchtlinge aus der Sowjetunion. Könnten Sie etwas zur Vorgeschichte sagen und ausführen, wie es dazu weiterging.

Berger: Die Ankunft von Flüchtlingen überhaupt war eines unserer größten Themen. Auch das gab es in der DDR in diesem Maße überhaupt nicht. Zu Anfang kamen jeden Tag 1.000 Flüchtlinge in Berlin an, noch mehr in der DDR, und Unterkünfte, Verpflegung, Betreuung und so weiter für die Menschen musste alles in den Kommunen organisiert werden. Das war eine Riesenherausforderung, für die Kommunen und auch für die Menschen selber, die ja oft nach der Einheit oder nach der friedlichen Revolution erlebt haben, dass ihre Lebensleistungen abgewertet wurden, dass sie arbeitslos wurden, dass es ganz viele Schwierigkeiten gab. Und dann kamen auch noch Flüchtlinge, um die sie sich kümmern sollten. Das war eine große Schwierigkeit. Wir hatten damals vor allem Menschen aus Rumänien und Bulgarien, das waren vor allen Dingen Roma und Sinti, und da musste von Anfang an alles neu aufgebaut werden. Das war eine riesengroße Aufgabe. Es mussten Gespräche geführt werden mit den Menschen vor Ort, immer wieder, um ihre Bereitschaft zu wecken, sich auch dafür einzusetzen und nicht dagegen zu kämpfen, sondern es als eine Chance anzusehen, dass eine etwas pluralere Gesellschaft entsteht. Und innerhalb dieser Flüchtlingsankunft und dieser Debatten kam dann auch die Frage der jüdischen Menschen auf, die aus der damaligen Sowjetunion kamen. Das hatte schon vorher angefangen. Wir haben das schon sehr früh als

Arbeitsgruppe Ausländerfragen am Runden Tisch thematisiert, weil der damals ganz neu gegründete Jüdische Kulturverein es als ein ganz wichtiges Thema angesprochen hatte, dass es eine Bewegung von Menschen gibt, die versuchen, aus der Sowjetunion herauszugehen. Das war unter Gorbatschow einfacher geworden. Man konnte ausreisen, aber eigentlich nur nach Israel und in die USA. In die USA konnten viele nicht reisen, weil man da Verwandte haben musste, um aufgenommen zu werden. Es sind eine ganze Reihe von Menschen nach Israel gegangen. Viele haben sich in Israel aber auch nicht wohlfühlt, weil sie sich nicht integrieren konnten. Es kam damals Deutschland in den Blick, dieses neue Deutschland, die DDR, die in der Volkskammererklärung deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, dass sie bereit war, jüdische Menschen aufzunehmen. Da kamen dann eine ganze Reihe Leute. In der Sowjetunion herrschte damals eine, viele haben gesagt eine Pogromstimmung in vielen Bereichen. Rechtsextreme Gruppen waren sehr stark geworden, viele erlebten Diskriminierungen, Anfeindungen bis hin zu Anschlägen, Brandanschlägen, Mordanschlägen. Viele sagten, »das ist keine Verfolgung, aber es ist wie ein Pogrom und wir fühlen uns nicht mehr sicher.« Und deswegen haben sie dann den Schritt gemacht und sind nach Deutschland gekommen. Zu Anfang einfach als Touristen und wollten dann hierbleiben. Das war eine Situation, die für uns neu und überraschend war, und wir mussten versuchen, damit umzugehen. Wir haben dann sehr schnell ein eigenes Büro eingerichtet, damit es einen Anlaufpunkt in Berlin gab, wo man sich melden konnte. Die Menschen kamen mit ihrem Touristenvisum und mussten ihre jüdische Herkunft nachweisen. Es wurde akzeptiert, egal, ob sie von einer jüdischen Mutter oder einem jüdischen Vater abstammten, obwohl in den jüdischen Gemeinden jemand als Jude nur anerkannt wird, wenn er eine jüdische Mutter hat. Das ist dann später auch so gehandhabt worden, aber zu Anfang nicht. Denn in der Sowjetunion galt das Recht des Vaters. Wer einen jüdischen Vater hatte, der hatte im Pass stehen, dass er Jude ist. Dass die Väter eine größere Rolle spielten, das widersprach den jüdischen Festlegungen. Es war dann sehr schnell klar, wir müssten eine Verordnung, ein Gesetz haben, nach dem die Menschen aufgenommen werden. Der Staat Israel hat versucht, dagegen zu protestieren, weil sie gesagt haben, Juden müssen nirgends Flüchtlinge sein. Juden haben eine Heimat und das ist Israel. Und wir haben dann diskutiert, ich habe das selber auch mit einem Vertreter des israelischen Konsulats besprochen damals und habe gesagt: »Wenn aber jüdische Menschen den Wunsch haben, nach Deutschland zu kommen, obwohl sie wissen, welche Geschichte dahintersteht und welche Last in Deutschland vorhanden ist den jüdischen Menschen gegenüber, dann können wir doch nicht sagen: ›Ihr dürft nicht kommen.« Das geht überhaupt nicht. Dann können wir nur sagen, wir versuchen sie aufzunehmen und ihnen hier ein Leben zu ermöglichen. So ist das dann auch gelaufen. Die Menschen sind gekommen und ich bekam vom Ministerpräsidenten die Aufgabe, eine Verordnung zu erstellen. Und ich glaube, diese Verordnung habe ich drei oder viermal zurückgekriegt, weil

die immer noch nicht den Anforderungen genügte. Die Anforderungen waren schwer umzusetzen, weil es in der Sowjetunion – die damals ja noch mit der DDR befreundet war – keinen Antisemitismus geben konnte, aus dem die Menschen geflohen sind. Israel wollte nicht, dass sie kommen. Es durften also die Wörter Flüchtlinge und Sowjetunion nicht in dieser Verordnung vorkommen. Es musste so allgemein abgefasst sein, dass es uns ermöglichte, damit zu arbeiten. Aber es durfte eben nicht so konkret sein, wie es eigentlich hätte sein müssen. Schließlich haben wir uns geeinigt. Es hieß dann in der Verordnung, dass Juden, die Verfolgung befürchten müssen, aus humanitären Gründen zunächst in zu begrenztem Umfang aufgenommen werden. So kam nicht das Wort Asyl vor. Das hat dann ermöglicht, dass wir Gelder vom Finanzministerium bekommen und in den neuen Ländern verteilen konnten und so die Aufnahme der jüdischen Menschen gesichert war. Die Schwierigkeit begann dann, als klar wurde, die Vereinigung kommt, dass es nicht gelungen ist, obwohl wir das sehr intensiv versucht haben, diese Regelung in den Einigungsvertrag zu bringen. Die Bundesregierung hat schlicht gesagt: »So eine gesetzliche Regelung haben wir nicht, das können wir nicht machen.« Da folgte eine Zeit der großen Unsicherheit für viele Menschen, die schon auf gepackten Koffern saßen und kommen wollten, aber dann nicht kommen durften, weil es einfach keine Regelung gab und die DDR-Regelung nicht mehr galt. Da hat sich dann der Zentralrat der Juden sehr dafür eingesetzt, dass eine Regelung gefunden wird. Man hat die Menschen dann nach dem sogenannten Kontingentflüchtlingsgesetz aufgenommen. Das beinhaltete, dass sie im Heimatland einen Antrag stellen mussten, worüber dann vom Bundesverwaltungsamt entschieden wurde und sie daraufhin kommen konnten. Es wurde danach aber zunehmend zur Voraussetzung gemacht, dass sie die Zusage einer jüdischen Gemeinde hatten, die sie aufnehmen würde. Und die bekamen natürlich nur die, die eine jüdische Mutter hatten. Ein Teil der Leute war einfach ausgeschlossen. Man hat noch eine Übergangsfrist eingeräumt, während der alle kommen konnten oder einen Antrag stellen konnten, aber das war danach nicht mehr möglich. Trotzdem denke ich, es war eine wichtige Sache, dass diese Aufnahme in der DDR möglich war und dass wir diese kleinen Gemeinden, die es in der DDR gab, auch damit stärken konnten, auch die, die entstanden. In Brandenburg zum Beispiel, da gab es gar keine jüdische Gemeinde mehr, das war dann eine reine Zuwanderer-Gemeinde. In anderen Gemeinden waren nur noch sehr wenige alte Leute und die Zuwanderer haben die Gemeinden vergrößert und sichtbar gemacht in der Bevölkerung. Da passierte auf einmal ganz viel. Und inzwischen ist das deutlich zu spüren, dass die größer gewordenen Gemeinden auch eine feste Größe und in der Öffentlichkeit bekannt sind. Das ging nicht ohne Schwierigkeiten, das ist klar, so ein Zuwachs von Menschen. Oft bildeten die russischen Zuwanderer dann die Mehrheit in einer Gemeinde. Aber es war eine ganz, ganz wichtige Sache. Für mich ist das immer noch ein Teil meiner Arbeit, den ich als besonders wichtig empfinde.

Kunter: Wissen Sie, wie viele Juden in dieser Zeit gekommen sind?

Berger: Die genauen Zahlen kann ich Ihnen nicht sagen. Aber es sind ungefähr 100.000 gekommen, und die haben schon die Anzahl der Juden insgesamt auf etwa 200.000 erhöht. Das war eine große Zuwanderung, die sich ja fortsetzte. Im Grunde waren die Bedingungen ähnlich wie bei den Spätaussiedlern. Am Ende sind nur noch einzelne gekommen, weil die Bedingungen eben sehr schwierig waren. Eine Zusage einer jüdischen Gemeinde und auch schon Deutschkenntnisse und so weiter. Das war kaum noch von Menschen zu leisten. Und mit dem Zerfall der großen Sowjetunion sind dann die einzelnen Länder entstanden. Aus diesen Unruhen und Wirren heraus sind noch viele weggegangen, aber das hat dann nachgelassen und im Grunde jetzt mehr oder weniger aufgehört. Was die Bilanz anbetrifft, denke ich, trotz aller Probleme und obwohl es nicht in den Einigungsvertrag gekommen ist, war es eine ganz, ganz wichtige Sache dieser DDR-Regierung, die Einwanderung jüdischer Menschen möglich zu machen. Es war ja eigentlich das erste Mal in der Geschichte, dass die DDR ein Einwanderungsland geworden ist. Vorher war die DDR immer ein Auswanderungsland. Es sind immer Menschen weggegangen, auch noch nach der Friedlichen Revolution und nach der Einheit, sodass die DDR durchweg von Auswanderung geprägt war. Die jüdischen Migranten waren die ersten, die richtig eingewandert sind. Und deswegen, finde ich, hat das eine große Bedeutung.

Kunter: In dieser Zeit haben Sie wahrscheinlich auch festgestellt, ob es so etwas wie Ausländerfeindlichkeit in der DDR-Bevölkerung gab.

Berger: Natürlich gab es das auch schon zu DDR-Zeiten. Damals haben wir da immer Fremdenfeindlichkeit gesagt. Heute würde ich das viel stärker als Rassismus bezeichnen. Mit der Bezeichnung waren wir damals sehr vorsichtig. Aber ich denke, es sind rassistische Muster, die da eine Rolle spielten. Es ist in der DDR tabuisiert worden, man hat es nicht in die Öffentlichkeit dringen lassen, nach Möglichkeit. Es ist kein Thema gewesen, mit dem man sich auseinandergesetzt hat. Ich kann mich noch sehr gut erinnern an ein Gespräch im Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, damals, wo ich als Pastorin tätig war. Da habe ich Vorfälle in einer Fabrik zur Sprache gebracht, wo Vietnamesen arbeiteten, und meinte, das sind wirklich ausländerfeindliche Vorfälle gewesen. Und da hat mich der entsprechende Sekretär völlig fassungslos angeguckt und hat gesagt: »Ausländerfeindlich? Ich weiß überhaupt nicht, wovon Sie reden, Frau Berger! Ausländerfeindlichkeit gibt es bei uns nicht. Bei uns gibt es Solidarität.« Das war das Motto, immer wieder: Bei uns gibt es so etwas nicht. Und die Fälle, wo es wirklich massiven Rassismus oder massive Feindseligkeiten gab und das bekannt wurde, die sind auch hart bestraft worden. Das muss man schon sagen. Aber vieles ist einfach auch unter den Teppich gekehrt

worden und nie an die Öffentlichkeit gekommen. Wie viele Vorfälle es da wirklich gegeben hat, wage ich nicht zu sagen. Vieles haben wir wahrscheinlich nie erfahren. Wir haben von einzelnen Fällen erfahren, aber das meiste nicht. Und durch meine Gespräche mit Mosambikanern weiß ich, dass da mehr vorhanden war, auch in der Bevölkerung so allgemein, als man offiziell zugeben wollte, aber auch als das, was man wirklich gemerkt hat. Das war oft unterschwellig, oft ausgedrückt dadurch, dass man grundsätzlich so eine Bewertung vorfand, dass Menschen mit schwarzer Hautfarbe oder dunkler Hautfarbe weniger wissen, weniger können, weniger wert sind. Ich denke, das sind ganz alte, tief verwurzelte, kolonial begründete Vorurteile, die da in den Menschen sind. Dass man sie dann oft auch wie Kinder behandelt hat. Ich weiß aus Erzählungen von einem, der sagte, er hatte einen sehr netten Meister, der war ganz prima, aber er hat ihn eigentlich immer wie ein Kind behandelt. Da wurde oft deutlich, dass man die Menschen nicht auf Augenhöhe angesehen hat, sondern immer in einer Abhängigkeit. Dazu kommt, dass in der DDR ja durchaus von Solidarität und Befreiung in den entsprechenden Ländern die Rede war, aber dann von den Menschen dort immer in der Hauptsache als Opfer oder als Menschen, die Hilfe brauchten, die Rede war. Es gab wenig Begegnungen wirklich auf Augenhöhe. Ich hatte 2015/2016, als viele Flüchtlinge zu uns gekommen sind, eine ganze Reihe von Déjà-vu-Erlebnissen, weil ich immer wieder erlebt habe, mit welcher Vehemenz Menschen Flüchtlinge ablehnen in Einwohnerversammlungen. Ich habe da so zwei, drei mitgemacht und war entsetzt, wie massiv Menschen aus einem bürgerlichen Stadtbezirk in Berlin sich dagegen wehrten, dass eine Unterkunft bei ihnen errichtet wird, dass da Menschen untergebracht werden. Ich habe daran gedacht, dass ich das alles Anfang der 90er-Jahre schon einmal erlebt habe, als für unsere Verhältnisse auch sehr viele so agierten, auch wenn die Zahlen absolut kleiner waren. Aber das waren auch große Zahlen. Wir haben ganz viel Mühe gehabt mit der Unterbringung. Das hatte ich damals alles schon erlebt, dass Einwohnerversammlungen stattfanden, auf denen die Leute massiv gegen die Unterbringung von Geflüchteten protestiert haben und wo wir versuchten, Verständnis dafür zu wecken, und manchmal nicht gehört worden sind. Aber manchmal haben sich wenigstens Kompromisse gefunden. Es gab immerhin auch Erfolge und gute Situationen, zum Beispiel in einem Ort, wo wir erst eine ganz starke Ablehnung erlebt haben von den Einwohnern gegen ein Heim mitten im Ort und nach, ich weiß nicht, fünf oder sechs Jahren, als dieses Heim wieder geschlossen werden sollte, weil nicht mehr so viele Flüchtlinge da waren, sind die Einwohner wieder sehr energisch geworden, haben gesagt: »Ihr könnt uns jetzt nicht unsere Flüchtlinge wegnehmen. Wir haben uns daran gewöhnt. Wir haben Kontakte geschlossen, die Kinder gehen in die Schule. Der Kindergarten müsste zu machen, wenn das Flüchtlingsheim weggeht.« Es ist dann auch einiges in Gang gekommen, was durchaus sehr positiv war. Oder in einem anderen Dorf, da sollte eine bulgarische Familie abgeschoben werden. Da hat sich das ganze Dorf stark gemacht und hat gesagt:

»Wir lassen sie nicht zurückgehen. Das darf nicht sein. Die sind jetzt hier für uns Mitbewohner, die haben sich so gut integriert. Wir wollen die nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.« Und die haben geschafft, dass die Familie dableiben durfte. Solche schönen Erlebnisse hatte man dann auch zwischendurch. Aber gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen, war immer ein Thema. Das hat uns nicht losgelassen. Und da gab es Vorfälle, allein zum Beispiel diese Bezeichnung der Vietnamesen als Fidschis. Wenn ich da jemanden drauf angesprochen habe, dann kam, das ist doch nicht rassistisch oder ausländerfeindlich. Das ist doch nicht böse gemeint. Oder Braunkohle für Mosambikaner. Das war immer alles nicht böse gemeint, aber man merkte die Einstellung von vielen dabei. Und gerade die Afrikaner haben, glaube ich, mehr darunter zu leiden gehabt als die Vietnamesen. Die haben diese Art durchaus oft als kalt und abwertend empfunden. Da gab es schon eine Menge Feindseligkeit. Explodiert geradezu ist das dann wirklich nach der Friedlichen Revolution, als ganz viele gesagt haben, jetzt sollen die aber ganz schnell dahin zurückgehen, wo sie herkommen. Wir können die hier nicht gebrauchen. Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg – und das ist noch eine freundliche Aussage. Es gab Betriebsleiter, die haben mir gesagt, sie haben Drohbriefe gekriegt mit Aussagen wie: »Wenn du einen Deutschen entlässt und die Ausländer dürfen bleiben, dann hängst du am nächsten Zaun.« Die sind richtig bedroht worden, weil Leute dann fanden, andere haben jetzt hier nichts mehr zu suchen bei uns. Es sind noch 1989, muss man sich vorstellen, viele Arbeiter geholt worden, gerade aus Mosambik kamen viele noch 1989, weil dringend Arbeitskräfte gebraucht wurden, und 1990 wurden die Arbeitskräfte nicht mehr so sehr gebraucht. Dann war man ganz schnell bereit, die Leute so schnell wie möglich abzuschieben.

Kunter: Ihre Aufgabe endete dann am 2. oder 3. Oktober. Wie haben Sie diese Tage verbracht?

Berger: Offenbar haben wir eine Pressekonferenz veranstaltet, von der ich nichts mehr weiß. Das bietet sich aber an, da wir dann wahrscheinlich noch einmal Bilanz gezogen haben. Am 1. oder am 2. Oktober, in diesen Tagen auf jeden Fall, erschien dann die Bundesbeauftragte für Ausländer, damals Frau Funcke, bei uns im Büro und erklärte sehr freundlich, aber sehr deutlich, dass wir ja nun ein Deutschland sind und natürlich kann es da nur eine Bundesbeauftragte für Ausländer geben. Und das war sie. Das war klar. Es ist dann sehr schnell eine Niederlassung in Berlin eingerichtet worden von der Bundesbeauftragten und ich wurde gebeten, noch für eine Übergangszeit tätig zu bleiben, zuständig für die neuen Bundesländer. Da gab es dann einen extra Vertrag und die eigentliche Ausländerbeauftragte war dann die bundesdeutsche. Insofern war dieser Übergang für uns mental schon auch ein bisschen schwierig, aber wir hatten uns darauf eingestellt. Es war ja klar, wir wussten, dass es so kommen würde. Ich muss ehrlich gestehen, was wir an dem

Tag selber gemacht haben, weiß ich nicht mehr. Ich gehörte ja durchaus zu den Leuten, die vorher gehofft hatten, dass wir noch ein bisschen länger Zeit haben, um ein bisschen mehr von der DDR miteinzubringen, von dem, was sich sehr schnell entwickelt hat an demokratischen Entwicklungen und Vorschlägen, die wir machen wollten und so weiter. Da ging es auch darum, dass wir gehofft hatten, mehr auf Augenhöhe miteinander verhandeln und in dieses gemeinsame Deutschland mehr von uns miteinbringen zu können, bis hin zu der Verfassung, die erarbeitet und dann aber nicht umgesetzt wurde. Insofern war ich einerseits schon froh über ein vereintes Deutschland, aber auch ein bisschen traurig, dass das unter diesen Bedingungen als Anschluss und nicht als eine wirkliche Vereinigung, wo man miteinander aushandelt, was man voneinander übernehmen kann und was gut ist für eine gemeinsame Zukunft, geschah. Das hätte ich mir mehr gewünscht.

Kunter: Wie ging es dann für Sie weiter nach dieser Übergangszeit?

Berger: Da hat mich dann schon sehr bald, ich glaube Anfang Dezember oder so, die neue Brandenburger Landesregierung gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, die Funktion einer Ausländerbeauftragten im Land Brandenburg wahrzunehmen. Das habe ich dann überlegt, denn das hieß, dass ich meine kirchliche Arbeitsstelle wirklich richtig kündigen und verlassen musste. Nach einigem Überlegen habe ich dann aber Ja gesagt und war ab 1. April 1991 Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, allerdings auch mit anderen Konditionen als vorher in der DDR-Regierung. Brandenburg hat nicht zugestimmt, dass ich beim Ministerpräsidenten angesiedelt werde, was ich vorgeschlagen hatte. Aber das hat der damalige Chef der Staatskanzlei nicht umsetzen wollen. Der kam aus Nordrhein-Westfalen und da gab es keine Landesbeauftragte oder keinen Landesbeauftragten. Der fand das nicht so gut, wenn so jemand dann in der Staatskanzlei untergebracht ist. Ich bin dann von Manfred Stolpe gebeten worden, der damals der Ministerpräsident war, dass ich mich auf die Lösung einlasse, zu einem Ministerium zu gehören. Ich bin in das Ministerium für Arbeit und Soziales bei Regine Hildebrandt miteingegliedert worden, aber hatte besondere Rechte und Möglichkeiten, den direkten Zugang zu allen Ministern und zum Ministerpräsidenten zum Beispiel und ähnliches. Da hatte ich schon eine gewisse Sonderstellung, aber es war schwieriger als vorher. Ich war dann natürlich nicht bei den Kabinettsitzungen anwesend und musste immer versuchen, meine Anliegen über andere Minister einzubringen. Das ist natürlich komplizierter, als wenn man es selber machen kann.

Kunter: Wenn Sie heute zurückblicken auf Ihre Zeit als Staatssekretärin, aber auch auf die Zeit der letzten demokratischen DDR-Regierung, was würden Sie zusammenfassend sagen, ist deren bleibende Bedeutung?

Berger: Ich denke, das Wichtige war, und das war nicht nur in meinem Bereich, sondern das war in ganz vielen Bereichen so, dass diejenigen, die da Verantwortung übernommen haben, mit großem Engagement versucht haben, wirklich ein neues demokratisches Leben zu befördern und in Gang zu bringen mit vielen Dingen, die wir in der DDR schmerzlich vermisst haben. Die Abgrenzung, die wir erlebt haben, hat uns doch, ich denke viele von uns, einfach krank gemacht. Und dass ein Leben ohne diese Abgrenzungen in einer Gemeinschaft von anderen Nationen angefangen wurde mit großem Engagement, in einem Europa mit vielen Möglichkeiten. Das Haus Europa war damals für uns ein wichtiger Punkt, wir wollten darin gern eine Wohnung haben. Mehr konnte gar nicht sein in dieser Zeit. Ich denke, das ist durchaus der bleibende Verdienst dieser Regierung, die so kurz Zeit hatte, um überhaupt etwas umzusetzen. Im Grunde war das ein halbes Jahr, wo wirklich etwas gemacht werden konnte. Und da sind doch eine ganze Reihe von Neuerungen und von Aufbrüchen passiert, die wir uns vorher in der DDR nicht hätten träumen lassen. Deswegen ist für mich diese erste demokratische Regierung schon eine wichtige Position gewesen in der ganzen Entwicklung. Und wie gesagt, ich hätte mir gewünscht, dass wir alle zusammen, auch die anderen, noch etwas mehr Zeit gehabt hätten, um das weiter voranzutreiben. Wobei ich auch weiß, dass viele sicher Recht haben, wenn sie sagen, es war damals die Chance und die Möglichkeit und man musste die ergreifen. Und dieses Fenster, in dem das machbar war, wäre sonst nicht mehr dagewesen. Das ist sicher alles richtig. Trotzdem kann man ja sagen, man hätte sich mehr Zeit gewünscht.

Kunter: Wir haben einen großen Bogen geschlagen von ihren Anfängen bis in die Zeit in den frühen 90er-Jahren. Gerade waren die offiziellen Feiern. Haben Sie da etwas vermisst? Was würden Sie sich wünschen, was bei einem anderen Jubiläum in fünf oder zehn Jahren anders akzentuiert würde über diese Zeit?

Berger: Ich habe vermisst, dass diejenigen aus der ersten demokratisch gewählten Regierung, die unter so schwierigen Bedingungen doch Etliches geleistet haben, überhaupt mit einbezogen wurden in die Feierlichkeiten. Das fand ich einfach nicht gerechtfertigt und nicht in Ordnung. Da hätte ich mir mehr Wertschätzung gewünscht für einen Ministerpräsidenten damals und die Minister, die wirklich eine schwierige und große Aufgabe hatten. Es ist gerade jetzt zum 30-jährigen Jubiläum viel in den Medien versucht worden, diesen schwierigen Transformationsprozess nachzuzeichnen. Ich fand gut, dass auch eine ganze Reihe von Menschen zu Wort gekommen sind, die ihre Position in der DDR und dann später vertreten konnten

und die auch von den Schwierigkeiten berichten konnten, wie diese Übergänge und diese Entwicklungen damals gelaufen sind. Und so etwas in der Art wünsche ich mir, dass das auch später noch passiert und dass etwa so in den Schulen und auch in der Öffentlichkeit wahrnehmbar immer wieder einmal gezeigt wird, was es für großartige Leistungen von Menschen auch damals in der DDR gegeben hat. Das ist eine Zeitlang doch sehr oft untergegangen oder nicht so sehr in der Öffentlichkeit bekannt gewesen. Davon habe ich mehr mitbekommen. Und das fand ich positiv.

Kunter: Ich danke Ihnen für das offene und interessante Gespräch!

2. Zeitzeugeninterview mit Dr. Helmut Domke

Dr. Helmut Domke

Ehemaliger Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten



Abbildung 4: Dr. Helmut Domke (†), ehemaliger Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, beim Zeitzeugengespräch mit Dr. Katharina Kunter am 25. November 2020.

Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

Dr. Katharina Kunter: Willkommen, Herr Dr. Domke, zu unserem Zeitzeugeninterview über Ihre Zeit als Staatssekretär bis 1990. Bitte stellen Sie sich als Erstes mit Namen vor, was Sie beruflich gemacht haben und wo Sie herkommen.

Dr. Helmut Domke: Beruflich komme ich aus der Wissenschaft. Ich habe in Rostock Physik studiert und bis 1990 am Astrophysikalischen Institut in Potsdam gearbeitet. 1967, gleich nach dem Studium, hatte ich die Möglichkeit eines einjährigen Aufenthalts an der Universität Leningrad und habe dort dann auch über ein Thema der theoretischen Astrophysik 1972 extern promoviert und seitdem regelmäßig Kontakte gepflegt in die Sowjetunion und in die anderen sozialistischen

Länder. Die andere Hemisphäre war uns ja seit 1961 nicht mehr zugänglich. Die zweite Säule meiner außenpolitischen Erfahrung, die habe ich in der Kirche gesammelt. Ich war Anfang der 70er-Jahre Mitglied der Ökumenischen Kommission des Bundes der Evangelischen Kirchen, des für Außenpolitik und Außenbeziehungen zuständigen Gremiums im Bund der Evangelischen Kirchen, und bin dann als synodales Mitglied der Konferenz der Kirchenleitung ab 1979 sehr intensiv mit Friedensfragen beschäftigt worden. Dann kam 1990 der Sprung in die Politik.

Kunter: Von der Kirche und der Wissenschaft in ein Amt und diplomatische Gepflogenheiten: Wie haben Sie sich in das neue und spezielle Amt eingefunden? Gab es einen diplomatischen Code, der Ihnen als Wissenschaftler oder als Kirchenmann nicht vertraut war?

Domke: Das war für mich nicht ganz so kompliziert, wie es scheint, denn ich hatte als Mitglied der Konferenz der Kirchenleitung im obersten Gremium des Bundes der Evangelischen Kirchen und da im Rahmen der ökumenischen Arbeit und internationalen Kontakte schon verschiedene Erfahrungen mit Diplomatie gemacht. Wir hatten auch da regelmäßige Konsultationen mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, Botschaftern, die an dem KSZE-Prozess beteiligt waren. Denn die KSZE war ein Bereich, den die Kirchen sehr aktiv begleitet haben, und wir haben auch dem Staat gegenüber eingefordert, dass wir die Möglichkeit erhalten, uns aus erster Hand über die Vorgänge im Rahmen der KSZE informieren zu lassen. Und so kannte ich schon einige Botschafter und einige Mitarbeiter aus dem Hause persönlich, was dann sehr wichtig war, um Brücken des Vertrauens zu bauen, das hat sich dann ausgezahlt. Ich war fachlich beschäftigt mit Friedens- und Abrüstungsfragen, mindestens zehn Jahre lang unmittelbar im Rahmen der Friedensarbeit der internationalen Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen, einschließlich der Dialoge mit Kirchen in den USA, in Großbritannien, in der Sowjetunion und in England.

Kunter: Sie sind 1990 Staatssekretär geworden. Schildern Sie einmal, wie es zu Ihrer Ernennung kam und Ihre Reaktion in dem Moment, als Sie es erfahren haben.

Domke: Das war eine Überraschung für mich, 1990, als ich Ende April einen Anruf bekam aus der Botschaft der DDR. Ich war zu dem Zeitpunkt gerade in Amsterdam zu einem wissenschaftlichen Aufenthalt und bekam die Mitteilung, dass ich mich im Außenministerium melden sollte. Das habe ich dann auch, sobald es möglich war, getan und mit Markus Meckel telefoniert. Und der teilte mir mit, dass er mich zum Staatssekretär in seinem Ministerium berufen möchte. Das war nicht ganz zufällig. Ich habe mit Markus Meckel seit 1985 regelmäßig zusammengearbeitet, zum Beispiel im Mobilen Mecklenburger Friedensseminar und auch in einer Arbeitsgruppe

zur Vorbereitung dieses jährlichen Seminars in Pankow. Wir trafen uns dann zum Jahresende beziehungsweise Jahresanfang in einem Expertenkreis. Und da waren die Fragen Abrüstung und internationale Politik die dominierenden Fragen.

Kunter: Waren Sie der einzige Staatssekretär? Mussten Sie sich mit anderen abstimmen?

Domke: Hans Misselwitz war bereits als Staatssekretär nominiert worden und es stand noch in Aussicht, einen dritten Staatssekretär ins Außenministerium zu berufen. Da hatte die DSU das Kontingent, ich selber war Mitglied des Neuen Forums. Markus Meckel legte Wert darauf, dass ich so schnell wie möglich Amsterdam verlasse. Ich habe dann am 2. Mai 1990 das erste Mal das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten betreten, genauer gesagt die zweite Etage, wo die politische Führung saß.

Kunter: Und was haben Sie da vorgefunden? Alte Mitarbeiter? Ein leeres Büro? Und wie verlief dieser erste Arbeitstag und Ihr Eintritt in dieses Amt?

Domke: Ein leeres Büro habe ich vorgefunden und als ich mein Büro betrat, waren die Techniker gerade dabei, zwei abhörsichere Leitungen in meinem Büro zu installieren. Das war einmal das Regierungsnetz, das Telefonnetz und das andere, das sogenannte WtschNetz der sozialistischen Staaten des Warschauer Pakts. Dann, an diesem ersten Tag, ging es gleich konkret zur Sache. Am späten Nachmittag wurde mir mitgeteilt, dass ich die Leitung einer Arbeitsgruppe übernehmen sollte, einer interministeriellen Arbeitsgruppe zu dem Problem der Rumänen, die zu der Zeit damals jeden Abend zu Hunderten in Berlin ankamen. Mit dem Problem sollten wir fertig werden und da wurde ich beauftragt, eine interne ministerielle Arbeitsgruppe zu bilden. So saßen wir am Abend des 2. Mai zu dritt, mit Markus Meckel, Almuth Berger als Ausländerbeauftragte und ich, in meinem Büro und beratschlagten, wie das zu behandeln sei.

Kunter: Sie haben gesagt, Sie sind in ein leeres Büro reingekommen. Das heißt, es gab auch keine Materialien, die sie übernommen haben, und auch keine Mitarbeiter?

Domke: Mir wurde zugeordnet: ein Büro, Mitarbeiter, Büroleiter und auch eine Sekretärin. Und das Material lag in den Fachabteilungen und den Fachreferaten und war für mich bei Bedarf zugänglich. Das ist dann je nach Sachlage intensiver benutzt worden. Und da hatten wir auch eine wirklich wichtige und fachkompetente Unterstützung durch diese Fachreferate, die ja die gleichen geblieben waren.

Kunter: Wie war der Umgang mit diesen Fachreferaten und den gleichen Mitarbeitern, die ja für das alte System standen, und Sie kamen nun als neuer hinein. Bestand da erst einmal ein Misstrauen?

Domke: Ja, vor allen Dingen auf unserer Seite. Ich weiß nicht, wie das auf der anderen Seite war. Aber es stellte sich dann doch bald heraus, dass wir ganz gut zusammenarbeiten konnten, wir waren ja auch auf die Fachkompetenz angewiesen und die wurde uns auch in ausreichendem Maße, denke ich, zur Verfügung gestellt. Der Wechsel der politischen Führung, das war für mich überraschend, für viele Mitarbeiter aus den Fachbereichen aber relativ einfach, weil sie zum Teil frustriert waren durch die Außenpolitik beziehungsweise die politische Engführung im alten Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Insbesondere waren manche Mitarbeiter sehr enttäuscht über den Umgang mit der KSZE, dass beispielsweise das Schlussdokument der letzten KSZE-Konferenz nicht mehr im vollen Wortlaut in der DDR veröffentlicht wurde.

Kunter: Haben Sie auch überlegt, einen neuen Stil einzuführen?

Domke: Das ergab sich automatisch, dass wir unsere Vorstellungen hatten, die nicht immer denen entsprachen, was die Mitarbeiter gewohnt waren. Aber es gab natürlich auch viel Routine für die Mitarbeiter, der sich die Mitarbeiter beugten, und auch Vorgaben, die sie von der politischen Führung des Hauses erhielten.

Kunter: Sie haben gesagt, dass Sie Einsicht in die Fachreferate hatten, sozusagen in die außenpolitischen Materialien, die für Ihr Arbeitsfeld wichtig waren. Gab es da auch vertrauliche Dokumente, geheime Dokumente, die Sie die Situation auch anders einschätzen ließen? Oder waren solche Dokumente nicht mehr vorhanden?

Domke: Nein, es gab in meinem Bereich eigentlich kaum Dokumente, die besonders geheim gewesen wären. Natürlich waren grundsätzlich viele Informationen und Dokumente nicht öffentlich zugänglich. Wir bekamen jeden Tag die aktuellen Nachrichten der Nachrichtenagentur, die sogenannten Roten Nachrichten. Die waren vertraulich und nicht öffentlich zugänglich und wurden uns jeden Tag taufrisch auf den Tisch gelegt, schon sehr früh am Tag, um 9 Uhr. Um 7 Uhr morgens hatten wir die Runde mit dem Minister in einem kleinen Kreis seiner Vertrauten und regelmäßig auch die Abteilungsleiterbesprechung um 9 Uhr, bei der dann alle Abteilungen, einschließlich Protokoll, vertreten waren, die Tagesaufgaben berieten und was für uns als Staatssekretäre anstand. Das betraf nicht nur die unmittelbaren Tagesaufgaben, sondern auch längerfristige Dinge, die wir in unserer Arbeit mitbegleiten und mitverantworten mussten.

Kunter: Gab es auch Rückkopplungen, zum Beispiel mit dem Büro des Ministerpräsidenten? Oder hat der Bereich des Auswärtigen eher für sich gearbeitet?

Domke: Die Kommunikation mit dem Amt des Ministerpräsidenten war nicht immer ganz einfach. Das lag aber vor allen Dingen an den beiden führenden Persönlichkeiten, also Markus Meckel und Lothar de Maizière, die nicht immer einer Meinung waren. Das berührte uns als Staatssekretäre aber relativ wenig, jedenfalls nicht mich in meinem Zuständigkeitsbereich. Mein Zuständigkeitsbereich waren die internationalen Organisationen, das heißt Vereinte Nationen, Warschauer Vertrag, RGW, soweit es die politische Seite anbetraf. Waffenexport und Abrüstungsverhandlungen, das waren die zentralen Themen, natürlich auch aufgrund meiner Vorerfahrung. Gerade mit den sozialistischen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion, sind mir spezielle Aufgaben zugewachsen.

Kunter: Was für ein Mandat hatten Sie genau?

Domke: Das Mandat ergab sich aus den Aufträgen, die der Minister erteilte beziehungsweise die mit dem Minister abgesprochen wurden in der besagten Ministerrunde. Es gab keine formellen Dokumente über, sagen wir mal, Beauftragungen. Die Direktiven leiteten sich aus diesen Gesprächen ab. Allerdings war für uns ein ganz wichtiges Grundsatzdokument und damit sozusagen die Magna Charta unserer außenpolitischen Aktivitäten und Verantwortung vorgegeben durch die Erklärung der Volkskammer. Damit meine ich die Gemeinsame Erklärung der Fraktionen der Volkskammer am 12. April 1990, in der die wichtigsten Aufgaben, die anstanden, markiert wurden. Das war das Verhältnis zu Israel und den Juden, das war das Verhältnis zur Sowjetunion. Das war das Verhältnis zu Polen und auch die Entschuldigung gegenüber dem tschechischen Volk für die Mitwirkung der DDR an der Unterdrückung der Bewegung 1968, der Demokratiebewegung. Und daraus leitete sich zum Beispiel auch der Versuch oder die Bemühung um die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Israel ab. Das fiel dann unmittelbar in meinen Zuständigkeitsbereich. Und ein ganz wichtiger weiterer Punkt war die bedingungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

Kunter: Womit waren Sie am meisten beschäftigt? Und wo hatten Sie selber als Staatssekretär die meisten Handlungsspielräume?

Domke: Nach knapp zwei Wochen war mein erster internationaler Einsatz die Leitung der DDR-Delegation zu Verhandlungen in Moskau über die Frage des Eigentums von Immobilien, die der Sowjetunion gehörten, auf dem Territorium der DDR. Und dann ging es weiter, nach einem Monat folgten die Verhandlungen über die Zukunft des Warschauer Pakts. Hier war ich als Staatssekretär beteiligt an

der Erstellung des Schlussdokuments des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts. Das war das oberste Führungsgremium des Warschauer Pakts, bestehend aus den Präsidenten, dem Ministerpräsidenten, den Verteidigungsministern und den Außenministern der jeweiligen Länder und begleitet durch die Staatssekretäre. Vorbereitend waren die Staatssekretäre in der letzten Phase der Erarbeitung eines Schlussdokuments die entscheidenden Verhandlungspartner. Das war in diesem Falle nicht ganz unkompliziert, wie man sich vorstellen kann, denn es gab erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, was mit dem Warschauer Vertrag werden soll. Nachts um drei oder halb vier waren die Verhandlungen endlich so weit, dass wir uns auf ein Schlussdokument einigen konnten, das dann am nächsten Tag von den Außenministern beziehungsweise Ministerpräsidenten oder dem Delegationsleiter der Warschauer-Pakt-Staaten verabschiedet wurde. Wir waren natürlich daran interessiert, dass der Warschauer Pakt nicht chaotisch auseinanderfiel, denn das wäre eine erhebliche Belastung des Prozesses zur deutschen Einheit gewesen. Das machte sich zum Beispiel darin fest, dass ich persönlich gefordert war, als der ungarische Ministerpräsident Antall erklärte, dass Ungarn aus dem Warschauer Pakt austreten werde. Da wurde ich zu einer Eilmission nach Budapest geschickt, um mit den Kollegen dort zu reden. Ich habe mit dem stellvertretenden Außenminister ein längeres Gespräch gehabt und ihm klarmachen wollen, dass wir nicht interessiert sind an irgendwelchen Schnellschüssen in Richtung Warschauer Pakt, sondern dass wir einen geordneten Weg, den auch die Sowjetunion nicht brüskiert, finden sollten. Das hat sich dann niedergeschlagen in den schon erwähnten Verhandlungen über das Schlussdokument. Und die Ungarn haben sich nach Abschluss dieser nicht ganz einfachen Runde der Verhandlungen über das Schlussdokument bei mir persönlich bedankt, dass wir vorher diese Möglichkeit der Konsultation hatten.

Kunter: Hatten Sie den Eindruck, dass Sie als DDR-Vertreter von den anderen ernst genommen, respektiert wurden?

Domke: Ja, durchaus. Man hat ja das Mandat und als Mitglied des Warschauer Paktes hat man auch eine Stimme. Und das ist die diplomatische Anerkennung. Auch internationale Anerkennung war nicht das Problem.

Kunter: Sie hatten bereits die KSZE angesprochen, die einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt für Sie gebildet hat. Was genau war das, was Sie da vorangetrieben haben?

Domke: Die KSZE war für uns in der Kirche eine ganz wichtige Veranstaltung, ein ganz wichtiger Prozess und für viele auch die Berufungs-Grundlage in der DDR für die Wahrnehmung gewisser Freiheiten, einschließlich der Freiheit, das

Land zu verlassen. Insofern lag uns das besonders am Herzen und es kam 1990 zu einem Aufbruch der KSZE. Da war ich dann unmittelbar beteiligt an einer ganz bemerkenswerten Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, wo sich Türen öffneten. Wir haben dann, um ein Zeichen unserer neuen demokratischen DDR zu setzen, die Delegationen entsprechend aus Vertretern von NGOs und natürlich Diplomaten zusammengesetzt, aber eben gerade von Leuten aus NGOs, die aktiv in der Friedensbewegung der DDR ihre nicht immer einfachen Aktivitäten durchgeführt haben und die dann auf einmal in der offiziellen Delegation der DDR am Verhandlungstisch der KSZE in Kopenhagen saßen. Danach war ich der Delegationsleiter für die DDR. Ich war nicht immer präsent. Die Konferenz dauerte ungefähr drei Wochen.

Kunter: Und was konnten Sie aus DDR-Perspektive erreichen?

Domke: Einmal schon die Tatsache, dass wir in dieser sehr ungewohnten Weise präsent waren, ein Signal, was auch wahrgenommen worden ist und ein Stück der Würde unserer friedlichen Revolution transportiert hat. Insofern war das symbolisch sehr wichtig. Die Delegation hat dann auch mitgemischt bei den Fragen der Öffnung der Gesellschaften für Prozesse, die mit der menschlichen Dimension zusammenhängen, mit Menschenrechtsfragen und so weiter.

Kunter: Gab es ganz konkrete Menschenrechtsfragen, die dort verhandelt wurden?

Domke: Es waren im Wesentlichen offene Türen, durch die man hindurchgehen konnte. Aber wichtig war, das zu fixieren, dass die Türen sich nicht irgendwie und irgendwann wieder schließen.

Kunter: Die KSZE hat sich in dieser Zeit in ihrer Gestalt total verändert. Waren das auch schon Themen, die damals angesprochen wurden, oder ging es eher um das Follow-up der KSZE-Schlussakte?

Domke: Es war unser erklärtes Ziel, die KSZE stärker zu machen, das heißt auch zu institutionalisieren. Denn bis dahin hatte die KSZE keine organisatorische Struktur. Wir haben uns dann gemeinsam mit Polen und Tschechien, mit der Slowakischen und der Tschechischen föderativen Republik in einer gemeinsamen Initiative für die Institutionalisierung der KSZE zusammengefunden. Wir hatten auch Verbündete in anderen Staaten, aber ich denke, unser Impuls war doch ein Stück weit Hilfestellung, damit das dann auch wirklich realisiert wurde. Nach 1990 gab es ein Sekretariat und einen Generalsekretär der KSZE, eine Einrichtung für Wahlbeobachtung und ein Büro für Menschenrechtsfragen. Wir waren daran interessiert gewesen, die KSZE zu stärken mit Blick auf die Friedenspolitik in Europa. Diese Initiativen sind

im Detail dann weniger über meinen Schreibtisch gelaufen, als vielmehr von Hans Misselwitz und von Markus Meckel selbst vorangetrieben worden.

Kunter: Bei den verschiedenen internationalen Verhandlungen, bei denen Sie dabei sein konnten, waren ja immer Vertreter der Bundesrepublik dabei und saßen mit Ihnen am Tisch. Wie war das Verhältnis mit den Vertretern der Bundesrepublik? Und hatten Sie zudem den Eindruck, dass es bestimmte Erwartungen an Sie gab?

Domke: Es gab einen berühmten Ausspruch von Genscher, dass jetzt keine Handbreit Luft mehr zwischen den beiden Außenministerien sein sollte. Das war für uns ein bisschen zu viel der Erwartung, weil es ja doch spezifische Dinge gab, die wir einbringen wollten, die nicht von vornherein in Konsens mit dem Auswärtigen Amt in Bonn waren. Die Außenpolitik für uns, für die DDR-Bürger, sollte immer noch in Berlin gemacht werden und nicht in Bonn. Bis zur deutschen Einheit wirkte sich das bei den Verhandlungen selber, jedenfalls an denen ich teilgenommen habe, nicht wesentlich aus. Zu meiner Überraschung habe ich festgestellt, dass gerade bei den KSZE-Verhandlungen, nicht nur in Kopenhagen, auch später in der Mittelmeer-Konferenz im September 1990, eine gewisse Sympathie zwischen den Experten der DDR und den Experten des Auswärtigen Amtes bestand. Man kannte sich schon lange und die KSZE war so eine Art Community in der Diplomatie, wo alle irgendwie infiziert waren von dem gutartigen Virus, also etwas Gutes zu tun und anzufangen. Das war schon erstaunlich. Die Differenzen mit dem Auswärtigen Amt, die waren und wurden dann im Laufe der Zeit sichtbar, nicht am Verhandlungstisch, sondern mehr in anderen Fragen drum herum. Die eine ganz gravierende Differenz war, dass das Auswärtige Amt beziehungsweise die Bundesregierung die Beteiligung der DDR an den Verhandlungen über die Stationierung der sowjetischen Truppen in der DDR und ebenso über den sogenannten Großen Vertrag, über gute Nachbarschaft, Zusammenarbeit und Kooperation, der ein wichtiger Vertrag insbesondere für die Sowjetunion war und in der Peripherie der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen stand, ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Da gab es eine Maßgabe aus dem Bundeskanzleramt, die DDR nicht zu beteiligen. Die Verhandlungen mit der Sowjetunion liefen seit Anfang August. Das war für uns eine Enttäuschung, das muss man schon sagen. Ich meine, hier wurden Verträge verhandelt, die ja vor allen Dingen die Bürger in der DDR betrafen. Die Frage des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte ohnehin und den Großen Vertrag, den Bonn im Vorfeld der deutschen Einheit aushandelte, ohne uns zu beteiligen, betraf in vieler Hinsicht rund 16 Millionen Menschen in der DDR. Dies wurde auf eine doch ungute Weise ignoriert und uns blieb nichts dagegen zu tun. Wir hatten auch unsere Überlegungen angestellt zu der Frage des zukünftigen Umgangs mit den sowjetischen Streitkräften und dem Abzug, der im Grunde genommen spätestens seit dem Juli-Treffen zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus

feststand. Wir hatten eine Arbeitsgruppe, die auch erste und konzeptionelle Überlegungen angestellt hat. Ich habe dann das, was erarbeitet worden ist, angesichts der Kenntnis der Maßgabe aus dem Bundeskanzleramt, einfach mal meinen Kollegen im Auswärtigen Amt, ich glaube, es war Staatssekretär Sudhoff, übergeben und gesagt: »Das sind unsere Überlegungen, leider habt ihr uns von den Verhandlungen ausgeschlossen. Aber was soll's.«

Kunter: Wurde Ihnen das direkt kommuniziert oder wie haben Sie davon erfahren?

Domke: Wir haben eine Kopie dieser Verfügung aus dem Bundeskanzleramt in die Hände bekommen und waren dann entsprechend informiert.

Kunter: In dieser Zeit gab es ja wahrscheinlich auch noch einige Verträge, sozusagen Altlasten der Regierung. Wie sind Sie mit denen umgegangen?

Domke: Ich habe ja das Aus für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bei den Einigungsvertragsverhandlungen vertreten. Das geschah auf der Ebene der Staatssekretäre unter Leitung von Herrn Krause und von Herrn Schäuble. Da hatten wir eine relativ kurze Agenda, was das MfAA und das Auswärtige Amt im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag anbetraf. Das war vor allen Dingen die Frage des Umgangs mit den Verträgen, die die DDR abgeschlossen hatte, und die entweder dann wörtlich, also in aller Form, beendet werden mussten oder weitergeführt werden sollten oder könnten. Aber dass man hier einen Prozess verabredet hat, wie man damit umgeht, das wäre eine längerfristige Sache gewesen, die wir bis zum Tag der Deutschen Einheit nicht abschließen konnten. Und im Einigungsvertrag im Artikel 12 ist das dann auch fixiert worden. Oder andere Fragen einzubringen, die zum Beispiel mit der Abrüstung zu tun hatten, insbesondere mit der Abrüstung dessen, was von der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen an Waffen und an Territorien freigeworden ist. Und natürlich auch mit dem, was auf uns mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte zukam, immerhin mehr als 500.000 Personen. Und dass das eine Frage der Konversion ist, aber auch noch im anderen Sinn, nämlich der Umstellung der Betriebe, der Rüstungsprojekte, die Rüstungsgüter produzierten auf friedliche Produktion. Mit dem 1. August 1990 hatte der Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, die Einstellung der gesamten Rüstungsproduktion in der DDR verfügt. Das heißt, wir wussten, es kam in Sachen Konversion eine ziemlich große Aufgabe auf uns zu und vielfältige Aufgaben auf das vereinte Deutschland. Ich habe versucht, dieses Thema einzubringen, dass da auch etwas im Einigungsvertrag fixiert werden sollte, und dann festgestellt, dass sich mein Gesprächspartner vom Auswärtigen Amt der Problemlage offenbar gar nicht bewusst war und zu einer Konversion offensichtlich noch keine Vorstellung hatte und meinte, das würde schon automatisch die Marktwirtschaft lösen. Das war für

mich frustrierend, zu erkennen, wie wenig in Bonn bekannt war über die Hintergründe über die vielen Einzelheiten der Situation in der DDR. Ganz abgesehen von den Intentionen der friedlichen Revolution, denn die waren ganz stark abrüstungsorientiert, und wir hatten ein Konversionsgesetz in Vorbereitung. Das ist allerdings dann im Zuge der drängenden Zeit nicht mehr formell beschlossen worden von der de Maizière-Regierung, aber die entsprechenden Vorlagen gab es. Dann hätte man ganz anders umgehen können mit diesen Fragen, die ich genannt habe, und auch was den Waffenexport anbetrifft, denn das lief über meinen Schreibtisch, jedenfalls die politische Zustimmung. Ansonsten war das Ministerium für Wirtschaft dafür verantwortlich und wir haben natürlich auch keine Waffenexporte mehr genehmigt in unserer Zeit, selbst wenn die Verträge von der DDR noch geschlossen worden sind. Trotzdem wurden Waffen der DDR, die, die nicht vernichtet wurden, nach der deutschen Einheit verkauft, zum Beispiel 240.000 Kalaschnikows an die Türkei, eine große Menge Munition an Finnland, Landungsboote der DDR-Marine an Indonesien. Dass man einen Waffenexport machte mit den militärischen Hinterlassenschaften der DDR, das war für uns besonders schmerzlich, weil dies nun den Intentionen der friedlichen Revolution total widersprach.

Kunter: Gab es in der kurzen Zeit vorher eine Situation, in der Sie Waffen liefern mussten?

Domke: Ja, es gab konkrete Fälle. Zum Beispiel sollten wir den Export von 10.000 Gewehren nach Peru genehmigen. In Peru hatte allerdings gerade ein paar Wochen zuvor eine Gefängnisrevolte stattgefunden, bei der die Polizei beziehungsweise die bewaffneten Kräfte dort sehr brutal gegen die Aufständischen vorgegangen ist. Wir haben daraufhin gesagt, unser Außenministerium beziehungsweise ich bin nicht bereit, das zu genehmigen. Daraufhin wurde von unserem Fachreferat darauf aufmerksam gemacht, dass das sozusagen diplomatisch schwierig werden könnte, weil Verträge einzuhalten sind und es einen gültigen Vertrag über die Lieferung noch mit der alten DDR gab. Hier kam uns ein unglücklicher Umstand, unglücklich für Peru, aber glücklich für uns, zu Hilfe, nämlich ein starkes Erdbeben. Und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung war sofort dabei, ein Flugzeug auszurüsten mit Materialien, Decken und anderen entsprechenden Hilfsmaterialien und Waren für die Opfer. Wir waren die ersten vor Ort von außen, von allen Ländern, die ersten, die eine solche Lieferung dort hinbringen konnten. Und in dieser Zeit war da für Verärgerung über nicht gelieferte Gewehre aus der DDR kein Platz mehr.

Kunter: Welche Rolle haben Sie bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gespielt? Was konnten Sie aus DDR-Sicht erreichen?

Domke: Die Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag waren eine Aufgabe, die der Minister unmittelbar an sich gezogen hat, begleitet von Staatssekretär Misselwitz, der für diese zentrale Aufgabe zuständig war bis zum Zerfall der Großen Koalition am 20. August 1990. Da erhielt ich dann den Auftrag, die Rolle von Hans Misselwitz zu übernehmen und die Verhandlungen in der Endphase weiterzuführen. Das war insofern bedeutend für uns, weil die letzte Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, bei dem der Vertrag regelrecht wortwörtlich ausgehandelt wurde, in Niederschönhausen in Berlin stattfand. Wir waren als DDR-Außenministerium die Gastgeber. Die wesentlichen Dinge des Zwei-plus-Vier-Vertrags waren da allerdings schon fixiert, auch durch die Vereinbarung zwischen Gorbatschow und Kohl im Kaukasus, die ein bisschen ein Ritt über den Bodensee war und nicht alle Teilnehmer des Zwei-plus-Vier-Vertrags miteinbezogen hatten im Vorfeld, was am meisten zu Verärgerung führte bei uns, aber auch bei anderen westlichen Verhandlungspartnern. Aber damit waren die Eckpunkte und die wichtigsten Punkte fixiert. Es war schon kurios, dass bei der Aushandlung des Textes das entscheidende Dokument für die meisten Fragen das Protokoll über die Pressekonferenz war, die Helmut Kohl nach Abschluss der Gespräche im Kaukasus gegeben hatte. Das waren so zehn Punkte, die die Basis für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen wurden. Abgesehen davon, dass es natürlich entsprechend auch Entwürfe gab vonseiten der westlichen Staaten und auch vonseiten der Sowjetunion, die dann ebenfalls auf dem Tisch lagen. Und dann war es ein Verhandlungsprozess. Der zog sich über vier Tage mit allen Facetten, was so ein Prozess mit sich bringt, also einem gewissen Anfangsimpuls, dann einer Frustrationsphase und schließlich einem Abschluss. Wobei man sagen muss, dass die Sowjetunion in einer sehr schwierigen Position war und wir darum bemüht waren, unnötige Brüskierung der Sowjetunion zu vermeiden. Aber sachlich hatten wir in dieser Phase nicht mehr viel einzubringen. Manches war auch zu unserer Zufriedenheit drin abgebildet, zum Beispiel die Begrenzung der Truppenstärke im künftigen Deutschland und der Verzicht auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügungsgewalt über ABC-Waffen. Beides sind entsprechend Bestandteile des Zwei-plus-Vier-Vertrags geworden und waren vorher schon in entsprechenden feierlichen Erklärungen zur Frage der Truppenbegrenzung in Wien bei den Abrüstungsverhandlungen abgegeben worden. Und was die ABC-Waffen anbetraf, diese Erklärung haben wir am 22. August in Genf vor etwa 140 Vertretern der Teilnehmerstaaten des Kernwaffen-Sperrvertrages abgegeben. Herr Genscher für das Auswärtige Amt für die Bundesregierung und ich selbst für die Regierung der DDR.

Kunter: Nach dem Rücktritt des Ministers sind Sie als einziger Staatssekretär noch geblieben und haben weitergemacht. Oder waren die anderen beiden auch noch da?

Domke: Nein, Hans Misselwitz ist ausgeschieden. Der zweite Staatssekretär, Herr Tiesler von der DSU, der ist noch im Amt geblieben. Den betraf der Zusammenbruch der Koalition nicht. Und ich war ja parteilos und bin auch anerkannt worden von de Maizière als derjenige, der die politischen Verhandlungen und politischen Aktivitäten der DDR-Regierung geführt hat, soweit sie nicht in den Händen von de Maizière selber lagen, der ja dann das Amt des Außenministers mit übernommen hatte, nachdem Markus Meckel mir zunächst die Amtsgeschäfte übertragen hatte. Und so war ich bis zur Erklärung von Herrn de Maizière mal kurzzeitig der Außenminister. Eine kuriose Situation der Geschichte.

Kunter: Wie haben Sie den 3. Oktober 1990 erlebt?

Domke: Den 3. Oktober 1990 habe ich in New York erlebt und zwar im Zusammenhang mit einer für meine Begriffe zu Unrecht kaum wahrgenommenen letzten Phase der Außenpolitik der DDR, der Teilnahme an der KSZE-Außenministerkonferenz in New York am 1. und 2. Oktober 1990. Hier haben die beiden deutschen Staaten, vertreten durch Außenminister Genscher und den Kultusminister Professor Maier in Vertretung für de Maizière, die Erklärung der vier alliierten Mächte über ihren vorzeitigen Verzicht auf die Ausübung ihrer Rechte über Deutschland entgegengenommen. Das muss man sich mal klarmachen. Die beiden deutschen Staaten, zwei inzwischen demokratische deutsche Staaten, nehmen die Erklärung der Siegermächte entgegen. Das ist, denke ich, schon ein bedeutender Vorgang vor dem Publikum der Außenministerkonferenz der KSZE. Diese Konferenz ging bis zum 2. Oktober. Ich hatte in der letzten Phase, weil Außenminister Genscher noch rechtzeitig zum Anbruch des 3. Oktober in Berlin sein wollte und Professor Maier ebenfalls in sein Flugzeug stieg, am 2. Oktober die Leitung der DDR-Delegation. Bis zum 2. Oktober 17 Uhr, rechtzeitig eine Stunde vor Anbruch des 3. Oktobers mittelleuropäischer Zeit. Das heißt, die DDR-Regierung war bis zu diesem Zeitpunkt voll anerkannt präsent auch auf der internationalen Bühne. Sie ist nicht untergegangen. Wir haben nicht im Unterseeboot gegessen und die Erklärung entgegengenommen, sondern wir haben gleichberechtigt am Tisch gegessen in New York.

Kunter: Und nach 17:15 Uhr?

Domke: 17:15 Uhr gab es ein Glas Sekt mit den Kollegen vom Auswärtigen Amt. Und das war es dann. Das war ein bisschen enttäuschend für uns, denn man hätte sich eigentlich gedacht, jetzt bricht der Tag der Deutschen Einheit an, der geht uns beide an. Aber dazu hat es wohl nicht gereicht, zu einer gemeinsamen Feier. Und

so haben wir dann diesen Abend in unserem Hotel verbracht. Und das Einzige, was das deutsche Kolorit uns geboten hat, war eine Kapelle in Lederhosen mit bayerischer Volksmusik. So war der Anbruch des Tags der Deutschen Einheit für uns in New York.

Kunter: Sie sind nicht mehr in Ihr Amt gegangen oder ins Büro nach dem 4. Oktober? Gab es da noch eine offizielle Verabschiedung?

Domke: Nein. Nein.

Kunter: Und was haben Sie danach gemacht?

Domke: Danach bin ich von der Landesregierung, das heißt vom Ministerpräsidenten Stolpe, als sein Bevollmächtigter für die Fragen des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte und die der Konversion im Land Brandenburg berufen worden. Das war schon abzusehen gewesen, dass die Landesregierung so eine Stelle einrichtet, weil sie sich dessen bewusst war, was da auf sie zukommt. Zumal ja fast die Hälfte der Truppen der sowjetischen Streitkräfte im Land Brandenburg stationiert waren. Ebenso die diplomatische Abwicklung, sozusagen auf der obersten Ebene, war politisch brisant genug, dass wir sehr daran interessiert waren, einen friedlichen Prozess ohne Turbulenzen für den Abzug der Streitkräfte innerhalb von vier Jahren hinzubekommen. Ich hatte besondere Voraussetzungen gegenüber den sowjetischen Partnern, auch gegenüber den Militärs, weil mit meiner Funktion als Außenminister im Außenministerium der Ko-Vorsitz der sogenannten gemischten Kommissionen für die Stationierungsfragen der sowjetischen Streitkräfte in der DDR verbunden war. Wir hatten unsere letzte gemeinsame Sitzung in Berlin. Da war der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte vertreten. Auf der sowjetischen Seite war aber nicht das Militär der erste Mann, sondern die politische Führung, nämlich der Botschafter der Sowjetunion, der dort die Federführung hatte für die sowjetische Seite. Für mich etwas überraschend, wie stark das Gewicht der politischen Führung in der Sowjetunion gegenüber den Militärs war. Das wurde von uns in der DDR und in anderen Ländern sicherlich nicht immer in dieser Form wahrgenommen. Das war bemerkenswert für mich, eine neue Erfahrung. Auf diese Weise kannte ich schon einige von den wichtigen Militärs persönlich, das war eine gute Basis für ein vertrauensvolles Verhältnis, das wichtig war für die Ausübung meiner Tätigkeit als Bevollmächtigter des Ministerpräsidenten Stolpe gegenüber den sowjetischen Streitkräften.

Kunter: Haben Sie dann noch nachgefeiert, nach dem 3. Oktober?

Domke: Wir haben ja schon im Hotel in New York gefeiert, allerdings eben nur unter uns.

Kunter: Sie sind dann ohne Verabschiedung in Ihre neue Position gegangen?

Domke: Ja. Aber ich war noch nicht berufen an dem 4. Oktober, das erfolgte Anfang November. Insofern war ich in der Zeit erst einmal arbeitslos. Natürlich war man als ehemaliger Staatssekretär eingebunden, auch zum Beispiel in die Einladungsliste von Botschaften, mit denen man zu tun hatte im Laufe seiner kurzen Tätigkeit im Auswärtigen Amt. Sowohl was die russische Botschaft betraf, aber auch die Ukraine und die belarussische Botschaft. Und ich habe auch später, also in meiner gesellschaftlichen Tätigkeit, eine Funktion übernommen, als Vorsitzender der Stiftung West-Östliche Begegnungen ab 1994 und zuletzt von 2004 bis 2018. Die Stiftung West-Östliche Begegnungen ist ein Produkt der deutschen Einheit gewesen. Als Restvermögen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, nach Abwicklung der Massenorganisation und ihrer Strukturen, waren so knapp 30 Millionen D-Mark übriggeblieben, die dann nach zähen Verhandlungen in eine Stiftung überführt wurden zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mit den postsowjetischen Staaten.

Kunter: Wenn Sie heute, etwa 30 Jahre danach, zurückblicken auf diese Zeit vom 18. März bis zum 2. Oktober, worin liegt Ihrer Meinung nach die bleibende Bedeutung dieser letzten frei gewählten DDR-Regierung?

Domke: Ich denke, dass wir überhaupt in der Lage waren, als demokratische DDR zu agieren und auch entsprechende Verträge abzuschließen, die notwendig waren, um die deutsche Einheit herbeizuführen. Denn mit einem nicht anerkannten Parlament und einer damit nur mäßig legitimierten Regierung der früheren DDR wäre eine Einheit gar nicht denkbar gewesen. Der Abschluss völkerrechtlich gültiger Verträge sowohl des Einigungsvertrags als auch die Unterschrift unter dem Zwei-plus-Vier-Vertrag waren ganz wichtige Voraussetzungen für das künftige vereinte Deutschland, einschließlich der Entgegennahme der Erklärung der vier Alliierten über ihren vorzeitigen Verzicht ihrer Rechte. Denn damit wurden beide deutsche Staaten erst souverän und konnten die Einheit vollziehen, die sie vorher vereinbart hatten. Die Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrags wurde zwar am 12. September unterschrieben, doch dass die bis Ende September nicht über die Bühne gehen konnte, war klar. Das ist dann im Laufe des Jahres 1991 erfolgt. Aber das war eine ganz wichtige Rolle, auch völkerrechtlich, die die DDR-Regierung gespielt hat. Der Versuch, ebenso Inhalte aus der friedlichen Revolution über das Formelle hinaus

einzubringen, ist nur partiell gelungen. Aber immerhin sind die Aktivitäten und der persönliche Einsatz von Markus Meckel gegenüber Polen beispielsweise im Nachhinein gewürdigt worden und, denke ich, war auch ein wichtiger Teil der Vertrauensbildung zwischen den beiden deutschen Staaten. Zu den bemerkenswerten Ergebnissen aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, an die auch erinnert werden sollte, gehört, dass das Gebiet der DDR einschließlich West-Berlin heute die erste kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ist. Im Verlauf der Zwei-plus-Vier-Vertrag-Verhandlungen war die Frage der Stationierung von Kernwaffen beziehungsweise des Verbleibs von Kernwaffen auf deutschem Boden eine wichtige Frage, die uns sehr am Herzen lag. Markus Meckel trat dafür ein, dass die Stationierung auf dem Territorium Deutschlands überhaupt untersagt oder darauf verzichtet wird. Im Text des Zwei-plus-Vier-Vertrags blieb ihm nicht diese radikale Reform, sondern der Verzicht auf Herstellung, Besitz und Verfügungsgewalt in Bezug auf ABC-Waffen. Was dann konkret vereinbart wurde, war, dass sich das jetzt erst einmal auf das Territorium der DDR und West-Berlin bezieht. Und so hat man beim Entgegenkommen gegenüber den Wünschen und den Forderungen der Sowjetunion vereinbart, dass keine Kernwaffen, keine Kernwaffenträger und auch keine ausländischen Truppen auf dem Territorium der DDR und West-Berlins stationiert werden dürfen. Das war auch einer der zehn Punkte aus der Pressekonferenz im Juli nach den Kaukasus-Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag ist dies völkerrechtlich fixiert. Damit es ist verboten, ausländische Truppen auf diesem Territorium der ehemaligen DDR zu stationieren. Und es besteht das Gebot des Verzichts Deutschlands auf den Besitz, die Verfügungsgewalt und die Herstellung von Atomwaffen. Dies zusammen ergibt völkerrechtlich fixiert eine kernwaffenfreie Zone in Europa, dort, wo bis 1990 eigentlich die größte Kernwaffenbesetzung territorialer Art stattgefunden hat. Und an dieses Ergebnis zu erinnern, ist, denke ich, heute sicherlich auch angebracht. Und es gilt bis heute, der Zwei-plus-Vier-Vertrag ist nicht gekündigt worden. Und dies wird hoffentlich auch niemals in Frage gestellt. Die technische nukleare Teilhabe, die darin besteht, dass Piloten heute ausgebildet werden für den Abwurf von Atombomben, die in Büchel einlagern, und dass die Bundesrepublik entsprechende Flugzeuge bereitstellt, ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, nämlich gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag und den Verzicht auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Das ist hoffentlich ein Ansatzpunkt für die Anti-Atomwaffen-Bewegung, das auch zur Geltung zu bringen. Und die Boykottierung des UNO-Abkommens über das Verbot der Kernwaffen bis zum heutigen Tag durch die Bundesregierung ist beschämend und sehr bedauerlich. Es ist im Grunde genommen ein Verrat am Erbe der Friedensbewegung in der DDR. Denn auch die Kirchen haben 1987 nach einem langen Prozess der Entscheidungsfindung, der sich über fünf Jahre hinweg zog, ein Bekenntnis abgelegt über die Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung. Das wurde auf der Synode in Görlitz 1987 in aller Form beschlossen und zwar nicht als einfacher Beschluss, sondern

mit einem Bekenntnischarakter. Es hat damit einen hohen Stellenwert für Christen und Kirchen. Und dieses ist bis heute nicht wieder aufgenommen worden durch die EKD.

Kunter: Wenn Sie auf Ihre eigene Funktion und Arbeit in dieser Zeit zurückblicken, was ist für Sie der wichtigste Beitrag gewesen und wo sind Sie gescheitert?

Domke: Die Frage der Abrüstung und Konversion. Wir hatten uns vorgestellt, dass wir nicht nur den Verzicht auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügungsgewalt verteidigen, sondern auch um die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland hätten erweitern können. Das konnten wir nicht verwirklichen und das ist bis zum heutigen Tag leider noch nicht verwirklicht worden. Das, was uns oder mir im Nachhinein immer deutlicher geworden ist, ist, dass mit dem Jahr 1990 der Kalte Krieg eigentlich nicht beendet war. Mir wurde das erschreckend deutlich an einer meiner Protokollnotizen über das Gespräch von Bush und Kohl im Camp David im Februar 1990, als Bush wörtlich sagte: Zur Hölle damit, wir haben die Oberhand. Wir können doch nicht zulassen, dass die Sowjets ihre Niederlage in einen Sieg verwandeln. Diese Intention ist eigentlich nie verschwunden und wird auch in der heutigen Politik wirksam. Und war eigentlich auch die ganze Zeit im Hintergrund eine Vergiftung der Friedenspalme, die ganz bemerkenswert, aber dann eben nur mit mäßigem Erfolg mit der Charta von Paris 1990 im November in Erscheinung trat.

Kunter: Es gab nach 30 Jahren eine öffentliche Feier. Was haben Sie da vermisst oder was hätten Sie gerne gehabt, was bei dieser Feier zu 30 Jahre deutsche Einheit mehr gewürdigt worden wäre und was sollte in Zukunft vielleicht bewusster sein?

Domke: Wir hätten uns schon gewünscht, dass zum 30. Jahrestag, meinerwegen Zwei-plus-Vier oder auch zum Tag der Deutschen Einheit, sich das Auswärtige Amt etwas aktiver uns gegenüber zeigen würde. Das war enttäuschend und ich denke, das kann man nicht nur mit Corona begründen, weshalb das nicht geschehen hat. So waren wir zum 30. Jahrestag nur Zuschauer wie jeder andere.

Kunter: Vielen Dank für dieses interessante Gespräch!

3. Zeitzeugeninterview mit Dr. Petra Erler

Dr. Petra Erler

Ehemalige Staatssekretärin für Europafragen



Abbildung 5: Dr. Petra Erler, ehemalige Staatssekretärin im Amt des Ministerpräsidenten, beim Zeitzeugengespräch mit Dr. Katharina Kunter am 26. November 2020.
Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

Dr. Katharina Kunter: Guten Tag, Frau Dr. Erler, und herzlich willkommen zu unserem Zeitzeugengespräch über Ihre Zeit als Staatssekretärin in der letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung. Stellen Sie sich doch zu Anfang kurz vor mit Namen, Beruf und Hintergrund, um den Weg aufzeigen, der 1990 zu Ihrer Funktion als Staatssekretärin geführt hat.

Dr. Petra Erler: Mein Name ist Petra Erler. Ich bin in Thüringen geboren, in einem kleinen Dorf, das niemand kennt. Ich bin dann mit meinen Eltern nach Ronneburg gezogen, auch in Thüringen, und habe Abitur gemacht in Gera. Ich wollte unbedingt an eine Sprachschule oder in eine Sprachklasse gehen, weil ich mir gewünscht habe, dass ich Fremdsprachen kann, und habe demzufolge intensiver Englisch gelernt und Französisch neben Russisch. Dann habe ich Außenhandel studiert an der Hochschule für Ökonomie in Berlin, war hinterher drei Jahre in einer Verwaltungsabteilung bei Textil-Kommerz, das war ein Außenhandelsbetrieb. Dort habe

ich die EDV-Einführung der Abrechnung der Verträge betreut und dabei gelernt, dass ich auf keinen Fall in die sozialistische Produktion möchte. Daraufhin habe ich beschlossen, in die Wissenschaft zu gehen, und habe mich beim Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg beworben, bin angenommen worden und habe als wissenschaftliche Assistentin gearbeitet und promoviert. Mein Thema war die europäische Integration und das Binnenmarkt-Projekt, das an sich keinen interessiert hat. Aber als im Jahr 1989 die Mauer fiel, dachte ich, was heißt das eigentlich vom Standpunkt deines Projekts aus betrachtet und deiner Forschungsleistung für den künftigen Weg der DDR und das künftig geeinte Deutschland? Ich habe recht schnell nicht mehr geglaubt, dass es irgendwie eine eigenständige DDR geben würde. Und ich war der erste Mensch, der die Vertretung der Europäischen Kommission damals nach dem Mauerfall als Ossi besuchte. Und demzufolge hat sich der Leiter der Vertretung meiner mit großem Interesse angenommen. Das führte dazu, dass er mir half, meine Überlegungen nicht nur zu strukturieren, sondern auch mit anderen Menschen zu bereden. Ich hatte ein Konzept fertig, ungefähr, im Januar. Zum gleichen Zeitpunkt wurde ich eingeladen, an einer Beratergruppe der SDP Ost teilzunehmen, wo ich bis zum heutigen Tag nicht weiß, wer mich empfohlen hat. Aber dort habe ich Hans Misselwitz getroffen und Markus Meckel, der den Vorsitz der Gruppe führte. Aufgrund unserer Diskussionen kam Markus zu der Überzeugung, dass er sich den Stand meiner Überlegungen genauer anhören möchte. Das führte dazu, dass ich für die SDP Ost im Teil Außenpolitik Europa in die Koalitionsverhandlungen ging. Aber ich hatte mich zunächst geweigert, in die Administration zu gehen, denn mein Beruf machte mir Spaß. Ich hatte die Lehrveranstaltungen übernommen, Vorlesungen gemacht. Aber dann hat mich Markus Meckel gebeten, für ihn die Reise nach Dublin, durch die irische Ratspräsidentschaft, vorzubereiten. Und ich bin auch mit ihm mitgeflogen nach Dublin und dort habe ich gelernt, dass ich gebraucht werde. Daraufhin wollte ich mich zunächst beurlauben lassen, das Institut hat mich freundlich entlassen und ich bin zum 1. Mai ins Außenministerium der DDR gegangen als Mitglied des Planungsstabs, als Beraterin des Ministers. Und eine Woche später laufe ich dem Abteilungsleiter vom Amt des Ministerpräsidenten über den Weg und der hielt mich für eine Sekretärin. Nachdem das geklärt war, haben wir lange miteinander geredet und sofort einen Draht zueinander gefunden. Das Ganze endete damit, dass de Maizière und Markus Meckel die Absprache trafen, dass ich als Staatssekretärin für Europafragen und die Angelegenheiten der europäischen Integration ins Amt des Ministerpräsidenten wechseln sollte, um auf diese Art und Weise die Grundlinien der Europapolitik der letzten, ersten und einzigen demokratischen DDR-Regierung zu koordinieren.

Kunter: Ich möchte zwei Sachen aufgreifen. Was gab es für Material über europäische Gemeinschaften und Binnenmärkte, als Sie anfangen, darüber zu forschen? Wie kam es überhaupt, dass dieses Thema eines war? Und das Zweite: Sie sagten, Sie haben die Kommission in Brüssel besucht?

Erler: Nein, die Vertretung in West-Berlin.

Kunter: Erzählen Sie gern, wie es dazu kam.

Erler: Das Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg hatte einen Lehrteil und einen Ausbildungsteil. Der Ausbildungsteil war für Diplomaten für den künftigen Diplomatischen Dienst der DDR und demzufolge war die Materiallage dort hervorragend. Wir hatten auch ein eigenes UNO-Archiv und alle möglichen Publikationen, die man sich wünschen kann. Das Thema europäische Integration wurde mir gegeben, weil sie gedacht haben, es ist ein leichtes Thema, es interessiert nicht so viele. Es war eine Abteilung damals, die nur aus Männern bestand, und die hatten einmal eine Frau als Doktorandin gehabt und mit der keine guten Erfahrungen gemacht. Und dann dachten sie, na, das Thema segelt so durch und wenn die nicht so gut ist, dann fällt es nicht weiter auf. So war die ursprüngliche Überlegung. Die haben sich geändert. Ich war aber unglücklich mit diesem Thema, weil es in der Tat niemanden interessierte. Und dann habe ich nebenbei noch innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen gemacht, einfach weil es auf der Hand lag. Die DDR und die BRD damals haben ja wirtschaftlich vergessen, dass sie sich gegenseitig nicht anerkannt hatten, sondern für Westmark die DDR in Wahrheit alles gemacht hat. Und das habe ich so am Rande mitbegleitet und dazu noch etwas Entwicklungsländer-Politik für einen Professor, weil der sich sehr um mich gekümmert hat, genauer gesagt interessierte mich, wie es Hongkong und Südkorea, Taiwan und Singapur geschafft hatten, eine nachholende Entwicklung in Gang zu setzen, die wirklich beeindruckende Resultate zeigte und gar nicht in das DDR-Schema für Entwicklungsländer passte. Das fand ich spannend. Aber dann im Jahr 1989 veränderte sich die Welt auch für mich. Und ich dachte, das Beste, was du kannst, ist nun mal europäische Integration. Ich bin zum ersten Mal am 10. November nach West-Berlin gefahren und am 11. bin ich wieder hingefahren und da in die Vertretung der Europäischen Kommission gegangen, weil mich das wahnsinnig interessierte. Ich hatte ja bisher nur darüber gelesen und hatte überhaupt keine Vorstellung. Ich dachte mir, jetzt ist die Mauer gefallen, guck doch mal, ob du da vielleicht ein Praktikum machen kannst, damit du genauere Kenntnisse bekommst. Und eins führte zum anderen. Eckhard Jaedtke, ein alter Sozialdemokrat, der mit Willy Brandt zusammengearbeitet hatte, war damals der Leiter dieser Vertretung in Berlin und er hat mich wirklich buchstäblich unter seine Fittiche genommen.

Kunter: Aber Sie sind erst mal reinmarschiert.

Erler: Ich bin einfach so reinmarschiert, ja. Ich wollte einfach mal gucken, was das ist, wollte reden und mich umgucken, was die für Literatur haben. Und wie gesagt, das war eine solche Sensation, dass jetzt die erste Ossi diese Vertretung betrat, dass ich wirklich ausgesprochen gut behandelt wurde. Die waren alle froh. Ich habe Eckhard Jaedtke auch gefragt, ob sie nicht jemanden hätten von der Europäischen Kommission, der meinen Studenten erzählt, was die europäische Integration eigentlich ist, die aktuellen Tätigkeiten und so weiter und so fort. Und dann kam der stellvertretende Generalsekretär der Europäischen Kommission aus dem Jahr 1990, der Niederländer Carlo Trojan, nach Berlin und Eckhard Jaedtke hat möglich gemacht, dass der bei meinen Studenten auftrat. Dann hatte der den Wunsch geäußert, dass er sich Sanssoucis angucken kann, das Neue Palais, und danach waren wir essen. Und drei Monate später war er mein direkter Verhandlungspartner in Brüssel. Man muss manchmal Glück haben.

Kunter: Sie haben im Juni, also relativ spät, Ihre Position als Staatssekretärin bekommen. War da Ihr Büro schon vorhanden?

Erler: Ich habe ein Staatssekretär-Büro im Außenministerium bekommen und bin nicht ins Amt des Ministerpräsidenten gezogen. Erst hatte ich ein kleines Büro und da ich dann ja eine Beförderung erhalten hatte, bekam ich ein Staatssekretärs-Büro. Das war auch frei. Und dann bin ich im Auswärtigen Amt geblieben. Das hatte auch den Grund, weil Markus Meckel und Lothar de Maizière ein durchaus kompliziertes Verhältnis hatten. Aber ich hatte zu beiden ein gutes Verhältnis und das hat dazu geführt, dass mancher Streit gar nicht entstehen konnte, weil es noch eine Kommunikationsebene gab, die versucht hat, möglichen Streit wegzunehmen. Ich war nicht die Aufpasserin, aber ich war schon jemand, der die Ohren aufsperrte in beide Richtungen und überlegen musste, was bedeutet das und was nicht.

Kunter: Und wie lief das weiter, als Sie die neue Funktion bekommen haben mit sicherlich ganz anderen Aufgaben als vorher als Beraterin? Sie waren dann Experte für Europa. Gab es eine Aufgabenbeschreibung?

Erler: Die einzige Definition war, dass es eine Arbeitsgruppe geben würde, die aus Mitarbeitern aus jedem einzelnen Ministerium zusammengesetzt war, um sicherzustellen, dass die grundlegende politische Linie der de Maizière-Regierung sich auch in jedes einzelne Ministerium niederschlug, und um andererseits zu wissen, was in den einzelnen Ministerien gedacht wurde, welche Möglichkeiten und welche Probleme sich im Zuge der bevorstehenden deutschen Einigung und der damit verbundenen Eingliederung der DDR in die europäische Integration ergeben wür-

den. Und alles Übrige ergab sich aus einem Konsens zwischen Markus Meckel und Lothar de Maizière über meine vorgeschlagene Grundlinie der Europapolitik, dass wir eigenständig auftreten müssen, den Kontakt zu allen europäischen Partnern suchen und auch zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Parlament, damit die wissen, wer wir sind. Wir kannten unsere Probleme am besten. Wir wollten aber auch demonstrieren, dass wir für sie keine Last sind, sondern dass wir zwar Europa nur durch die Mauer gesehen haben, also Westeuropa, aber beitragen wollen zu dem Einigungswerk. Und das ging damals vollständig gegen die Linie der Bundesregierung. Die hatte am 22. März beschlossen, dass sie alle europäischen Angelegenheiten für uns erledigen würde. Und damit wollte ich mich nicht abfinden. Damit wollten wir uns nicht abfinden. Und wir haben diese Sichtweise der Bundesregierung auch gekippt mithilfe der irischen Ratspräsidentschaft beim Besuch in Irland.

Kunter: War das Thema DDR-Integration in Europa schon vorher auf der Agenda, oder wurde das erst durch die Gespräche, die Sie geführt haben, bewusster?

Erler: Erst einmal Markus. Dann, vermittelt über Tilo Steinbach, der damals Abteilungsleiter bei de Maizière war, habe ich auch mit de Maizière gesprochen und dem hat das auch gefallen. Ich meine, das war das einzig logische und mögliche Konzept. Aber es ging natürlich brachial gegen die Bundesregierung.

Kunter: Beschreiben Sie gern etwas genauer, was die Eckpunkte Ihres Konzepts waren.

Erler: Das Wichtigste war, dass wir uns als Subjekt und nicht nur als Objekt oder Schachfiguren von möglichen westdeutschen Verhandlungen mit den europäischen Partnern begriffen haben. Für uns war wichtig, dass die besonderen Bedingungen, die wir in Ostdeutschland hatten, durch die Integration in die Europäische Union nicht verschlechtert, sondern verbessert oder stabilisiert würden. Wir hatten auch das Ziel, dass wir teilhaben könnten an europäischer Solidarität. Wir sind ja sozusagen aus dem Stand heraus integriert worden, da gab es keine Vorbereitungszeit, und es war klar, dass wir kein Interesse daran hatten, jetzt den ganzen Prozess mit Haushaltsverhandlungen oder so zu belasten. Aber wir wollten symbolische Anerkennung, dass von Anfang an auch in diesem Teil des neuen großen Landes klar sein würde, dass Europa, also, in Anführungsstrichen, Brüssel und Straßburg, solidarisch mit uns ist und nicht nur Gelder aus damals noch Bonn fließen würden, sondern dass ganz Europa sich daran beteiligen würde, dass auch die ostdeutschen Länder Solidarität erfahren. Das war aus unserer Sicht eine Zweibahnstraße. Denn für Menschen ist es wichtig, wenn sie in einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang kommen, dass dann auch die Integration in die Europäischen Gemeinschaften,

wie sie damals hießen, nicht abstrakt ist, sondern was zum Anfassen. Und in Klammern: Ich bin wahrscheinlich die Letzte, die einen internationalen Vertrag für die DDR unterschrieben hat, in dem Falle am 28. September 1990 mit der Europäischen Kommission. Da ging es noch einmal um 40 Millionen ECU, also etwa 80 Millionen D-Mark. Und um diese 40 Millionen habe ich gekämpft, als mich schon alle ausgelacht hatten. Es ging mir nur darum, dieses Geld zu bekommen, weil das eine Staatsfinanzierung war für den Aufbau von europäischen Informationszentren hier in den fünf neuen Ländern und zur beginnenden Sanierung der Elbe. Das waren die beiden Schwerpunkte. Und ich fand, das ist besser als nichts. Den Vertrag habe ich als Vertreterin der ostdeutschen Regierung unterschrieben und das Geld wurde der ostdeutschen Regierung von der Europäischen Kommission nicht nur zugesagt, sondern auch zugebilligt. Der Rechtsnachfolger waren die ostdeutschen Länder und demzufolge ist dieses Geld auch noch gekommen. Wir haben drei Milliarden ECU, also sechs Milliarden D-Mark, bekommen für den Zeitraum 1990 bis 1993 für die ostdeutschen Länder. Und wir haben dank der Delors-Kommission auch Experten bekommen aus der Kommission, die in die einzelnen Landesverwaltungen gegangen sind. Denn das war eine Horrorvorstellung, dass jetzt zwischen der Zusage des Geldes und dem realen Abfluss Jahre liegen könnten. Wir wollten, dass relativ schnell sichtbar wird, hier helfen alle mit, den schwierigen Transformationsprozess zu begleiten. Ein Ziel war die Anerkennung der besonderen Bedingungen in der DDR-Landwirtschaft, ihre relativ großen Agrarstrukturen. Das ist im Jahr 1990 nicht gelungen. Die Bundesregierung hatte eine ganz klare Meinung, dass sich Ostdeutschland in kleine Familienbetriebe aufspalten sollte. Aber unsere Meinung war, wenn das bei uns passiert, dann werden wir solche Verwerfungen in der Landwirtschaft kriegen, weil das Einzige, was die landwirtschaftlichen Produktionsgesellschaften als Wettbewerbsvorteil hatten, in einem völlig unbekanntem und hoch wettbewerbsfähigen Markt, war ihre Fläche. Kein Geld, Altschulden wegen des Einigungsvertrags und auch keine wirklichen Marketingkompetenzen oder Geschäftsverbindungen. Dann muss man wenigstens ein Pfund in der Tasche haben und das Einzige, was ich damals erreichte, war, dass ich eine persönliche Zusage bekam aus der Europäischen Kommission, dass man die besonderen Bedingungen Ostdeutschlands in der nächsten Reform 1992 anerkennen würde. Und diese Zusage wurde gehalten. Was ich niemals vergessen werde.

Kunter: Erläutern Sie doch noch einmal näher die entscheidende Reise nach Dublin. Sie sagten, die irische Ratspräsidentschaft spielte eine wichtige Rolle?

Erler: Wir sind im Regierungsflugzeug nach Dublin geflogen, ich denke, das war am 25. April 1990. Es war das zweite Mal, dass ich unterwegs nach Europa war. Nach dem Territorium der alten Bundesrepublik Deutschland war ich einmal in Griechenland gewesen, auf einer trilateralen Konferenz Ende März in Athen. Wir

flogen also dahin und dort gab es das normale diplomatische Setting. Alle sitzen am Tisch und es wurde mit Dolmetschern gearbeitet. Markus Meckel trug unsere Agenda vor und die erste Frage der irischen Präsidentschaft war: »Haben Sie das mit Herrn Genscher besprochen?« Die erste Antwort darauf war selbstverständlich: »Nein.« Die Diskussion ging noch etwa zehn Minuten weiter und dann schlugen die Iren vor, eine Pause zu machen. Sie luden uns zu ein paar Keksen und zum ersten irischen Whisky meines Lebens ein. Und dann kam der Berater vom Ministerpräsidenten zu mir und fragte, was wir wollen. Dann haben wir miteinander geredet, auf Englisch. Mein Englisch war grauenhaft, aber er hat es trotzdem verstanden. Ich hatte seitdem ja schon 16 Jahre nicht mehr aktiv gesprochen. Und nach zwei Stunden wurden die Beratungen wieder aufgenommen und die Iren sagten uns zu, dass sie unser Anliegen unterstützen würden. Und sie haben diese Unterstützung in jeder Weise auch dokumentiert. Wie es der Zufall so wollte, war ich 14 Jahre später wieder an diesem Ort, denn dort wurde die Erweiterung der Europäischen Union um damals zehn Mitgliedsstaaten 2004 gefeiert. Das war für mich in jeder Weise historisch berührend, weil ich nun wieder an diesem Ort war, den ich in so guter Erinnerung hatte. Und weil die Iren 2004 eine wunderbare Feier gemacht hatten, von der ich mir gewünscht hätte, dass sie jeder Mensch in der Bundesrepublik Deutschland gesehen hätte. Sie müssen sich vorstellen, die Zeremonie beginnt, ein irischer Kinderchor singt auf Deutsch die Ode an die Freude und alle Fahnen gehen gleichmäßig hoch, 25 insgesamt, und darunter die polnische und die litauische. Ich gucke mich um und alle meine Länder, also alle Länder, die sozusagen östlich der Elbe liegen, haben geweint. Und ich auch. Und ich dachte mir, wie hat sich doch ein Europa verändert, wo so wenige Jahre oder Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg Polen und Ungarn und Tschechen weinen, zu deutscher Musik mit deutschem Text, weil sie jetzt gemeinsam mit uns allen zusammen eins sind und sich nicht mehr vor uns fürchten. Das war das, was mich so berührt hat. Kurz und gut, wir haben alle geschneift, und bemerkenswert war, dass niemand der alten Länder in irgendeiner Art und Weise bewegt war. Und das war, glaube ich, der Moment, wo ich begriffen habe, dass ich immer auf die Seite der Elbe gehören werde. Für die war ein neuer Prozess abgeschlossen und wenn man da keine emotionalen Akzente drin hat, dann ist es auch kein Wunder, wenn es in den folgenden Jahren, obwohl wir unendlich profitiert haben als Bundesrepublik Deutschland, gerade weil wir nur noch von Freunden umgeben waren, erlaubt hat, dass die Erweiterung so schlechtgeredet wurde in den Folgejahren. Das am Rande.

Kunter: Sie sagten, dass Sie beim ersten Dublin-Besuch gefragt wurden, ob die Bundesrepublik von Ihren Zielen weiß. Gab es dann noch Gespräche zwischen Irland und der Bundesrepublik?

Erler: Das vermute ich. Ich vermute auch, dass Genscher nicht besonders glücklich war, dass wir das gemacht hatten. Aber wir hatten die besseren Argumente. Das Verhältnis zwischen Genscher und Markus Meckel war ja auch nicht gut. Wir sind ihnen reingegrätscht und mitnichten unwissend, dass wir das tun würden. Wir haben gleichzeitig gesagt, wir werden nie wieder irgendeinen Streit mit der alten Bundesrepublik auf offener politischer Bühne austragen. Wir wollen nicht diesen ganzen Prozess stören. Aber wir sind da, wir sind Vertreter von damals immerhin noch knapp 17 Millionen Menschen. Und wir kennen unsere Bedingungen. Ich hätte selbstverständlich gerne gehabt, dass Ostdeutsche nicht nur in den diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland in Neu übernommen werden würden, nach Einzelfallprüfung, sondern auch in internationalen Organisationen eine Rolle spielen, in der Europäischen Kommission zum Beispiel, und damit bin ich brachial gescheitert. Die Franzosen haben uns Sprachausbildung gegeben, denn für Ostdeutsche war das immer ein Problem. Die allermeisten hatten nur ein bisschen Russisch, eventuell noch ein bisschen Englisch, aber nicht sehr viel, und Französisch gar nicht. Und wenn man in Europa in der europäischen Integration in Brüssel bestehen will, muss man beide Sprachen können. Man kann zwar in einer Sprache arbeiten, aber man muss beide können. Denn ein Franzose wird sich nur ganz selten dazu herablassen, Englisch zu sprechen. Also musste man sprachgewandt sein. Frankreich hat also französische Sprachkurse finanziert, die bis 1996 gelaufen sind. Delors hat ein Programm aufgelegt, dass Ostdeutsche in die Kabinette gehen können, um von einer politischen Perspektive her die Arbeit in der Kommission kennenzulernen. Das waren alles ausgesprochen hilfreiche Maßnahmen, aber sie haben gar nichts bewirkt.

Kunter: Was, denken Sie, könnte die Iren dazu bewogen haben, Ostdeutschland zu unterstützen?

Erler: Die politische Lage war damals relativ klar. Die Bundesrepublik Deutschland hatte den Zehn-Punkte-Plan aufgelegt und stieß nun nicht auf besondere Gegenliebe, nirgendwo, mit Ausnahme vielleicht von Spanien. González, der fand das großartig. Die Briten waren tief besorgt. Die Franzosen waren tief besorgt. Alle waren tief besorgt, was das für ein Land sein würde, das da auf sie zukommt, mit so vielen Menschen. Mit einem Teil, den sie gar nicht kannten. Würde dieses Land wieder zu einer Gefährdung werden aufgrund seines Schwergewichtes, seiner wirtschaftlichen Kraft, seines künftigen politischen Einflusses? Wie wird es sich entwickeln? Das waren die Fragen, die im Raum standen. Mitterrand, der die DDR

1990, ich glaube, es war im Februar, besuchte und sich davon überzeugte, dass es nicht zu halten ist, das bricht allerorten zusammen. Er kannte den Lieblingsspruch der Franzosen: »Wir lieben die Deutschen so sehr, dass wir zwei davon haben wollen«, und dass sie diesen Lieblingsspruch politisch vergessen konnten. Denn Instabilität ist noch problematischer. Und deshalb war die Überlegung richtig. In einer Situation, wo es viel Misstrauen und Ängste gibt, zu sagen: Wir müssen demonstrieren, wer wir sind. Wir werden nicht erlauben, dass dieses Deutschland abdriftet in Nationalismus oder dass wir zu einem Störfaktor in der europäischen Integration werden. Und natürlich hatten die Iren mitbekommen, dass Jacques Delors ausgesprochen großzügig, positiv und offen uns gegenüber aufgetreten ist, der ja schon im November gesagt hat: Was immer die Deutschen entscheiden, eins oder zwei, sie haben ihren Platz. Die EU-Kommission war von Anfang an überhaupt nicht zurückhaltend, was Kontakte zu Ostdeutschland betrifft. Das hatte wie erwähnt auch einen persönlichen Grund, ich kannte Carlo Trojan. Das heißt, da war automatisch ein Kontakt da zu den Beauftragten des Kommissionspräsidenten für die deutsche Einigung. Die Franzosen hatten sich sofort bei mir gemeldet und die französische Botschafterin, wir haben uns bestimmt jede Woche gesehen. Die Iren haben das sicherlich genauso gewusst, wie sie auch gewusst haben, dass es rational ist, sich in einer solchen Situation nicht zu verstecken, sondern Flagge zu zeigen, Gesicht zu zeigen, zu zeigen, dass wir sind wie sie. Vaclav Havel hat damals in einer der ersten großen Reden, die er gehalten hat, im Europarat gesagt: »Unsere Kathedralen sehen aus wie eure Kathedralen.« Das hat er nicht gesagt, weil er einen billigen Vergleich machen wollte, sondern weil er sehr wohl gewusst hat, so wie wir das alle gewusst haben, dass wir uns mehr für den Westen interessiert haben, als der Westen sich für uns interessiert hat. Für Konrad Adenauer war ja Sibirien gleich hinter der Elbe und alles, was östlich der Elbe liegt und was dahin führt, was man nicht kennt, fürchtet man auch. Also hatten wir, denke ich, eine rationale Strategie und das haben die Iren gesehen, das waren rationale Leute. Auch die italienische Ratspräsidentschaft ist mit uns so großzügig verfahren.

Kunter: Der Zeitraum zum Verhandeln war ja relativ kurz, bis Oktober. Was konnten Sie in dieser kurzen Zeit gut zu Ende führen?

Erler: Der gesamte Ratsbeschluss, der in der Europäischen Kommission gemacht und der dem Rat vorgelegt wurde, über die Bedingungen der Eingliederung der ostdeutschen Länder in die europäische Integration im Zuge der deutschen Einigung, der trägt meine Handschrift. Das Problem ist aber ein ganz anderes. Das Problem ist nicht, was hat man alles durchgekriegt oder was man nicht gekriegt hat, sondern wie wenig es an sich in Wahrheit geholfen hat. Den dann äußerst massiven Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft aufzuhalten, das war aber auch durch europäische Regeln nicht möglich. Mir war es zum Beispiel wichtig,

dass wir keine Umweltregeln Knall auf Fall übernehmen müssen. Nicht, weil ich gegen die Umwelt bin, sondern weil es Investitionen in kommunale Systeme erfordert hätte, die wir gar nicht hatten und die wir auch absehbar nicht haben würden. Mir war es wichtig, dass wir eine Bestandsgarantie bekämen für unseren Handel mit den RGW-Ländern, denn es war nicht wahrscheinlich, dass unsere Produkte besonders reißenden Absatz finden würden auf dem erweiterten europäischen Markt. Und diese Regelung ist auch mehrfach verlängert worden. Aber in Wahrheit konnten nicht die ostdeutschen Betriebe davon profitieren, sondern die westdeutschen Betriebe haben es übernommen. So war einfach die Lage. Und die Treuhand war nicht meine Erfindung. Mit der Treuhand habe ich mich 1990 auch nicht beschäftigt. Aber die Treuhand-Lösung war schlecht. Ich habe mich damit erst 1991 beschäftigt und war fest überzeugt, dass es fatal ist, wenn man Sanierung und Privatisierung in einen Korb schmeißt. Aber das hatte die DDR selber entschieden. Auf diese Art und Weise haben wir die Rechnung für eine falsche Strategie bezahlt, die niemand mehr bereit war, zu ändern. Und das hat zusätzlich dazu beigetragen, dass viel zusammengebrochen ist. Wir haben in der Landwirtschaft, glaube ich, 25 Prozent verloren, innerhalb von vier Jahren waren 50 Prozent aller Menschen arbeitslos geworden. Das sind alles tiefe, tiefe gesellschaftliche Verwerfungen, die man in gewisser Weise auch mit den besten Beschlüssen nicht aufhalten kann. Ich hätte mir gewünscht, dass es mehr Menschen gegeben hätte, die als Botschafter eines unendlich schwierigen Prozesses, der nur nach außen sehr gut abgefedert wurde durch die Bundesrepublik Deutschland, aber der psychologisch unendlich schwer, ökonomisch schwer, sozial schwer war, fungiert hätten, damit die anderen das erfahren. Damit es klar ist, dass Transformation kein Spaziergang ist, und darüber bin ich eigentlich heute noch traurig, weil ich bis zum heutigen Tage der festen Überzeugung bin, dass Westeuropa keine blasse Vorstellung hat, was Systemtransformation bedeutet. Weder im deutschen Zusammenhang, im ostdeutschen Zusammenhang, noch im Polnischen, noch im Litauischen und auch nicht im Russischen. Da existieren Wolkenkuckucksheim-Vorstellungen von Demokratie und damit ist alles gut.

Kunter: Gab es damals eine Idee von Transformation?

Erler: Ja, wir hatten im Juni ein Seminar zu den potenziellen Wirkungen der Währungsunion und der deutschen Einigung auf die DDR-Wirtschaft. Und ich hatte dazu ein Papier gemacht. Klar hat es mir geholfen, dass ich in der DDR sowohl die Planwirtschaft als auch die Marktwirtschaft studiert hatte und die Planwirtschaft nun mal aus eigenem Ansehen kennengelernt hatte. Ich war fest davon überzeugt, dass das Tempo der deutschen Einigung nicht verlangsamt werden konnte. Dass es keine Alternative gab. Die hätte es vielleicht gegeben, wenn die Bevölkerung von Anfang an eine andere Strategie gewollt hätte, was aber die Mehrheit nicht

wollte. Ich habe mir damals sehr viele Sorgen gemacht. Es ist nicht schön, dass ich rückblickend sagen muss, dass diese Sorgen in jeder Weise eingetreten sind.

Kunter: Sie sagten anfangs, dass das Thema Europa eigentlich ein Sonderthema in der DDR war, was auf allen Seiten niemanden so recht interessiert hat. Dann aber wurde es ein sehr wichtiges Thema und Sie haben die Weichen gestellt für die Integration in Europa. Ist das denn von der Bevölkerung wahrgenommen worden, dass mit der Wiedervereinigung auch die größere europäische Integration verbunden ist?

Erler: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es sehr viel Presseinteresse gegeben hätte, aber ich hatte mal eingeladen nach Berlin, Veranstaltungsort war das Haus des Lehrers, und Herr Bangemann hatte zugesagt. Die Veranstaltung sollte um elf anfangen. Dann hatte das Flugzeug Verspätung und alle sind dageblieben. 600 Leute. Um eins erreichte uns die Nachricht: Bangemanns Flugzeug war gelandet und er war ins nächste Flugzeug gestiegen und zurückgeflogen, weil er sich nicht vorstellen konnte, dass jemand so lange auf ihn warten würde. Es gab ja damals keine Handys und keine Telefone, die das ganz schnell hätten regeln können. Als das klar wurde, bin ich auf die Bühne gegangen und habe den Vortrag von Bangemann gehalten, das heißt, ich habe meinen Vortrag gehalten. Ich habe den Anwesenden erzählt, wie unsere Strategie der Integration in die Europäischen Gemeinschaften ist, und die Leute blieben sitzen bis um drei. Es gab also schon ein Interesse.

Kunter: Hatten Sie bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen eine spezielle Rolle?

Erler: Zwei-plus-Vier war nicht meine Angelegenheit. Natürlich, da ich im Außenministerium gesessen habe und bei uns die Kompetenzabgrenzung nicht ganz strikt gehandhabt wurde – ich habe auch teilweise in der Staatssekretärs-Runde, wenn es notwendig war, das Außenministerien mitvertreten, und gleich zwei Stimmen gehabt –, wusste ich natürlich, was die wichtigsten Verhandlungspunkte sind.

Kunter: Im August haben dann die SDP-Staatssekretäre und Minister die Regierung verlassen. Aber Sie waren ja nicht in der SDP?

Erler: Ich saß auf einem SDP-Ticket und ich habe mich geweigert, die Koalition zu verlassen.

Kunter: Sie sind dann geblieben?

Erler: Ich bin weiter geblieben. Markus war damit einverstanden. Ich hielt das für einen kardinalen politischen Fehler, in der Endphase der Einigungsvertragsverhandlungen auszutreten. Immerhin brauchte der Einigungsvertrag die Mehrheit in der Volkskammer. Und zweitens war meine Arbeit nicht beendet. Und der Ratsbeschluss war nicht fertig. Ich wollte das Geld für die ostdeutschen Länder und demzufolge bin ich geblieben.

Kunter: Und Sie waren die Einzige, die noch auf dem SDP-Ticket gearbeitet hat bis Ende Oktober?

Erler: Ich wusste, dass es mir keiner danken würde. Die SDP-Ost würde ein bisschen pikiert reagieren, die SPD-West hat sich das gefallen lassen. Und von der CDU war kein Dank zu erwarten. Aber darum ging es mir auch nie. Meine Arbeit habe ich in diesen Monaten nur gemacht, weil ich dachte, es gibt niemand Besseren im Moment, der sich um diese Angelegenheiten kümmern und ostdeutsche Interessen vertreten kann.

Kunter: Könnten Sie ihren Arbeitsalltag beschreiben?

Erler: Mein Arbeitsalltag bestand immer auch darin, dass ich alleinerziehende Mutter gewesen bin und dass ich jeden Morgen konsequent mit meiner Tochter gefrühstückt habe, dann mit einem Auto nach Berlin gefahren bin, als Selbstfahrerin, in der Regel um acht im Büro war und dann versucht habe, zum Abendessen zu Hause zu sein, notfalls danach noch einmal weggefahren bin, damit ich wenigstens zwei Mahlzeiten mit meinem Kind habe. Mein Arbeitsalltag war sehr viel Arbeit und ich kann mich daran erinnern, dass die Lawine, wie schnell alles gehen würde, immer, immer schneller rollte. Die erste Frage von Delors bei jedem Treffen war: Wann ist die deutsche Einigung? Der Termin war geplant für Dezember, und dann entwickelte sich das sozusagen rückwärts, was für alle ein immenser Stress war. Und der Stress, der damit verbunden war, bedeutete gleichzeitig, dass man nur einmal Zeit hatte, ein Anliegen vorzubringen. Wenn man das verpasst hatte, dann war die Zeit darüber hinweggegangen. Mich hat häufig die Frage beschäftigt: Was, wenn ich mich irre? Was, wenn ich etwas ganz Schlimmes übersehe, was dann allen wie ein Klotz auf die Zehen fällt? Etwas, was der Westen nicht wissen konnte, was wir wissen mussten. Das war eine Belastung.

Kunter: Hatten Sie auch noch Rücklauf, zum Beispiel zum Justizministerium oder zu anderen Ministerien?

Erler: Natürlich, wir haben uns alle einmal in der Woche in der Staatssekretärsrunde gesehen. Da hat man ganz normal miteinander geredet und Dinge ausgetauscht. Und ansonsten als Koordinierungsgruppe, die europapolitische Angelegenheiten gemacht hat, das waren sehr fitte Leute. Die haben in ihrem Ministerium dafür gesorgt, dass ihre legitimen Interessen auch in die Sprechzettel eingebracht wurden. Das waren nicht alles Dinge, die rechtlich geregelt werden mussten.

Kunter: Brauchten Sie auch selber juristischen Sachverstand?

Erler: Nein, wir hatten einen Juristen im Außenministerium der DDR, den ich in sehr guter Erinnerung habe. Der ist eines Tages zu mir ins Büro gekommen und hat gesagt: »So, wir haben jetzt alle Verträge der DDR der Europäischen Kommission übermittelt, die wir übermitteln konnten.« Daraufhin habe ich ihn angeguckt und habe gefragt: »Was heißt das denn?« Da sagte er: »Wir hatten noch Geheimverträge.« Daran sieht man, was für eine Novizin ich war. Ich sagte: »Wie bitte? Geheimverträge?« Das hatte uns niemand gesagt. Dann bin ich sofort aus dem Zimmer und zu Markus Meckel ins Büro gegangen und habe gefragt, ob er gewusst hat, dass wir auch Geheimverträge haben. Und der wusste es natürlich auch nicht. Und bei Geheimverträgen ist es normalerweise so, dass man immer die Partner informiert, sonst sind sie ja keine Geheimverträge mehr, wenn man sie dann offenlegt. Und wir hatten Abgabefrist, ich glaube, einen Tag später.

Kunter: Und dann?

Erler: Dann haben wir sie offengelegt. Was sollten wir denn machen? Wir waren ein untergehendes Land und brauchten uns um diese diplomatischen Sitten nicht mehr zu scheren. Aber das Schlimme war, dass uns das keiner gesagt hat. Ich wusste es nicht. Ich hatte einfach auch gar keine Zeit gehabt, mir vorher Gedanken zu machen. Ich hatte mir genügend andere Gedanken zu machen. Ich hatte nur einen einzigen Mitarbeiter. Den hat mir der Staatsminister für Europafragen und Geheimdienste im Bundeskanzleramt, der damalige Stavenhagen, zur Seite gestellt und das war eine große Hilfe. Mit Stavenhagen verband mich ein wirklich gutes Arbeitsverhältnis. Es begann ein bisschen holprig, als ich einen Tag nach meiner Ernennung nach Bonn fuhr, um mich vorzustellen, als mir Herr Stavenhagen erklärte, dass ich mir keine Sorgen machen muss, alles sei im grünen Bereich, alles läuft, ich könnte mich zurücklehnen und schlafen gehen. Daraufhin habe ich Herrn Stavenhagen gesagt: »Das sehe ich ganz genauso, genauso war gestern die Meinungslage in der Sitzung der Ständigen Vertreter der EG-Staaten, an der der Bundesrepublik Deutschland-Vertreter nicht teilgenommen hat und wo alle gesagt haben, wie wunderbar es läuft und wie zufrieden sie sind mit der deutschen Einigung.« Was natürlich nicht stimmte, sie waren alle unzufrieden. Aber in der Tat war der deutsche Botschafter

nicht anwesend gewesen. Und dann hat der Stavenhagen begriffen, dass ich offenbar eine Informationsquelle hatte, dass jedenfalls zu mir Informationen vorgezogen waren und dass er mich vielleicht besser ernstnimmt. Und dann beschloss er das in dem Moment auch und sagte: »Was immer Sie von mir wollen, Sie bekommen es.« Und so haben wir wunderbar zusammengearbeitet.

Kunter: Wie lief das praktisch mit Transport und der Kommunikation: Sie sind geflogen, hatten ein Auto, Telefone, Fax gab es wahrscheinlich noch nicht?

Erler: Doch, wir hatten ein Fax. Wir hatten, glaube ich, auch insgesamt drei von diesen großen Telefonen, die mit Satellit oder was auch immer funktionieren. Und ich hatte einen Laptop bekommen, was mir sehr geholfen hat, und einen Drucker. Aber ansonsten DDR-Telefone.

Kunter: Die abhörsicher waren.

Erler: Ach, ja, es gab auch nichts zu verstecken. Wie gesagt, wenn man mit solchem Zeitdruck arbeitet, dann muss man verdammt ehrlich sein. Man muss seine politischen Interessen sofort für alle verständlich auf den Tisch legen. Ansonsten hat man gar keine Chance. Beim deutschen Einigungsprozess war keine Zeit für irgendwelche Spielchen, so nach dem Motto: Ich war mal da, werfe einen Luftballon in die Luft und dann wird man sehen, wo er hinfliegt, und dann komme ich mit den richtigen Interessen raus. Das ging überhaupt nicht, sondern man musste seine Interessen sagen, und hören, was die anderen darauf sagen, um zu sehen, gibt es Konsens? Gibt es eine Möglichkeit, sich in der Mitte zu treffen? Oder ist es aussichtslos? Und wir waren ja, um das klar zu sagen, in der schwächeren Position und unser Auftrag war Auflösung, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der DDR hatten das entschieden. Und deswegen brauchte auch niemand versuchen, jetzt ein neues Land zu erfinden, sondern bestimmte Regeln waren vorgegeben und wir mussten uns in diesen Regeln bewegen.

Kunter: Ihr Vertrag endete dann am 3. Oktober?

Erler: Mit der deutschen Einigung.

Kunter: Und was passierte am 3. Oktober? Wie haben Sie den Tag erlebt?

Erler: Ich glaube, von de Maizière bekam ich noch eine Urkunde und ein Dankeschreiben für gute Dienste. Am 3. Oktober bin ich in mein Büro gefahren, habe das ausgeräumt, sauber gemacht und dann bin ich nach Hause gefahren, habe meine Tochter gebeten, sie möchte bitte nach Berlin zu den Feierlichkeiten fahren,

damit sie die Stimmung mitkriegt und bin ins Bett gegangen und habe endlich mal geschlafen. Ich hätte auch nicht feiern wollen, denn das war der erste Tag meiner Arbeitslosigkeit und das ist kein schönes Gefühl. Ich wusste, dass der Tag kommen würde, und das hat mich auch nicht weiter beschwert, aber an dem Tag, wo es passiert ist, habe ich lieber geschlafen.

Kunter: Und wie ging es dann bei Ihnen weiter?

Erler: Ich habe Übergangsgeld bekommen. Dank Herrn Stavenhagen habe ich eine Reise in die USA angetreten, wo ich über die deutsche Einigung geredet habe. Über Ostdeutschland. Für zehn Tage war ich in Texas, das war sehr interessant. Von dort bin ich weitergefliegen nach Brasilien und war dort noch auf einer internationalen Konferenz, die der Chicago Council on Foreign Relations mit Vertretern aus allen osteuropäischen Staaten organisiert hat. Wir hatten es prächtig auf einer Privatinsel mitten im Atlantik. Es war eine gute Konferenz und eine sehr schöne Umgebung. Und dann bin ich zurückgefahren und hatte immer noch keine Arbeit. Bis am 6. Dezember das Telefon klingelte und Herr Bräutigam mich anrief und fragte, ob wir uns nicht treffen könnten. Er hätte was von mir gehört und er könnte sich vorstellen, dass ich vielleicht für ihn arbeite. Das war mein großes Nikolaus-Geschenk. Und so ist es dann auch gekommen.

Kunter: Wenn Sie zusammenfassend auf Ihre Zeit als Staatssekretärin und das Jahr 1990 zurückblicken, was würden Sie sagen, ist die bleibende Bedeutung von dieser letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung?

Erler: Ich denke, wir haben den Job ganz ordentlich gemacht, den die Bürgerinnen und Bürger uns auferlegt hatten. Wir haben dazu beigetragen, das Land zu übergeben in ein neues Land. Und vielleicht war das der Anfang eines langen Prozesses, der möglicherweise erst nach dreißig Jahren und später sichtbar werden wird. Denn ich bin schon der Meinung, dass wir im Jahr 1990 ein neues Land geschaffen haben. Wir haben keine neue Verfassung, wir haben keine neue Hymne, wir hatten auch keine neue Hauptstadt. Aber wir hatten Menschen, neue Menschen. Und ich fand, Stefan Heym hatte nicht recht, als er am Wahlabend gesagt hat, dass die DDR nun eine Fußnote der Weltgeschichte sein würde. Als Staat vielleicht, aber als Gesellschaft nicht. Es sind all diese Menschen in die Bundesrepublik Deutschland mitgegangen, egal, ob sie nun ihren Arbeitsplatz gewechselt haben oder in den ostdeutschen Ländern mit aufgebaut haben, ob sie arbeitslos waren oder neu Fuß gefasst haben. Und wir sind längst ein neues Land. Und dem ein oder anderen fällt es inzwischen auch auf. Deswegen erhöht sich mit einem gewissen Abstand auch das Interesse an den Leuten, die damals mit dabei waren.

Und ich denke, dass es langfristig betrachtet eine große Leistung der letzten DDR-Regierung und ein Dienst an Europa war, dass wir die Ersten waren, die die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten wollten. Es stand in unserem Koalitionsvertrag und jedes Mal, wenn ich in Brüssel darüber geredet habe, dann haben die Leute angefangen zu lachen, haben gesagt: »Petra, vielleicht so in 25 Jahren.« Die haben das nicht ernst genommen, und es hat 14 Jahre gedauert, was auch schon eine recht lange Zeit ist. Aber das war unser Vermächtnis, unser politisches Vermächtnis, was die Kohl-Regierung aufgreifen musste.

Kunter: Dieses Jahr wurde 30 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Wenn Sie an eine solche Feier in fünf Jahren denken, wie würden Sie es wünschen, wie an den 3. Oktober gedacht werden sollte und speziell an den Einheitsprozess?

Erler: Politisch betrachtet würde ich mir wünschen, dass die Diskussion über die DDR nicht mehr in dieser undifferenzierten Weise erfolgt, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Ich war nicht Teil eines Unrechtsstaates oder einer Regierung eines Unrechtsstaates. Wir hatten uns geändert. Wir hatten den Mauerfall. Wir hatten Demokratisierungsprozesse. Wir hatten den Runden Tisch, der eine Verfassung erarbeitet hat. Wir waren keine Unrechts-Vertreter. Das würde ich mir wünschen. Denn das würde auch bedeuten, dass viel mehr Bürgerinnen und Bürger, die entweder noch die DDR erlebt haben oder die Kinder dieser Menschen sind, begreifen, was das für eine großartige Leistung war, die friedliche Revolution. Es war nicht so, dass Kohl die Mauer eingerissen hätte. Das waren die Ostdeutschen mit ihrem Mut. Und es waren die Ostdeutschen, die entschieden haben, wir wollen auf dem Wege von Artikel 23 gehen, was bestimmte politische, soziale und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich zog. Aber sie haben es durchgestanden. Den Preis kennen die Kinder. Dass die Mütter, wenn sie arbeitslos wurden, nur noch Fensterputzen gehen konnten, wie verzweifelt sie waren. Aber auch das ist vorbeigegangen. Und heute ist man auch viel freier, darüber zu reden, und vielleicht noch mehr in fünf Jahren, welche Lösungen in Ostdeutschland ganz gut geklappt haben. Und dass Ostdeutschland insgesamt ein ganz spannendes Gebiet ist. Ich kann mich erinnern, als ich noch in Bonn gearbeitet habe an der Landesvertretung, da gab es überhaupt kein Interesse an Ostdeutschland in der breiten Bevölkerung. Die wollten da gar nicht hinfahren, die hatten Berührungängste. Ich habe dort Leute getroffen, die gesagt haben: »Ist ja egal, ob die für die Stasi oder nicht gearbeitet haben, wir sind großzügig, wir hätten das vielleicht auch gemacht.« Die konnten sich gar nicht vorstellen, dass Menschen auch ganz anständig ihr Leben gelebt haben, ohne solche Makel. Inzwischen verwächst sich das. Menschen fahren nach Potsdam und stellen fest: Es ist hier wunderschön. Es ist genauso wunderschön wie in Bonn am Rhein, auf andere Art. Der Rhein ist wunderschön und die Potsdamer Seen sind wunderschön. Zu erkennen, dass wir ein schönes Land haben, finde ich,

wäre schon mal ein großer Gewinn. Das wären so meine Wünsche für die Zukunft. Heute benutzt fast jeder mit großer Selbstverständlichkeit den grünen Pfeil. 1994 stand im Generalanzeiger in Bonn, dass jetzt noch mehr Verkehrsunfälle und Tote auf den Straßen existieren werden, wenn man diesen Pfeil benutzt. So hat sich die Zeit geändert und ich sehe da eigentlich mit großem Optimismus in die Zukunft.

Kunter: Vielen Dank, Frau Erler, für dieses interessante und aufschlussreiche Gespräch!

4. Zeitzeugeninterview mit Helga Kreft

Helga Kreft

Ehemalige Staatssekretärin im Familien- und Frauenministerium



Abbildung 6: Helga Kreft, ehemalige Staatssekretärin im Familien- und Frauenministerium, beim Zeitzeugengespräch mit Dr. Katharina Kunter am 30. November 2020.
Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

Dr. Katharina Kunter: Guten Tag und herzlich willkommen, Frau Kreft, zu unserem Zeitzeugengespräch über Ihre Zeit als Staatssekretärin in der letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung. Stellen Sie sich doch zu Anfang mit Ihrem Namen vor, mit dem Beruf, den Sie ursprünglich ausgeübt haben, und woher Sie kommen.

Helga Kreft: Mein Name ist Helga Kreft, das ist mein Geburtsname. Nach zwei nicht gelungenen Ehen habe ich ihn wieder angenommen. Ich komme aus einer Familie, in der die Mutter ihr Christ-Sein sehr intensiv gelebt hat. Mein Urgroßvater war auch Pastor. Evangelisch ist unsere Familie, mein Vater weniger, aber meine Mutter hat großen Wert daraufgelegt, dass ich eine ordentliche christliche Erzie-

hung bekam. Ich bin 1942 geboren, habe 1956 meine Grundschule abschließen können und bin 1956 konfirmiert worden. Ich bin nicht zur Jugendweihe gegangen, obwohl das damals sehr wichtig war. Bin trotzdem zugelassen worden, sodass ich 1960 Abitur gemacht habe. Und bis 1960 habe ich aktiv in Kyritz, wo ich auch geboren und die ersten Jahre zur Schule gegangen bin, in der Jungen Gemeinde mitgearbeitet. Dort gab es das Problem der Konfirmation und Jugendweihe auch. Ich habe mich oft geärgert, dass so ein Druck gemacht wurde, auch vonseiten der evangelischen Kirche. Unser Superintendent war genauso der Meinung, Entweder, beides geht nicht. Später ging das, damals nicht. Eine Freundin von mir hat keine Konfirmation bekommen, weil sie die Jugendweihe gemacht hat. Genau dieser Superintendent ist, als er Rentner wurde, in den Westen gegangen und hat uns im Osten einfach sitzen lassen. Dieser institutionelle Druck hat mich jedenfalls als Kind schon sehr gewurmt. Nach dem Abitur habe ich anderthalb Jahre eine Ausbildung zum Chemiefaser-Facharbeiter im Chemiefaser-Werk in Premnitz gemacht. Dann bin ich zum Chemiestudium nach Rostock gegangen. Während der fünf Jahre Studienzzeit, von 1962 bis 1967, habe ich noch zwei Kinder bekommen. Mein Mann ist zur See gefahren. Meine Mutter hat beim ersten Kind geholfen, für Studenten gab es auch in der DDR keine Krippen- und Kindergartenplätze. Es war einfach nicht vorgesehen, dass Studenten Kinder bekommen, also hat meine Mutter drei Jahre lang meinen Sohn erzogen. Und für die Tochter habe ich dann mit Nachdruck und Hartnäckigkeit einen Platz in Rostock bekommen und zwar bei der Deutschen See-Reederei, weil dort für die Verwaltung Plätze vorgesehen waren. Mein Mann war ja auf See und konnte sich nicht um unsere Kinder kümmern. Also habe ich daraus für mich einen Anspruch abgeleitet, dass ich genau wie die dort Beschäftigten für unser Kind, also auch das meines Mannes, einen Platz bekommen muss, damit ich mein Diplom machen kann. Das ist mir gelungen. Es war klar, dass ich nach dem Diplom zurück ins Chemiefaser-Werk nach Premnitz musste, das war in der DDR alles so gesteuert und geregelt. Ich wusste auch, dass man dort versuchen würde, mich für die SED zu werben. Das hatte ich schon als Lehrling erlebt. Also habe ich gedacht: Die einzige, beste Möglichkeit, offen Christ zu sein in diesem Staat, der solche Schwierigkeiten mit uns Christen hat oder zumindest so tut, als müsste er die mit uns haben, ist, Mitglied der CDU zu werden, denn die Christlich Demokratische Union war ja zugelassen. Also bin ich noch im April 1967 Mitglied der CDU geworden. Ab 1967 bin ich im Chemiefaser-Werk in der wissenschaftlich-technischen Information, also der Forschungsabteilung, tätig gewesen. Dazu gehörte die Bibliothek und damit alle Recherchen und Forschungsberichte, Chemical Abstracts-Auswertungen und das Referative Journal. Während dieser Zeit kam mir zugute, dass ich in der CDU war, denn von Leitungspositionen wurde erwartet, dass sie die politisch richtige und gewünschte Erkenntnis über die Wissenschaftlichkeit des Marxismus-Leninismus und in der Folge mit dem Kommunismus für die Mitarbeiter proklamieren würden. Und da hatte ich doch

immer die Möglichkeit, auch unter dem C ein paar Dinge unterzubringen, die mir wichtig waren. Das hatte dann zur Folge, dass ich relativ schnell von der Ortsgruppe der CDU gebeten wurde, mich als CDU-Mitglied im Stadtparlament zur Verfügung zu stellen, was ich auch getan habe. Der evangelische Pfarrer in Premnitz war einer der Söhne des Bischof Albrecht Schönherr, Oswald Schönherr. Der hatte eine Arbeitsgruppe für die Akademiker aus dem Chemiefaser-Werk. Das Werk war ansonsten ganz klar dominiert von der SED, aber in diesem Akademikerkreis haben wir uns mit für mich sehr interessanten Themen beschäftigt. Zum Beispiel damit, dass der Bischof von Berlin-Brandenburg Kurt Scharf war, dem man aber keinen Zutritt mehr ließ nach 1961. Der konnte also im Grunde genommen für diesen Teil gar nicht mehr zuständig sein. Solche Sachen zu besprechen, fand ich wichtig und auch, was zum Christ-Sein dazugehört. Es gab im Alltag ständig Situationen und Gespräche bezüglich Christ-Sein, mit seltsamen Argumenten, wie, dass Glauben Aberglauben sei, ob es überhaupt einen Gott geben könne. Meine Tochter bekam beispielsweise Ärger mit Lehrern, weil sie zum zugelassenen Religionsunterricht gehen wollte.

Meine erste Ehe ist dann auseinandergegangen, wir hatten uns auseinandergeliebt. Mein Mann war nie dagewesen und für die Kinder eine Figur wie ein Onkel. Ich bin dann weggegangen vom Chemiefaser-Werk und nach Neustrelitz gezogen. Dort habe ich im Wirtschaftsrat gearbeitet, aber nach einem Dreivierteljahr wurde ich zur Personalabteilung bestellt und man hat mich gefragt: »Wieso sind Sie eigentlich hier eingestellt worden? Sie haben seitenweise Verwandtschaft ersten Grades im Westen, drei Halbgeschwister, sämtliche Tanten. Von denen müssen Sie sich verabschieden und dürfen keinen Kontakt mehr haben, wenn Sie hier weiterarbeiten wollen.« Ich habe dann im schräg gegenüberliegenden Hygiene-Institut angefangen, auf der Ebene des Bezirks Neubrandenburg. Dort habe ich Lebensmitteluntersuchungen und Gutachten im Bereich Hygiene gemacht. Dazu musste ich noch einmal ein zweijähriges postgraduales Studium machen. Das habe ich gern gemacht und hatte daneben, auch dadurch, dass ich keine Leitungstätigkeit mehr hatte wie im Chemiefaser-Werk in Premnitz, das Gefühl, ich kann jetzt auch etwas mehr gesellschaftlich arbeiten. So habe ich mich bereiterklärt, auch Kreisvorsitzende der CDU in Neustrelitz zu werden. Dann bin ich 1982 auch noch Mitglied des Hauptvorstands der CDU geworden und habe dort in den Belangen Kirchlicher Kreise mitgewirkt. Dann haben sie mich in der Nationalen Front in Neustrelitz gebeten, in der dortigen Arbeitsgruppe Christliche Kreise tätig zu sein. Und dann habe ich noch im Kirchenkreisrat Stargard, der seinen Sitz auch in Neustrelitz hatte, beim Superintendenten Winkelmann innerhalb der Kirche gearbeitet. Arbeiten hieß manchmal auch ganz praktisch, Räume zu organisieren. Wir hatten in Usadel zum Beispiel keinen Raum, wo man Kirche abhalten konnte, das war nur ein kleiner Ortsteil. Aber unsere Kinder im Religionsunterricht sollten möglichst vor Ort unterrichtet werden. Da habe ich dann eben Platz in meinem Haus zur Verfügung gestellt. Solche praktischen

Dinge habe ich mitgeregelt. Ich habe eigentlich die ganze Kirchenarbeit sehr gern gemacht. Ich bin aber auch mehr und mehr in die Situation reingekommen, dass ich mich auf Grenzstreifen bewegt habe. Innerhalb der evangelischen Kirche gab es sehr schwere Auseinandersetzungen, Schwerter statt Pflugscharen, Fragen wie, ob Krawczyk oder Freya Klier im kirchlichen Rahmen arbeiten dürfen oder nicht, und so weiter. Auf diese Art und Weise hat man mitentscheiden dürfen. Auch im Kirchenkreisrat sind solche Dinge zur Sprache gekommen und man hat versucht, die Staatssicherheit da irgendwie rauszuhalten. In der Neustrelitzer Zeit haben die versucht, mich anzuwerben. Ich war erst verängstigt, habe mich aber dann mit meinem Superintendenten verständigt, der mir geraten hat, dass ich, wenn sie das nächste Mal zu mir kommen, sagen soll, dass ich mit ihm darüber gesprochen habe, und dann wird man vermutlich die Sache auf sich beruhen lassen und es nicht weiterverfolgen. Im Großen und Ganzen ist das dann eingetreten, aber es war klar, dass man ab dem Moment für viele Dinge nicht mehr so zuverlässig war und für manche Dinge ein bisschen aussortiert werden musste. Das habe ich in dem Moment noch nicht gleich gemerkt, ich hatte auch privat zu tun. Mein ältester Sohn hatte sich sehr jung verlobt und von seiner Schwägerin, die sich das Leben genommen hatte, waren zwei Kinder übriggeblieben, die irgendwo hinmussten nach dem Tod der Mutter. Die DDR hat es dem lebenden geschiedenen Vater dieser Kinder nicht erlaubt, dass er die Kinder bekommt. Nach heutigen Vorstellungen undenkbar. Aber der Großvater war Hauptmann bei der Polizei in Neustrelitz und er hat auf das Jugendamt so eingewirkt, dass sie das tatsächlich nicht erlaubt haben und dem lebenden Vater nicht den Wunsch erfüllt haben, dass er seine Kinder weiter erzieht. In diesem Dilemma der Familie habe ich gesagt: »Okay, eins nehme ich. Ich habe einen kleinen Jungen aus der zweiten Ehe, der ist drei Jahre alt. Die beiden Kinder sind drei und vier. Ich nehme gern den Jungen zu meinem dazu« und das Mädchen hielt sich sowieso schon sehr viel bei den Großeltern auf. Dann hat das Jugendamt festgelegt, dass die Kinder zusammenbleiben müssen. Das habe ich auch irgendwie eingesehen. Also hatte ich dann zwei dazu. Und zwar wurde es so formuliert, dass meine Schwiegertochter die Vormundschaft hatte. Da war sie 19 Jahre und im ersten Studienjahr Pädagogik in Rostock. Und ich bekam für fünf Jahre, bis zur finanziellen Selbstständigkeit des Vormunds, die Pflegschaft über die beiden Kinder. Nach den fünf Jahren war ich mit meinem achtjährigen Jüngsten allein, auch meine zweite Ehe ging leider kaputt. Die großen Kinder waren außer Haus, Tochter in Berlin. Da habe ich dann gedacht, ich befreie mich jetzt von meinem Haus und versuche mal ganz was anderes und gehe nach Berlin. Ich habe dann dort versucht, Arbeit zu bekommen, hatte auch Gespräche, aber wurde nirgends genommen. Fachlich gab es nix, aber die zweite Personalakte mit allen Ablehnungen der Möglichkeiten, die der Staat mir geboten hatte, spielte hier eine Rolle. Ich hatte wirklich große Mühe. Dann traf ich bei einem Bewerbungsgespräch in Berlin-Marzahn auf Professor Fiedler. Das war schon im Herbst 1987. Der sagte

zu mir: »Sagen Sie mal, wenn Sie zehn Institutionen schließen wollten, weil Ihnen die Fehler so gravierend erscheinen, und ich sage Ihnen: maximal zwei. Sind Sie in der Lage, bei den zehn, die Sie für richtig und begründet halten, sich für zwei zu entscheiden? Denn mehr kriegen wir sowieso nie genehmigt, auch ich nicht. Da sprechen andere noch ein Wörtchen mit. Können Sie das, oder nicht?« – »Ja, das kriege ich hin«, habe ich gesagt. »Gut«, sagt er. »Dann machen wir das. Und außerdem sehe ich hier in Ihrer Personalakte handschriftliche Eintragungen. Die dürften da eigentlich nicht drin sein.« Und reißt vor meinen Augen die handschriftlichen Blätter raus, zerreißt sie und wirft sie in den Papierkorb. Somit hatte ich einen sehr angenehmen Chef und wir haben gut zusammengearbeitet. Ich bekam die Stelle als zuständige Leiterin für Lebensmittelhygiene.

Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, noch einmal so in den politischen Teil einzusteigen, war aber noch Hauptvorstandsmitglied der CDU. Und dann kam der 40. Jahrestag der DDR. In Berlin war der Teufel los und daran ist wohl auch der Vorgänger nicht ganz unschuldig geblieben. Nach der Behandlung der Leute, die dann in Marzahn über Nacht massakriert wurden, wir kennen inzwischen solche Bilder, damals waren sie nicht so bekannt, hat die Kirche versucht zu sagen: So kann es nicht weitergehen. Und weil sie wieder nach jemanden suchten in dieser sehr unruhigen Zeit, am besten jemanden, der wie ich über Kirchenverbindungen verfügt und sonst staatlicherseits eine nicht ganz saubere Weste hat, haben sie mich da gewählt, ich habe zugesagt und bin Kreisvorsitzende in Marzahn geworden, genau in einer Zeit, in der alles passierte. Ich war gerade Kreisvorsitzende geworden, dann ist Gerald Götting zurückgetreten, meiner Meinung nach am 2. November. Und dann am 9. ging die Mauer auf und am 10. hatten wir eine außerordentliche Hauptvorstands-Sitzung in der Zentrale der CDU, in der es darum ging, einen Nachfolger für Gerald Götting zu finden. Ich war Teilnehmerin dieser Hauptvorstands-Sitzung. Wir haben alle, als Götting zurückgetreten ist, überlegt, wer könnte das denn jetzt machen. Zufällig kam ich an dem Tag gerade ins Vorzimmer von Wulf Trende, der dort hauptamtlich die Bearbeitung der Arbeitsgruppe Kirchliche Kreise vornahm, als da Lothar de Maizière saß und sehr aufgeregt eine Tasse Kaffee trank, ich möchte fast sagen, dass ihm die Hände zitterten. Er sagte, er hat jetzt eine Entscheidung zu treffen, er muss gleich wieder reingehen. Als er wieder rauskam, sagte er: »Sie haben mir angeboten, dass ich den Vorsitz übernehme, dass ich kandidiere und mich bereiterkläre, den CDU-Vorsitz als Nachfolger von Gerald Götting zu übernehmen. Und ich weiß gar nicht, wie ich das machen soll. Aber ich bin als Christ so erzogen, dass man die Aufgaben, wo man gebraucht wird, zu erledigen hat und nicht immer nur danach gucken kann, ob man das möchte oder nicht.« Er hatte so eine Erziehung hinter sich, dass er auch das, was von ihm erwartet wird, glaubte, erfüllen zu müssen. Aber wohl fühlte er sich in dem Moment nicht. Er ist dann gewählt worden, in dieser Sitzung am 10. November. Es war eine beeindruckende Bewerbung um ein solches Amt.

Kunter: Es verging nicht viel Zeit bis zu den Vorbereitungen zur Volkskammerwahl. Wie kam es dazu, dass Sie da als Staatssekretärin in das Familienministerium berufen wurden?

Krefl: Es liefen die Vorbereitungen der Volkskammerwahlen und ich als Kreisvorsitzende hatte damit auch viel zu tun. Dazwischen hatten wir aber noch eine abschließende Versammlung der CDU. Meines Wissens war das am 15. und 16. Dezember in Berlin. Dort fand auch eine außerordentliche Versammlung der Delegierten der CDU aus der ganzen DDR statt. Auf dieser Versammlung passierte erst einmal die Abwahl des alten Hauptvorstands. Der wurde aufgelöst. Dann kam es zur Wahl eines neuen Hauptvorstands. Anschließend kamen viele Beiträge, wie man sich das jetzt vorstellt, wie es weitergehen sollte, was man dringend brauchte, was man ändern möchte. Wie weit man mit den Runden Tisch-Gesprächen gekommen ist. Dass man sich als CDU auch bekennen muss, wenn man nicht mehr Blockpartei sein möchte. Dass man sich dann ganz klar zur Marktwirtschaft bekennt. Dazu die Wende-Themen, die damals so eine Rolle spielten, die sind auf diesem außerordentlichen Parteitag intensiv besprochen worden. Es waren viele Redner da, die eine Rede halten wollten. Ich hatte mich auch gemeldet, um einen Beitrag zu leisten. Aber die Zeit verging, verging, verging. Das waren ja Leute, die mich gut kannten, die wussten, dass ich zu Hause ein minderjähriges Kind hatte, noch keine zehn Jahre, das auf mich wartete. Meine andere Tochter war über Ungarn weg aus Berlin, die hatte Republikflucht begangen, sodass ich wirklich Schwierigkeiten mit der Betreuung hatte und dort wie auf heißen Kohlen saß. Aber erst als die Presse alle Schotten dicht gemacht hatte, Linse zu und dann die restlichen bis dahin noch nicht Gehörten zu Wort kamen, wurde auch ich aufgerufen. Das war fast halb elf in der Nacht. Da habe ich als Erstes gesagt: »Das ist ja vielleicht eine Art und Weise. Jeder eitle Beitrag wird hier vorher genommen. Und Sie wissen alle genau, dass ich eine alleinerziehende Mutter bin, mit einem Kind, das sich allein in Marzahn in einer Wohnung befindet. Ich muss auch nach Hause und trotzdem darf ich erst so spät sprechen. Ich würde Ihnen raten, in der Quintessenz, wenn Sie Neuaufbau machen, dann sehen Sie zu, dass Sie auch ein Familienministerium anschaffen. Es gibt sehr viel, was gerade für Familien beim Umschwung wichtig ist, und dann wissen die, wohin sie sich wenden können und wo man ihnen Gehör schenkt.« Das war der Punkt, glaube ich, mit dem ich auffällig geworden war.

Ansonsten war es so, dass die Kandidaten für die Volkskammerwahlen alle von den Parteien aufgestellt wurden und dass die CDU mit ihrem Etikett Blockflötenpartei kaum Chancen hatte. Man hat lieber die vom Demokratischen Aufbruch genommen oder Bündnis 90-Leute, die am Runden Tisch das Wort ergriffen hatten. Und ich weiß auch, dass manchen Leuten viele Aufstellungen nicht gefallen haben, aber man kam auch nicht ganz umhin, ein paar Leute zu verwenden, die Erfahrungen mit Verwaltung hatten oder wie eine demokratische Wahl ausgehen oder nicht

ausgehen könnte. Wir hatten Erfahrungen aus dem Kirchenbereich und innerhalb der Kirchen wusste man, wie eine demokratische Wahl ausgehen müsste oder nicht. Es sah erst gar nicht so aus, als würden wir gut dabei wegkommen. Es haben sich aber dann doch Gruppierungen zusammengesammelt und es sind Kandidaten aufgestellt worden. Und so hat man auch das Familienministerium besetzt mit meiner späteren Chefin Frau Schmidt. Frau Schmidt war promovierte Lehrerin aus Leipzig, sehr kirchennah, sehr gradlinig, eine patente Frau, und die brachte aus Leipzig jemanden mit, die die Aufgabe der, im Westen sagt man, beamteten Staatssekretärin übernehmen sollte. Diese Frau hatte aber noch nie in ihrem Leben etwas mit Verwaltung zu tun gehabt oder mit Gesetzgebung, wie ich immerhin mit einem Lebensmittelgesetz. Das ist jetzt ein dünnes Beispiel, aber es war wenigstens eine Bearbeitung und Entwicklung von Gesetzen. So kannte ich mich ein bisschen damit aus. Es blieb gar nichts anderes übrig, als dass die Frau sagte, sie ist dieser Aufgabe wirklich nicht gewachsen. Und dann musste ganz schnell, sozusagen von einem Tag auf den anderen, jemand gefunden werden, der diese Arbeitsaufgabe übernimmt. Vorher hatte mich der Herr Kirchner schon mal anwerben wollen, dass ich in dieser Umbruchszeit hauptamtlich anfangen, in der CDU-Leitung der DDR zu arbeiten, aber ich habe das abgelehnt. Daran hat er sich erinnert und auch, dass ich relativ gut bezahlt wurde in der Kreishygiene in Marzahn. Er hat mich dann eingeladen und gesagt: »Frau Kreft, jetzt können Sie mehr verdienen. Machen Sie das?« Und dann habe ich gesagt: »Ja«, spontan und gleich. Ich wusste, ich hatte großes Glück gehabt. Mein Halbbruder, Dieter Kreft, war zu Zeiten vom Bürgermeister Schütz in West-Berlin Senatsdirektor für Jugend, Familie und Sport. Das heißt, der Name Kreft war in der Landesregierung von West-Berlin noch bekannt. Mein Bruder hat sich dort wohl auch so verhalten, dass mir die Leute, wenn sie Kreft hörten und wussten, ich bin die Schwester, geholfen haben bei vielen Fragen, die ich hatte. Denn die Problematik war klar: Man musste von einem zentralistisch regierten Land überwechseln in ein föderatives System und die Teilungen der Zuständigkeiten auf Länder und auf den Bund waren ein zusätzliches Problem bei der Erarbeitung des Einigungsvertrags. Weil niemand wusste, wie kriege ich dezentral erledigte Aufgaben, zum Beispiel Kinderbetreuung, vom Staat geregelt über einen Haushalt, ausgewiesen über Verwaltungsbezirke. Wie kriegt man Geld dahin, wo es gebraucht wurde, zum Beispiel bei den Kindereinrichtungen. Und wie ist das eigentlich in der Bundesrepublik, wo wir hinwollen? In der Bundesrepublik lag die Zuständigkeit aber bei den Ländern. Das waren Unmengen von Fragen.

Kunter: Wie war dann Ihr erster Tag, als Sie in das Ministerium kamen? War das direkt am nächsten Tag?

Kreft: Nein, es war nicht ganz so. Ich musste vorher noch zur Ministerin Schmidt, ob die mit mir leben kann. Wir haben uns darauf geeinigt, dass sie mit mir leben

kann und sie es mit mir versuchen wird. Und dann war ich gleich am nächsten Tag im Büro. Das war damals am Alexanderplatz im DDR-Gesundheitsministerium. Da hat der Abteilungsleiter für Z, also Zentrale Verwaltung, dem auch Personal unterstand, die ganze Zeit zu mir gesagt: »Jawohl, Frau Staatssekretärin, jawohl, Frau Staatssekretärin.« Ich kann heute noch darüber lachen. Er hat es wirklich gut gemeint. Es war für mich erstmal schwer, nicht mehr nur Frau Krefz zu sein, aber ich habe mich daran gewöhnt. Und dann mussten wir gleich ran in die Arbeit, Sachen vorbereiten, sehen, wie das Ministerium aussieht, wie viele Arbeitskräfte wir haben. Und jeden Montag hatten wir dann einen Packen von fünfzig bis siebzig Vorlagen für die Kabinettsitzungen, die mittwochs stattfanden. Dazu hatten wir montags eine Staatssekretärs-Runde, in denen die Arbeiten reingingen, die wir vorher zu prüfen oder vorzulegen hatten. Außerdem haben wir auch eigene Vorlagen erarbeitet, die dort ebenfalls hinmussten.

Kunter: Hatten Sie ein eigenes Büro, eigene Mitarbeiter?

Krefz: Ich durfte mir eine persönliche Referentin mitbringen, da habe ich eine Kollegin aus der Kreishygiene Marzahn mitgenommen. Und ich hatte eine Sekretärin. Nur wir drei, Sekretärin, persönliche Referentin und ich. Und dazu natürlich dann die Referate, die schon zugeschnitten waren, der Aufbau dieses Ministeriums war schon begonnen worden.

Kunter: Was genau war Ihr Aufgabenbereich, was mussten Sie regeln, was waren die Herausforderungen?

Krefz: Ehe man eine Aufgabe erledigen kann, muss man erst einmal Ahnung von dem haben, was dazugehört. Ich musste genau wissen, wie die Verwaltungen im Westen aufgestellt sind, wie die Zuständigkeiten sind, was Länderhoheit ist. All diese Sachen, da hatten wir in der DDR keine Ahnung von. Aber wenn Sie da drin mitarbeiten wollen, dann müssen Sie sich als Erstes mal jemanden verschaffen, der Ihnen in einem Schnellkurs Gesellschaftskunde geben kann. Da hatte ich Glück, weil ich durch meinen Halbbruder verhältnismäßig schnell, innerhalb einer Woche, die Grundsatzsachen gelernt habe. Das habe ich genauso gemacht bei meinem Bereich, das heißt, ich habe mir ganz schnell eine Übersicht erarbeitet und einen Arbeitsplan. Und dann guckt man sich natürlich an, wie der Zuschnitt des Pendant-Ministeriums im Bund auf der anderen Seite ist. Klar war, der Bund ist nur unser Verhandlungspartner, nicht die Länder. Das heißt, ich musste ganz schnell wissen, wie die Zuständigkeiten sind wofür, im Gegensatz zu unseren. Und was ich eigentlich auf unserer Seite noch erarbeiten muss, um das dann auch parat zu haben, damit nichts verloren geht. Themen wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld, also diese finanziellen Unterstützungsregelungen. Wir haben

in der DDR für die ersten beiden Kinder 25 DDR-Mark bekommen pro Kind. Im Westen waren es 250. Das war natürlich scheinbar ganz toll, aber in der DDR war sehr viel Geld für die Betreuung ausgegeben und viel Geld in die Jugendarbeit gesteckt worden. Da bestand eine komplette Finanzierung der Kinderkrippen und der Kindergärten. Die Eltern haben zum Beispiel, wenn sie kinderreich waren, nicht einmal das Essen bezahlen müssen, sondern auch das Essen umsonst bekommen. Das waren jetzt Sachen, die musste ich mir angucken, die durften nicht verloren gehen. Aber wie geht es weiter nach dem Oktober? Irgendwann wurde schnell klar, dass es keine drei Jahre mehr dauert, sondern dass es nur noch eine Frage von Wochen und Monaten ist. Die Zeit war sehr, sehr kurz, man konnte mit Sicherheit nicht alles schaffen. Damit musste man sehen, wie man klarkommt. Dann bin ich eben nach Bonn geflogen und habe dort als Gesprächspartner Referatsleiter bekommen für Kindergeld, Erziehungsgeld und so weiter. Die saßen mir gegenüber als die zuständigen Fachbereichsleiter, aber die haben mit den Schultern gezuckt. Der Herr vom Kindergeld zum Beispiel, der hat gesagt: »Betreuung ist Sache der Länder, da haben wir nichts mit zu tun.« Und er hätte auch keine Befugnis, dass er da mit mir drüber reden kann. Ich sagte, ich bin Staatssekretärin geworden, ich habe die Verantwortung dafür, dass das nicht unter die Räder kommt, und wir haben noch keine Länder. Unsere Länder werden erst am 3. Oktober ins Leben gerufen. Aber ich muss Entscheidungen treffen, wie das jetzt mit den Kinderbetreuungseinrichtungen weitergehen soll, welcher Hort bleibt, welcher nicht und so weiter. »Aber wenn Sie bis zum Jahresende dafür noch Geld haben«, sagte der Kollege Referatsleiter dann, »dann ist das doch schön. Dann haben Sie doch noch ein Vierteljahr Zeit, um das zu entscheiden.« Nur wurde das in der DDR zu 100 Prozent bezahlt. Um das abzufangen, musste ich mich ganz schnell kümmern und herausfinden, wie das im Westen organisiert ist. Dazu habe ich dann Zahlen beim Jugendinstitut in München gefunden, aber es kamen keine Einzelheiten raus. Ich wusste, es wird in der Regel gedrittelt, ein Drittel zahlt das Land, ein Drittel der Träger und ein Drittel die Eltern. Das war so die Faustregel. Aber wie sollte Mecklenburg zum Beispiel, das noch gar nicht da war, in drei Monaten entscheiden, wie sie ab Januar damit weitermachen sollten? Sollten die in drei Monaten alle zu machen? Dann hätten die Eltern mit den Kindern dagesessen. Um Zeit zu verschaffen, habe ich dann darum gebeten, dass in dem neuen Haushalt, denn es war ja gleichzeitig Wahl der neuen Regierung in der Bundesrepublik, noch einmal Gelder eingestellt werden in gleicher Höhe, wie wir sie im DDR-Haushalt hatten, damit die Länder Luft kriegen. Wenigstens ein Jahr. Ich habe gesagt, zwei wären besser, aber wenigstens ein Kalenderjahr brauchen sie, um entscheiden zu können. Wir hatten schließlich auch kaum Träger, die waren die große Ausnahme. Kirchliche gab es, aber bei den Kindereinrichtungen wollte der Staat die Kirche eigentlich nicht so viel machen lassen. Ich habe das also versucht, Zeit zu gewinnen mit dem Ergebnis, dass nicht für ein Jahr das Geld gestellt wurde für diese Ausgaben, sondern für ein halbes

Jahr, in denen sich die neuen Länder in der DDR hatten überlegen müssen, was sie halten konnten, wie und wer das finanziert, ob Träger gefunden werden und so weiter. Wir hatten sehr viele Betriebskindergärten, aber auch die Betriebe sind ja kaputt gegangen, damit waren auch die Kindergärten weg. Es war problematisch. Ich bin mit der mir eigenen Hartnäckigkeit in Bonn solange sitzen geblieben, bis ich eine Zusage hatte, immerhin für das halbe Jahr. Danach wurden solche Teile im Einigungsvertrag immer als offene Fragen, es gab ein Kapitel offene Fragen, weiter zusammengeschustert. Ein anderes Beispiel waren Unterhaltsvorschusszahlungen. Unterhaltsvorschuss gab es in der DDR, wenn die Eltern nicht zahlungsfähig waren, die Geschiedenen für ihre Kinder also nicht genügend Geld hatten. Dann hat der Staat eingegriffen. Oder wenn gar nicht klar war, wer der Vater ist, dann gab es in der DDR einen Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr der Kinder, eventuell ausweitbar noch, bis sie ihre Ausbildung fertig hatten. Im Westen gab es drei Jahre maximale Zahlungsdauer und nur bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes, danach gab es nichts mehr. Ein riesiger Unterschied also, der sehr viel Geld kostete. Also habe ich mich wieder auf die Socken gemacht und gesehen, was ich schaffen konnte. Ich konnte leider nicht mehr schaffen, als das offen zu halten. Zwei Jahre sollte Zeit sein für die Lösung der offenen Fragen, wozu auch das dann gehörte. Frau Merkel konnte in der Zeit in ihrem Ministerium erreichen, dass das von drei Jahren auf eine sechs Jahre Zahlungsdauer und bis zum zwölften Lebensjahr der Kinder verändert werden konnte, also die Verdopplung der Leistung. Aber es war immer noch weit entfernt von 18. Wissen Sie, wer es geschafft hat und wann? Ich habe mich so spät noch wirklich darüber gefreut: Als Frau Schwesig Familienministerin war, hat sie 2017 diesen offenen Punkt aus dem Einigungsvertrag beendet und durchgesetzt, dass der Unterhaltsvorschuss bis zum 18. Lebensjahr der Kinder vom Staat gezahlt wird, wenn die Eltern nicht zahlungsfähig sind. Nach 27 Jahren. Können Sie sich vorstellen, wie langatmig politische Aufgaben unter Umständen erledigt werden? Es gab Aufgaben, die dadurch zustande kamen, dass man Schnittmengen mit der Zuständigkeit anderer Ministerien hatte, zum Beispiel bei der Rente. Auch da haben wir versucht, mitzureden. Sozialhilfe hatten wir bei uns im Ministerium, das war für mich ein ganz neues Kapitel. Ich musste mich da erst mal richtig reinarbeiten, um zu verstehen, was das ist und wie sicher das ist, welche negativen und welche positiven Auswirkungen es hat. Alles unter Zeitdruck. Die Sozialhilfe hatten wir dann auch nach der Wiedervereinigung im Familienministerium. Erst als Claudia Nolte als Ministerin kam, haben wir die Sozialhilfe abgeben müssen an das Arbeits- und Sozialministerium. Das war ein ganz großer Geldposten bei uns. Wir hatten auch das Kindergeld gehabt, was eine Rolle im Zusammenhang mit dem sogenannten Existenzminimum spielte, wie auch die Sozialhilfe. Das heißt, unter Frau Rönsch war das Familienministerium in Deutschland noch ein schlagkräftiges Ministerium, das auch viel Geld in der Hand hatte und bezüglich des Existenzminimums sowohl sozialhilfemäßig wie auch kinderfreibetragsmäßig in der Steuer was

machen konnte. Das ist uns weggenommen worden, bevor Frau Nolte die beiden Ministerien wieder als eins bekommen hat.

Kunter: Wahrscheinlich sind in der Zeit um 1990 sehr viele Posten in Bonn mit Männern besetzt gewesen. Wie war Ihr Eindruck, wurden Sie respektiert?

Kreft: Mir saßen erstmal überwiegend Männer gegenüber, die der Meinung waren, dass wir zu dem starken Land gehören möchten und Bittsteller seien. Sachlich sollte nicht argumentiert werden und auf lange Diskussionen mit mir wollten sie sich auch nicht einlassen. Ich musste also ganz schnell auf den harten Kern der Sache kommen im Gespräch, dann konnte ich auch ernsthaft mit ihnen reden. Aber ansonsten kann ich nicht sagen, dass ich nicht geachtet wurde, sondern die fanden eher erstaunlich, dass ich als Frau auch mal einen Ellbogen ziehe, wenn es nötig ist, aber offen und klar. Ich kann da nicht drüber klagen. Es war später schwieriger, als es ganz dem Ende zugeht, dann bin ich aber Beraterin bei Anton Pfeiffer geworden, der war später Kanzleramtsminister im Kanzleramt. Anfangs war er so eine Art Hilfsmensch bei uns in Ost-Berlin. Er hat in der ganzen Zeit zur Verfügung gestanden für Fragen, an den konnte ich mich jederzeit wenden. Er hat dann auch dafür gesorgt, dass ich ein Angebot bekommen habe, in Bonn weiterzumachen. Das hat von unseren beamteten Staatssekretären sonst nur Herr Nissen bekommen, der aus dem Justizministerium kam und DDR-mäßig in der LDPD war. Auch der ist nach Bonn übernommen worden, ins Justizministerium, aber gleich als Referatsleiter. Der hat das auch angenommen. Wir beide haben uns als Einzige nach der Wende in Bonn wiedergefunden.

Kunter: Hatten Sie den Eindruck, dass Ihre westdeutschen Verhandlungspartner verstanden haben, was das andere System beinhaltet, und dass Sie manches anders als mit den bundesdeutschen Regeln machen wollten?

Kreft: Die ahnten wohl von Anfang an, was auf Sie zukommen könnte, denn vieles war so unterschiedlich, gerade an steuerlichen Berücksichtigungen und welches Gewicht sie haben, wie zum Beispiel das Ehegattensplitting, was doch auf einem bestimmten Familienmodell fußt und das gleichzeitig aufrechterhält. Das kannten wir so nicht. Mir ist bei einer Diskussion mal vorgeworfen worden, dass unsere Kindergärten zwölf Stunden aufhatten, von sechs bis sechs. Das sei ja wohl das Letzte, hat man mir gesagt. Juristinnen aus dem Juristinnen-Bund waren das, nebenbei bemerkt, wenn man morgens um sechs sein Kind da reinschmeißt und erst abends um fünf oder sechs abholt. Das sei mörderisch. Das waren Ansichten von Frauen. Männer haben vielleicht gesehen, dass wir das in der DDR alles über Betreuung, und dann noch kostenlose Betreuung, geregelt haben. Und dann ging ihnen möglicherweise ein Licht auf, dass ohne diese bequeme Art und Weise, dass

eine die ganze innerfamiliäre Arbeit macht, der andere möglicherweise auch mal gefragt sein könnte. Ich denke, die haben das gehaut und waren eher zurückhaltend. Ich bin auf einer Sozialminister-Konferenz in Karlsruhe, Blüm war schon Sozialminister, in der Pause angesprochen worden von einem Herrn, dass ich im Vergleich zu anderen Staatssekretären, die mehrere Kinder haben und die kirchlich und die Frauen zu Hause sind, schon komisch wegkomme, zweimal geschieden, drei Kinder, Pflegekinder, volle Stelle und Staatssekretärin. Ob die Frauen bei den Blockflötenparteien ihre Kinder und Männer vernachlässigen würden, um Karriere zu machen. Sowas kam auf einen zu, wenn man öffentlich auftrat.

Kunter: Haben Sie sich zu den ganzen Fragestellungen auch informiert, wie das in anderen Modellen und Ländern läuft?

Krefz: Wir haben uns schon angeguckt, wie andere das machen, aber in der DDR gab es darüber wenig Informationen, an die man kam. Es war klar, dass die Nord-europäer weiter sind, die Schweden zum Beispiel. Es war klar, dass die Finnen ganz gut sind, auch in der Schulgeschichte. Wir hatten bei uns noch Leute aus dem ehemaligen Gesundheitsministerium, die waren in der DDR für Krippen zuständig gewesen, die eine finnische Delegation erlebt hatten, die sich in der DDR umgesehen hat, wie wir das regeln und handhaben. Ich habe immer versucht, das einzubringen, auch über das Jugendinstitut, das sich sehr damit beschäftigt hat, aber es ist ein langsamer, schwerwiegender Weg geworden. Wenn wir auf Europa verwiesen haben, da hat sich keiner drauf eingelassen, selbst wenn man ein Angebot machte oder drüber reden wollte. Ich hatte manchmal die Gelegenheit, mit Kollegen aus West-Berlin konzeptionell zu reden, die in dem Bereich tätig waren. Um ein Bild zu zeichnen, mir kam allgemein alles so vor, als säßen wir auf einem Floß mit unserem Gepäck drauf und wollten anlanden und vom Ufer wird gerufen: Macht mal noch das und das. Und das aber nicht und das könntet ihr doch auch noch tun. Es waren viele Veränderungswünsche, die auf der westlichen Seite bezüglich der Dinge, die bei uns oft günstiger geregelt waren, vielleicht ja auch für einen Westbürger oder eine Westbürgerin, geäußert wurden, ohne dass generelle Offenheit gegenüber neuen Konzepten bestand oder man sich da mal zusammengesetzt und was entworfen hätte.

Kunter: All das war wahrscheinlich ungemein arbeitsintensiv. Dazu hatten Sie selbst noch ein Kind zuhause. Was waren weitere Rückkopplungen an die Praxis und an die sich verändernde Situation im Land?

Krefz: Ich hatte meine Schwiegertochter und meinen Sohn in Rostock, die die zwei Pflegekinder und zwei eigene Kinder hatten und gerade fertig waren mit ihrem Lehramtsstudium. Sie hat Geschichte und Sport als Fächer gehabt. In dem neuen

Gesamtdeutschland auf einmal Geschichte zu unterrichten, das war nicht so einfach. Und ich habe oft gemerkt, was alles noch nicht aufgebaut ist. Zum Beispiel war ich mal in Rostock und wollte mir Geld abholen und dann wollten die mir das bei der Deutschen Bank nicht auszahlen. Da habe ich gesagt: »Rufen Sie bitte in Bonn bei meiner Bank an und lassen sich von denen durchsagen, was ich auf dem Konto habe und dann können Sie mir das doch auszahlen.« Nein, da anrufen dürfte sie nicht. Dann habe ich gesagt, ich wolle ihren Chef sprechen. Weil sie wahrscheinlich Angst hatte um ihren Job und nicht wirklich Bescheid wusste und ich dazu sehr selbstsicher auftrat und das auch mit Ergebnis machen wollte, hat sie dann wirklich in Bonn angerufen und mir konnte das Geld ausgezahlt werden. Aber die Leute waren teilweise wirklich in einer Art Schockstarre. Ich habe eine Weile Einladungen über Einladungen gekriegt, weil man sich gern, hatte ich den Eindruck, mit mir sehen lassen wollte. In Bonn war eine heile Welt zu dem Zeitpunkt, ich hatte noch nie so ein ausgeruhtes, wunderbares Feeling um mich herum gehabt wie in Bonn. Da habe ich erst einmal ein bisschen durchatmen können und habe gedacht: Was hast du für ein Glück, dass du dich hier in Ruhe mit der Familie beschäftigen kannst und so weiter. Die andere Seite war, dass man irgendwann auch keine Lust mehr hat. Ich bin nicht so der Partygänger und Sie merken, ich kann lange reden. Sie müssen ja einen finden, der so lange Lust hat, zuzuhören, und die waren auf Partys in der Regel nicht zu finden. Also habe ich das auch gelassen. Ich habe meinen jüngeren Sohn erst ein Jahr im Internat in Louisenlund in Schleswig-Holstein gehabt. Das war für ihn schwer, da war er ganz fremd. Aber ich wusste nicht, ob ich in Berlin bleiben darf als Außenstellen-Leiterin oder werde ich nach Bonn übernommen. Durch die Neubildung der Regierung hing ich ein Vierteljahr in der Luft und in der Zeit musste er unterrichtet werden. Da habe ich ihn dort ein Jahr hingegeben. Mir hat das nicht so gut gefallen. Als klar war, dass ich nach Bonn komme, dort habe ich im Februar 1991 angefangen als Unterabteilungsleiterin, da habe ich dort nach einer geeigneten Schule gesucht, aber auch im Dunkeln getappt. Gott sei Dank fing das christliche Jugenddorf in Königswinter an, eine ganz neue Schule aufzumachen. Da waren alle neu und da habe ich ihn ab der sechsten Klasse angemeldet. Er sagte zu mir: »Erzähl denen bloß nicht, dass wir aus dem Osten kommen. Ich komme aus Schleswig-Holstein.« Er war elf Jahre! Er hatte in Schleswig-Holstein im Internat bestimmte Erfahrungen gemacht, sogar, dass sie zu ihm gesagt haben, dass seine Mutter ja bei der Stasi sein muss, wenn wir uns das Internat leisten können. Mein Sohn wusste damals nicht einmal, was die Stasi war. Dann war ich also allein in Bonn. Die einen Kinder in Rostock, die Tochter ist aus Hamburg wieder zurückgegangen nach Berlin, hat dann in Berlin Arbeit gesucht, ist auch wieder arbeitslos geworden. Ich hätte Angebote gehabt, in der Region bleiben zu können. Von Regine Hildebrandt kam jemand, der wollte mich für das Landessozialamt in Brandenburg gewinnen, aber das Landessozialamt sollte zur damaligen Zeit in Cottbus stationiert werden und ich war alleinerziehend ohne Hilfe durch die großen Kinder mit einem Sohn

von 10, 11 Jahren. Ich wusste, ich kann nicht ein Amt aufbauen, bei dem den Leuten erst gesagt werden muss, wie es zu machen ist, denn dann muss ich mich wieder reinarbeiten, um es weitergeben zu können. Ich habe das dann abgelehnt, da hätte ich auch keine Leute um mich herum gehabt. In Berlin noch eher, aber in Cottbus gar nicht. Später hat Herr Geißler noch einmal versucht, mich von Bonn nach Dresden zu holen, als Abteilungsleiterin. Aber in Dresden hätte ich dasselbe Problem gehabt. Das heißt, ich blieb in Bonn, habe das erstmal für eine schöne Pause hingenommen und habe dann festgestellt, dass ich dort sehr allein bin. Ich hatte in Berlin meinen Parteivorsitz abgegeben an meinen Stellvertreter, weil ich nicht zu Parteiversammlungen herüberfliegen wollte, denn ich wusste nicht, wo ich mein Kind lassen sollte. Damit gibt man natürlich Hausmacht aus der Hand. Das war mir aber egal, mir war mein Kind erst einmal wichtiger. Aktive Arbeit in der Partei habe ich dann nicht mehr gemacht, nur meine Arbeit und in erster Linie meine Familie. Und auch in der Kirche ist es für mich schwer gewesen. Ich habe versucht, ein bisschen Fuß zu fassen, aber Kirche in der DDR war was anderes. Das war eine Gruppe, in der man glaubte, frei zu sein, sich wohlfühlen zu können, Gesprächspartner zu haben. Das gab es dort in dem Sinne nicht, die Kirche war dagegen sehr modernistisch. Ich war da noch altmodischer. Ich brauchte meine Sammlung im Gottesdienst und nicht eine Aktivität, die vorgeführt wird, oder Laien. Es ist nicht meine Kirche geworden und dann habe ich auch da nicht mehr großartig dran gearbeitet. Alles zusammen war letztlich der Grund, weshalb ich mich zum Schluss noch einmal für die restlichen vier Jahre nach Berlin habe zurückversetzen lassen, wo ich dann 2007 aufgehört habe zu arbeiten. Ich habe keine Parteiarbeit mehr angefasst und auch keine Kirchenarbeit mehr gemacht. Mit der Grippe von 2017/18 bin ich relativ schwer erkrankt. Es hätte mich schon wegreißen können. Ein Lungenschaden ist übriggeblieben. Mein Lebenspartner ist sieben Jahre älter als ich und war Referatsleiter in Bonn. Wir sind zusammengeblieben, jetzt auch schon 25 Jahre unter einem Dach. Ich mache keine parteiliche Arbeit mehr, gern mal einen Vortrag, wenn man gefragt wird.

Kunter: Es wurde gerade der 30. Jahrestag der deutschen Einheit begangen. Was ist Ihnen als persönliche Bilanz durch den Kopf gegangen?

Krefl: Die Schwierigkeit lag meiner Meinung darin, dass wir nur sehr, sehr kurz Zeit und ein ziemliches Tempo hatten bis zur Wiedervereinigung. Es wäre für viele Sachen gut gewesen, wenn wir im Rahmen des neuen Zusammenseins in Ruhe hätten deutlicher machen können, was erhaltenswert und was nicht erhaltenswert ist. In Bonn hat man versucht, so weiterzumachen wie vorher, und nicht gesehen, wie das Wasser vom Osten schon die Fundamente im Westen umspielte. Oben wurde noch der Sieg gefeiert, wenn es einer war, und unten löste sich so manches auf. Vorher hatten wir eine Trennwand zwischen Ostblock und Westblock. An

dieser Trennwand hatten wir die gleiche Sprache. Wir haben erst über Rundfunk, dann über Fernsehen gut miterleben können, was auf beiden Seiten passierte. Das konnte man sich dort zumindest schon mal angucken. Im Osten war das Soziale so hochgespielt, dass der Westen, dicht daneben, nicht alles vernachlässigen konnte, nicht so neoliberal sein konnte. Dadurch war dann im sozialen Sektor schon vieles sehr gut. Aber eben mit einem anderen Blick auf die Dinge. Und dieser Blick ist dann nicht so ohne Weiteres gesamtdeutsch gewesen. Die Ministerien, die da waren, waren keine schlagkräftigen Ministerien. Die haben im Grunde genommen versucht, so weiterzumachen wie bisher, aber da störte andauernd die DDR. »Was denn nun schon wieder? Wir haben doch schon alles gemacht.« Und die Leute, mit denen ich am besten darüber reden konnte, die zu Anfang völlig unbeleckt waren, waren die jungen Leute in unserem Ministerium. Die haben sich gern mit mir unterhalten, haben gefragt, haben zugehört, das hat mich gefreut, weil die anderen, die hatten schon das Ende dieses Prozesses vor Augen. Da denke ich eben, wir hätten noch einmal Zeit gebraucht. Aber ich glaube, die internationale Lage ist so gewesen, dass man sagen muss, wenn die Vereinigung nicht geklappt hätte, wer weiß, wie es dann gekommen wäre. Und wenn ich die Wahl habe, dann freue ich mich, dass es so recht und schlecht geklappt hat und eben nachgearbeitet werden muss. Und wenn es 27 Jahre dauert, wie bei dem Unterhaltsvorschussgesetz. Da habe ich mich gefreut, und jetzt kann ich auch die 30 Jahre gut finden. Jetzt ist eine der Aufgaben, die immer noch offenstanden, erledigt worden. Und wir haben ja inzwischen einige Gesetze, die ein bisschen was verändert haben. Es ist inzwischen schon zu sehen, dass wir eine Mischung haben, meiner Meinung nach. Aber es wäre nicht schlecht gewesen, wenn man Ossis wenigstens als Berater hätte zu Wort kommen lassen und danach Entscheidungen gefällt hätte. Das ist zu kurz gekommen, weil man immer gleich etwas befürchtet hat. Ein Berater sollte ja in der Sache optimal beraten. Der muss aber ausreden dürfen und das ist zu kurz gekommen. Es lief meist einfach die Tagesordnung ab. Aber die Zeit ist vorbei und jetzt sind die jungen Leute da, also auch meine Kinder. Ich bin in diesem Jahr drei Mal Urgroßmutter geworden. Meine Enkeltochter ist am 24.9.1990 geboren, hier in Berlin, wo jetzt das Urenkelkind auch gekommen ist. Die hat natürlich davon gar nichts mehr mitgekriegt. Der Einzige, der sich auch gefreut hat, dass ich noch einmal interviewt werden soll, war mein ältester Enkelsohn in Rostock. Der war schon ein bisschen älter, der ist 1984 geboren. Der hat von seiner Oma mehr mitgekriegt. Der weiß auch, was ich alles versucht habe, und auch, wie ich in der Familie geholfen habe, mit den beiden Pflegekindern und so weiter. Und der freut sich, dass die sich totarbeitende Oma, die auf allen Hochzeiten tanzte, auch noch einmal einen Abschluss kriegt, über den sie sich offensichtlich gefreut hat. Sonst hätte es der Enkel nicht gemerkt.

Kunter: Vielen Dank, Frau Kreft, dass Sie sich die Zeit genommen haben für dieses interessante und aufschlussreiche Gespräch!

5. Zeitzeugeninterview mit Hans Misselwitz

Hans Misselwitz

Ehemaliger Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten



Abbildung 7: Hans Misselwitz, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, beim Zeitzeugengespräch mit Dr. Katharina Kunter am 2. Dezember 2020.

Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

Dr. Katharina Kunter: Herzlich willkommen, Herr Misselwitz, zu unserem Zeitzeugeninterview über Ihre Zeit als Staatssekretär in der letzten demokratisch gewählten DDR-Regierung. Stellen Sie sich gern zu Anfang mit Ihrem Namen vor mit Ihrem ursprünglichen Beruf und woher Sie kommen.

Hans Misselwitz: Mein Name ist Hans Misselwitz, eigentlich Hans-Jürgen Misselwitz. Ich bin 1950 geboren, vom Beruf her Biochemiker, habe als Diplom-Biologe beziehungsweise als Biochemiker gearbeitet, habe dann diesen Beruf wechseln müssen und in den Achtzigerjahren Theologie studiert. War kurzzeitig, ein halbes Jahr in meinem Leben, Pfarrer und bin dann durch biografische und persönliche

Beziehungen und Aktivitäten, gerade in den 80er-Jahren in der DDR-Opposition, mit der SPD verbunden gewesen und in die Politik gegangen. 1990 in die Volkshammer gewählt, von da aus in das Außenministerium, das die SPD besetzt hat. Staatssekretär hieß das zunächst gar nicht. Ich war Stellvertretender Minister, wir hatten ja keine neue Verfassung. Und die Geschäftsordnung der DDR-Regierung sah vor, dass politische Positionen zunächst aus dem Parlament heraus besetzt werden. Als Stellvertretender Minister der Bundesrepublik hätte ich Staatsminister geheißen. Schließlich wurde ich als Parlamentarischer Staatssekretär entlassen, der Genauigkeit halber. Das betraf auch einige Kollegen, die als Parlamentarische Staatssekretäre benannt sind. Das ist aber etwas anderes als Staatssekretär, zumindest im westdeutschen System.

Kunter: Wie war das für Sie, als Sie erfahren haben, dass Sie ein Teil der Regierung sein werden, und wie hat sich der Posten dann entwickelt?

Misselwitz: Das war nicht zufällig, ich bin innerhalb der Vorbereitungen der SPD auf die Wahlen von Markus Meckel gebeten worden, mich zu den außenpolitischen Fragen vorzubereiten. Wir haben schon vor den Wahlen verschiedene programmatische Ideen besprochen. Wir waren dann Verhandlungsführer der SPD-Fraktion in den Koalitionsverhandlungen zum Thema Außen- und Sicherheitspolitik. Insofern war ich inhaltlich in der Fraktion dafür vorgesehen. Also war es kein Zufall, dass ich so eine Position bekam. Aber es gab die biografische Überraschung, dass man innerhalb so kurzer Zeit, nicht nach einer langen politischen Karriere, in ein so wichtiges Amt gewählt wird. Das war für mich wie für alle, die damals in die Politik eingestiegen sind, eine Herausforderung besonderer Art und auch von großer Verantwortung geprägt. Davor konnte man auch Respekt haben. Aber generell kam dieser Schritt in meiner politischen Arbeit im Frühjahr 1990 nicht aus heiterem Himmel. Als ich Parlamentarischer Staatssekretär wurde, gab es im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR einen Staatssekretär, Herrn Fleck, der hatte, wie das in der DDR üblich war, die Funktion eines Leiters. Er war sozusagen der oberste Organisationsdirektor des Hauses und war aus dem Haus heraus gewachsen in einer langen Karriere. Ich bin mit der politischen Berufung des Ministers hingekommen. Und dann haben wir auch erst entschieden, dass wir noch weitere Staatssekretäre brauchen, um diese großen fachlichen Aufgaben, die bestanden, zu besetzen. Von uns aus gab es Dr. Helmut Domke, der dazu berufen wurde, und Frau Dr. Petra Erler. Und die DSU, die damals mitregierte, hatte noch einen weiteren Staatssekretär für das Außenministerium, Herrn Tiesler. Es gab also drei beziehungsweise vier Staatssekretäre.

Kunter: Wie kann man sich diesen Übergang vorstellen? Gab es noch alte Mitarbeiter, Sekretärinnen, Materialien? Sind Sie in ein leeres Büro reingekommen?

Misselwitz: Das waren die Büros der Minister-Etage, wo Herr Meckel, ich und die anderen Kollegen hinkamen. Die waren in dem Sinne leer, als dass da nicht irgendwelche Akten aufgetürmt waren. Es war aber arbeitsfähig. Sekretärinnen waren da und es gab Mitarbeiter, die noch dafür ausgewählt oder benannt wurden aus dem sogenannten Apparat heraus. Es war eine Arbeit, die für uns in dieser Schnelligkeit und in dieser Zeit besonders schwierig war. In jeder Regierung würden Minister oder deren politische Verbündete immer erst einmal in ein zunächst unbekanntes Feld hineingehen, würden zum Teil auch nicht unbedingt ausgewiesene Fachpolitiker sein, sondern ein politisches Mandat haben. So weit war das nicht so ungewöhnlich. Ungewöhnlich war nur, dass es ein politischer Bruch war. Das heißt, die Politik und auch das strukturelle Selbstverständnis eines Ministeriums war, dass eine führende Partei das Sagen hatte über das, was politisch in allen Regierungsämtern und in der Regierung passiert. Das stand im völligen Gegensatz dazu, was wir mitbrachten und vorhatten, nämlich eine Regierung, die zuerst einmal eine Koalitionsregierung war und ein völlig anderes Selbstverständnis hatte. Das war für die Mitarbeiter, die es da gab, eine Herausforderung, vielleicht sogar eine Provokation, möglicherweise eine Ansage, ob sie da überhaupt einen Platz haben sollten. Es waren noch Tausende Mitarbeiter da, im gesamten Bereich, mit denen man zunächst auch arbeiten musste.

Kunter: Konnten Sie zu den Mitarbeitern Vertrauen aufbauen? Gab es in den Büros alles, was sie an Dokumenten, an Quellen, an Unterlagen brauchten?

Misselwitz: Das zu prüfen, dazu hatten wir keine Zeit. Wir konnten nicht eine Kommission einrichten, um herausfinden, was alles in den Archiven ordnungsgemäß gesammelt worden ist, um zu prüfen, ob es da Lücken gibt. Das war aber auch nicht nötig. Es ging ja nicht darum, dass wir ansatzlos weitermachen wollten, sondern wir hatten eine bestimmte Aufgabe vor uns, die präzedenzlos war, in gewisser Weise auch für so ein Ministerium. Und die musste man dann irgendwie mit fachlich geschulten Leuten lösen. Die Ausbildung der Mitarbeiter des MFA war in der Regel ziemlich gut, die hatten alle fachliche Qualifikationen. Sie waren nicht per se Juristen, sondern eher ausgebildet für die Regionen oder Themen, mit denen sie sich politisch beschäftigten. Zum Teil bestanden hochgradig gute Sprachkenntnisse, wenn es um Afrika oder Asien ging. Viele waren nicht nur einfach Parteipolitiker, sondern Fachleute, und man konnte sie an dieser Fachleute-Ehre auch greifen. Im Übrigen konnten wir es uns nicht leisten, eine Art von Ausmusterungsprozess durchzuführen. Für deren und im Interesse der Aufgaben, die wir zu lösen hatten, mussten wir so schnell wie möglich funktionsfähig sein. Wir mussten innerhalb von ein, zwei Wochen in wichtige Verhandlungen mit eintreten. Wir hatten Hindernisse, die waren sicherlich damals nicht überschaubar. Da war aber auch von Anfang an dieses große Thema der deutschen Vereinigung, wofür es all die internationalen

Aspekte zu organisieren gab und dabei irgendwie sprachfähig zu sein im Sinne der Politik, die die Regierung verabschiedet hatte mit der Regierungserklärung. Da ging es hauptsächlich darum, zu entscheiden, wer in dieser Arbeit nun kompetent ist, um völkerrechtliche oder andere politische Fragen vorzubereiten. Wir hatten selber eine Agenda, aber man muss entsprechende Hintergründe und Sachen vorarbeiten.

Kunter: Wie sah ein Alltag in Ihrem Bereich aus? Gab es regelmäßige Absprachen? Wie funktionierte die Kommunikation unter den Staatssekretären, mit dem Minister, mit den Mitarbeitern?

Misselwitz: Es entwickelten sich entsprechende Anforderungen, von denen wir vorher noch nicht wussten, wie die aussehen würden, entsprechend der zeitlichen Belastung. Insofern mussten dann bestimmte Formen gefunden werden, aber es gab in der Regel einen Ablauf. Den würde ich für meine Position folgendermaßen beschreiben: Man fuhr früh um sieben zur Presselage, die wurde referiert. Da musste man nicht unbedingt Stellungnahmen abgeben, das machten Leute aus der Pressestelle. Danach gab es eine Leitungsbesprechung im Ministerbüro und danach die Mitarbeiterbesprechung in meinem engeren Arbeitsbereich, um die Arbeit zu gliedern und auch, um sich auf neue Fragen einzustellen, was muss aktuell gemacht werden und so weiter. Und dazu gab es Termine, die man sich entweder selber gestellt hatte, weil man bestimmte Beratungen zu Fragen haben wollte, es gab aber auch auswärtige Termine, es gab Besuche, ob das Botschafter waren oder andere, die ein Gespräch brauchten mit dem Ministerium. Da war ich dann mitbeteiligt. Es wurde unterschieden, wer welche Gespräche führte. So war der Routine-Alltag vom Ministerium strukturiert. Das ging manchmal bis nachts um zehn oder so, da man abends oft noch eine Auswertungsrunde des Tages hatte. Diese Strukturierung verlor sich später, weil dann die verschiedensten Bereiche in eine Entscheidungsphase kamen oder wegen der Dienst- und Auslandsreisen des Ministers. Dann mussten verschiedene Dinge vorbereitet werden, die außer der Reihe waren oder die in das Repertoire des Ministeriums gehörten, aber die noch einmal besondere Vorkehrungen brauchten.

Kunter: Reichte es, in Ihrem Bereich Themen im auswärtigen Bereich zu besprechen, oder mussten Sie sich auch mit anderen Ministerien rückkoppeln, oder auch mit dem Ministerpräsidenten?

Misselwitz: Es gab zu den Fragen, die Zwei-plus-Vier betrafen, und da fand schon 14 Tage, nachdem ich ins Amt gekommen war, die erste Sitzung in Niederschönhausen statt, die sogenannte Beamtenrunde, das heißt unterhalb der Ministerebene, politische Direktoren, die Vertreter der Außenministerien. Das passierte in Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten und dessen Büro. Es gab eine enge Beziehung zu

Herrn Steinbach, der Abteilungsleiter für internationale Politik beim Ministerpräsidenten war, und dessen Mitarbeitern, die dann oftmals mit dazugezogen wurden.

Kunter: Gab es manchmal Konflikte oder eigentlich eine einheitliche Linie?

Misselwitz: Es gibt immer verschiedene Zugänge, oftmals zu demselben Thema. Aber es gab auch immer die Notwendigkeit, dass wir uns einigen müssen, also eine Position haben. Wir kamen aus verschiedenen Erfahrungswelten im Umgang mit solchen Fragen, das heißt, da musste man oft länger diskutieren und besprechen, um auf den Punkt zu kommen, wo wir verhandeln wollen oder können oder lieber die Finger davonlassen. Da kann man sich nicht lange bei Konflikten aufhalten, zumindest nicht auf der Ebene.

Kunter: Was war Ihr Mandat aus der Volkskammer und was war Ihr wichtigster Aufgabenbereich als Staatssekretär?

Misselwitz: Wenn Sie wollen, arbeitete ich an dem Punkt des Hauptmandats, das die Volkskammer der Regierung gegeben hatte, und was sich die Regierung vorstellte, das heißt daran, die internationalen oder äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung zu organisieren, den Prozess zu gestalten, dort Lösungen mit vorzubereiten. Das war nicht allein mein Job, aber es lief sozusagen zentral zusammen, weil das Zwei-plus-Vier-Arrangement, das schon vorher festgelegt wurde, bevor wir in die Regierung kamen, das Format war, mit dem wir es zu tun hatten. Das war mein Aufgabenbereich, alle anderen Dinge waren nachgeordnet.

Kunter: Was genau konnten Sie gestalten?

Misselwitz: Dieser Vertrag war ein weites Feld, wo wir hinterher mehr wussten als vorher, denn da waren wir noch nicht beteiligt. Ich bin nicht sicher, wie viel das beteiligte Außenministerium der DDR uns damals hätte sagen müssen oder können. Nach meiner Einschätzung sind wesentliche Entscheidungen im Grunde zwischen den USA und der Sowjetunion schon im Februar getroffen worden, durch die Gespräche, die Baker in Moskau geführt hat, und auch durch den Politikwechsel, den die USA eingeleitet haben. Über die inhaltlichen Hintergründe waren wir uns nicht so im Klaren, inwiefern dieser Ansatz zumindest bei den Westmächten schon durchgewinkt war. Bei der Bundesrepublik gab es einen Anhaltspunkt, den Genscher selber gegeben hatte, der sowas sagte wie: »Die Nato-Mitgliedschaft stellen wir als Bundesrepublik nicht in Frage, aber sie wird nicht ausgedehnt.« Das hat Genscher schon am Ende Januar in Tutzing gesagt und das war in unseren Hinterköpfen. Insofern gingen wir davon aus, dass die NATO-Frage politisch keine dauerhafte ist und dass wir eine europäische Sicherheitsstruktur brauchen, die

integrativ ist. Von da ausgehend haben wir gesagt, dass wir mit unseren osteuropäischen Partnern, also der Sowjetunion und den anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages, zusammen darüber nachdenken müssen, wie wir diesen Übergangsprozess gestalten, wie wir den Vertrag umwandeln können oder daraus austreten. Oder wie wir die RGW-Beziehungen verändern können. Oder wie wir gegenüber der Rolle der Sowjetunion, die ja als Siegermacht in der deutschen Frage ein erhebliches Mitbestimmungsrecht hatte, eine Haltung entwickeln können, die ermöglichte, die deutsche Vereinigung als einen Gewinn zu sehen, auch in ihrem Interesse und im Sinne des gesamteuropäischen Interesses. Solche Fragen stellten wir uns aus osteuropäischer Perspektive. Das hieß auch, wir müssen mit denen reden, wir müssen mit denen zusammenkommen. Aber die Agenda deutsche Einheit war von Anfang an gegeben und sie war etwas, womit wir beauftragt waren, was unser Mandat war.

Kunter: Ab wann war Ihnen klar, dass es um die deutsche Einheit ging?

Misselwitz: Das war spätestens im Januar oder Februar klar. Für mich persönlich war das der Punkt, als im Dezember Kanzler Kohl in Dresden war, und nicht nur, dass da einige Tausend Dresdner ihm zujubelten mit Deutschlandfahnen, sondern dass diese Wende auch publizistisch der Fokus war. Und da kam auch niemand mehr raus. Meckel hat mich angerufen, wir können nicht warten, bis längere Umgestaltungen in der DDR passieren, sondern wir müssen sehr schnell zu diesem Prozess der deutschen Einheit kommen. Und den müssen wir mitgestalten. Für mich war in der Tat dann auch klar, dass die Sozialdemokratie der politische und ideale Zielpunkt dessen war, wo ich mich politisch einbringen würde, auch durch die Erfahrung in Hennigsdorf, wo ich das halbe Jahr Pfarrer gewesen war. Da war zu spüren, dass in der Arbeiterschaft und in der Industrie Bedenken und Sorgen bestanden über die Zukunft, aber im Grunde immer die Vorstellung herrschte: Macht euch keine Sorgen, wir gehen in einen Sozialstaat, wir gehen in eine Demokratie. Diesen Aspekt habe ich verstanden, auch gerade bei der Arbeit dort. Insofern war das für mich plausibel, dass ich eintrete in die SDP. Auch die Leute in meiner Gemeinde haben das verstanden.

Kunter: Wann ist nach Ihrer Erinnerung in der Regierung de Maizière zum ersten Mal das Wort deutsche Einheit als eine Zielorientierung gefallen?

Misselwitz: Das war schon im Wahlkampf, der wurde dann noch vorverlegt von Mai auf März. Und die Ansage war ja schon gegeben. Kohl kam im Februar aus Moskau zurück und sagte: »Der Weg zur deutschen Einheit ist frei. Die Zeit und das Wie können wir selber bestimmen, aber die Sowjetunion wird sich nicht dagegenstellen.« Das war am 12. Februar. Im Vorfeld gab es schon die ersten Hinweise

darauf. Und dann wurde der Artikel 23 ins Spiel gebracht und der schnelle Beitritt ohne Verhandlungen möglich. Genauso die Verhandlung um die Einführung der D-Mark. Mit dieser Verklammerung wurde aus dem Wahlkampf einer um die Art der deutschen Einheit, nicht um die deutsche Einheit überhaupt. Es gab einige Parteien, wie zum Beispiel die aus der Opposition hervorgegangenen Bündnis 90, die sich mit einem anderen Konzept profilieren wollten. Aber es gab eine überwältigende Mobilisierung in Richtung Einheit, auch durch großen Einsatz westdeutscher Politiker. Nachdem die Bundesrepublik, also Kohl, Mitte Februar sagte, dass es vor den nächsten Wahlen gar kein Geld und keine Unterstützung gibt, sondern erst, wenn es eine Regierung gibt, die dann auch mit ihnen in Richtung deutsche Einheit kooperiert, da waren die Messen gesungen. Danach bestand nur noch die Debatte um das Wie. Und da positionierte sich die SPD mit der Idee, dass eine Vereinigung kommen muss, und zwar eine, die verbunden sein muss mit einer Öffnung der Verfassungs-Diskussion, sodass die DDR auch Anteile an diesen Verfassungen mit einbringen konnte. Dafür gab es den Runden Tisch, der schon entsprechende Vorschläge hatte.

Kunter: Und inwieweit konnten Sie eigene Aspekte in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einbringen?

Misselwitz: Es gab da zunächst eigentlich nur ein Thema: Wir kommen zusammen und erklären die Beendigung der Rechte der vier Mächte und die Souveränität Deutschlands. Was dazugehörte, ließ man erstmal offen. Als die erste Runde in Berlin war, ging es um die Frage, was auf die Tagesordnung gehörte. Da gab es verschiedene Vorschläge. Die Sowjets wollten vor allem die politischen und militärischen Aspekte der künftigen europäischen Ordnung besprechen, Sicherheitsordnung, Frieden, aber es gab auch, und das hatten wir vorher schon durch einen Besuch in Warschau mitbekommen, das Interesse von Polen an der Frage der polnischen Westgrenze beziehungsweise deutschen Ostgrenze. Die waren ja immer noch als offen deklariert von der Bundesrepublik, trotz der Abkommen mit Warschau, dass man das im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag als endgültige Grenzen feststellt. Jetzt sollte das aber kein Friedensvertrag sein, das hatten die drei Westmächte und die Bundesrepublik von Anfang an als Linie abgelehnt. Folglich bestand die Frage, ob die Angelegenheit der polnischen Westgrenze nur eine symbolische Frage gewesen war. Sie hatte eben nicht nur damit zu tun, unter diese Grenzen noch einmal eine Unterschrift zu setzen, sondern den Ländern im Osten Europas die Sicherheit zu geben, dass es kein Wiederaufleben von Gebietsansprüchen in der Erfahrung des 20. Jahrhunderts geben wird. Diese historisch politische Dimension, die schon früh durch die Erklärung der Volkskammer zur geschichtlichen Verantwortung der DDR aufkam, die betraf die Erklärungen an die Völker der Sowjetunion mit Blick auf die Würdigung der Opfer, die wir im

Krieg über sie gebracht hatten, an die anderen europäischen Völker, zur Grenzfrage in Polen, die Niederschlagung des Prager Frühlings und an Israel, zur Frage des Holocausts und der deutschen Verantwortung. Das war ein historisch definierter Rahmen, der auch in der Außenpolitik immer eine Rolle spielte. Die Agenda der anderen war, dass sie historischen Fragen eher ausweichen wollten, weil es ihnen darum ging, eine schnelle Lösung zu finden. Das werfe ich nicht vor, es war nicht so, dass sie die Fragen nicht kannten. Die Franzosen zum Beispiel waren sehr eng bei den Polen und wussten auch, dass, wenn diese Grenzfrage nicht gelöst wird, das Ganze gar nicht funktionieren wird. Weil das Misstrauen in Osteuropa eben zu groß war. Das war aber auch die Art von ostdeutschem oder osteuropäischem Blick auf das, was diese deutsche Einheit bringen wird, an Sorge und Perspektive, die wir einbringen wollten und mussten, zum Teil auch gegen die Verhandlungsführung der Bundesrepublik.

Kunter: Bei der Debatte um die polnische Westgrenze, konnten Sie da als DDR-Delegation entscheiden oder gab es Einwirkung von der Bundesrepublik, die auch bei den Verhandlungen dabei waren?

Misselwitz: Wir waren eine frei gewählte Regierung, wir vertraten ein völkerrechtlich anerkanntes Land. Wir waren nicht einfach nur eine Abwicklungsmasse, wie das hinterher oft der Tenor in der Öffentlichkeit war und in Deutschland bis heute bei der Würdigung der Regierung immer noch durchschlägt, als ob wir sozusagen den Untergang der DDR repräsentierten. Wir leiteten aus dem Mandat von freien Wahlen einen Anspruch ab, der auf 40-jährigen geschichtlichen Erfahrungen, aber auch aus weiter zurückliegenden fußte. Wir haben dafür auch was aushalten müssen, östlich an einer Seite des Eisernen Vorhangs zu leben. Insofern musste unsere Perspektive mit hinein und die war manchmal durchaus im Sinne der Sowjetunion, die diese Fragen auch selber mit eingebracht haben. Aber in anderen Fragen auch gar nicht. Diese Grenzverhandlungen mit Polen sind damals durchaus irgendwann auch auf die Zustimmung von Genscher, also das Auswärtige Amt, gestoßen, als erst einmal dreiseitige Verhandlungen geführt wurden mit dem Ziel eines Grenzvertrags, der zur Bedingung für eine Zustimmung zur deutschen Einheit wird, denn wir fanden, dass er eine Bedingung sein muss. Anfangs war das schwierig. Ich war Anfang Mai in Warschau, um diese Verhandlungen in diesem dreiseitigen Setting mit vorzubereiten. Es fanden dann drei Treffen der drei Länder-Delegationen statt. Aber Ende Mai ist die Bundesrepublik ausgestiegen aus dieser Sache und hat das zunächst einmal auf sich beruhen lassen. Das hat dazu geführt, dass die polnische Seite ziemlich nervös wurde und darauf drängte, in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einbezogen zu werden. Das geschah dann im Juni und im Juli abschließend in Paris beim Außenministertreffen. Es war für uns wichtig zu sagen, dass wir eine deutsche Position vertreten, die auch besteht.

Kunter: Sie waren am Ende nicht mehr an den Verhandlungen beteiligt, weil Sie Ihren Posten als Staatssekretär räumen mussten. Wie haben Sie diese aus der Distanz wahrgenommen?

Misselwitz: Im Grunde waren, wie man so sagt, die Messen Anfang August gelesen. Es gab diese Kaukasus-Geschichte, in der Kohl mit Gorbatschow eine Art von bilateralem Pakt zwischen der Sowjetunion und dem künftigen Deutschland schloss, an der die DDR nicht beteiligt war. Was eigentlich ein Unding ist, was aber den realen Machtverhältnissen entsprechen sollte. Die Sowjetunion hat sich dann darauf verlassen, mit wem sie es am Ende zu tun haben werden, nämlich mit der Bundesrepublik, und genauer deren politischem Establishment. Aber nach diesem Juli-Ereignis gab es eigentlich nur noch eine Frage, und zwar welche Punkte in diesem Abkommen angesprochen werden müssen. Das war im August. Da gab es diese Agenda schon. Es war noch nicht ausverhandelt und es gab immer wieder Versuche, nachzulegen, auch von westlicher Seite am Ende, vorher von der Sowjetunion. In dieser letzten Phase bin ich ausgeschieden, genauer am 20. August, und war bis zum 12. September nicht mehr beteiligt. Ich habe aber verfolgt, was geschah, es gab wohl eine intensive Runde Ende August in Berlin, hier in Niederschönhausen, in der noch einmal alle Dinge auf dem Tisch lagen, aber dann vor allem abgearbeitet werden mussten.

Kunter: Wenn Sie auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag blicken, sind Sie zufrieden mit dem, was erreicht worden ist? An welchen Stellen, würden Sie sagen, war vielleicht noch mehr drin?

Misselwitz: Ich meine, wenn man direkt beteiligt war mit unserer damaligen Perspektive, hatte man das Gefühl, da gibt es noch diese und jene offene Frage. Dieses Format der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten war nicht kompetent dafür, über ganz Europa zu reden beziehungsweise über Fragen, in denen andere Interessen betroffen waren. Es war gut, um bestimmte Themen der Vergangenheit abzulösen und deutsche Souveränität wiederherzustellen. Vom Klima her, der Kooperativität zwischen uns und den Amerikanern und der Sowjetunion, kann ich sagen, dass es eine mindestens optimale Lösung war. Bessere Lösungen gibt es immer, aber das war eine optimale. Und sie hatte viel Potenzial im Sinne von Hoffnung. Was daraus folgte, war, dass bestimmte Dinge in Europa überlebt haben, die aus der Systemkonfrontation erwachsen sind, auch zum Teil aus der Frage der deutschen Geschichte, die ja mit der deutschen Frage immer im Raum stand. Und auch die Zustimmung zum Beispiel zur NATO-Lösung bei den Nachbarn West wie Ost ist letztlich dadurch gekommen, dass man sich gesagt hat: Lieber ein Deutschland, das eingebunden ist in einen kollektiven militärischen Kontext, als freischwebend. Der historische Teil spielte eine eminent wichtige Rolle und das war

durch diesen Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht vom Tisch geräumt, aber in die richtige Richtung gesetzt worden.

Kunter: Wie ging es bei Ihnen weiter, woran haben Sie danach gearbeitet?

Misselwitz: Ich war Volkskammerabgeordneter und in diesem Zusammenhang habe ich mich für ein paar Fragen interessiert, zum Beispiel den Umgang mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR, sowie deren Status. Das war auch schon innerhalb der Verhandlungen von Zwei-plus-Vier ein Unterthema, das gelöst werden musste. Da waren wir als DDR-Regierung im Grunde aber schon ausgeschlossen. Im August, also in der letzten Phase, wurde das mit der Bundesregierung allein ausgemacht. Wir sagten, wir müssen, solange es uns gibt, Mitspracherecht haben. Das betraf uns ja elementar. Es war auch im Grunde eine symbolisch falsche Situation, nicht nur eine praktisch falsche Sache, weil die, die die Kenntnis der Problematiken von Truppenstationierung sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich in der DDR hatten, bei der Volksarmee und deren Offiziere, die waren sehr kooperativ. Im Grunde sind sie daneben deutsche Soldaten gewesen, die gedacht haben: Irgendwann tun wir unseren Dienst in Deutschland. Das war ihnen auch signalisiert worden. Die hatten ein Interesse daran, ihre Kenntnisse zu den Sowjets einzubringen, um den Abzug reibungslos umzusetzen. Es war enttäuschend, dass das nicht gefragt war. Und deswegen habe ich mich als Parlamentarier ein paar Wochen damit befasst bis zum Ende. Das hieß, Fragen zu sammeln, Probleme zu erfassen und zu delegieren.

Kunter: Wie haben Sie den 3. Oktober erlebt?

Misselwitz: Am 3. Oktober gab es die feierliche Verabschiedung der DDR-Volkskammer und die Einladung in den Reichstag, der ich nachgekommen bin. Ich habe darüber nachgedacht, ob ich das wirklich machen muss. Ich meine, wir hatten ja gar keine Plätze da. Ich bin als hirnloses Männlein rumgelaufen. Ich habe meine Frau mitgenommen und meine beiden Töchter. Wenn man so hinter den Kulissen steht, da hätte man vielleicht lieber vorn stehen wollen. Wollte ich aber auch nicht. Also war das für mich kein Höhepunkt. Es waren tolle Bilder, aber es bestand auch das Gefühl eines Abschieds.

Kunter: Wenn Sie heute zurückblicken auf diese Zeit der letzten DDR-Regierung von März bis Oktober, was, würden Sie sagen, ist, von bleibender Bedeutung?

Misselwitz: Ich denke, die besteht in dem demokratischen Aufbruch und Umbau, der in der DDR geschah, denn der ist ja nicht erst passiert, als wir der Bundesrepublik beigetreten sind. Es sind viele Gesetze erlassen worden, die entsprechende

Verhältnisse herstellten. Die DDR wurde eine freiheitlich demokratische Republik. Am 17. Juni 1990 wurden die entsprechenden Verfassungsänderungen hergestellt. Das war auch eine Bedingung für die Währungsunion gewesen, aber es war eben auch ein bestimmter Prozess damit vollendet, bevor wir der Bundesrepublik beitraten. Ich sage mal, dass die Ostdeutschen, damals DDR-Bürger, das Gefühl haben, sie sind nicht einfach besetzt oder über den Tisch gezogen worden. Sie sind in einem freiheitlich demokratisch organisierten Prozess vertreten durch eine Regierung, die das Wahlergebnis ernst genommen hat, der Bundesrepublik beigetreten. Und das ist was anderes als diese Sturzgeburt von deutscher Einheit, die man hinterher aus bestimmten Folgen, die sie sich ergaben, immer wieder ableitet und meint, das waren nur Laienspieler gewesen, die das gemacht haben. Wir waren demokratisch gewählte Politiker, das heißt in bestimmten Feldern immer Laienspieler, weil die nie alles beherrschen. Sie haben ein Mandat, eine bestimmte Politik zu machen. Ich glaube, dass das zu der Würde gehört, die dieser Deutschen Vereinigung zuzusprechen ist und zugesprochen werden sollte. Und selbst wenn wir hinterher beklagen können, was es da an Schief lagen gegeben hat, sich diese Würde absprechen zu lassen, wäre im Grunde die Bestätigung dessen, was andere heute immer wieder sagen: »Hier sind wir über den Tisch gezogen worden.« Dieser ganze Nicht-Identifikations-Ansatz mit der deutschen Einheit, der widerlegt sich durch diesen enorm wichtigen Prozess einer demokratisch legitimierten DDR. Wir haben so manches auch anders gemacht, innovativer als das, was der Normalfall des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gewesen wäre, zwei, drei Themen, die vielleicht aus der Not geboren waren, aber die wir ernsthaft verfolgt haben. Die eine Sache war die Beteiligung der Zivilgesellschaft in den Verhandlungen, zum Beispiel im Bereich KSZE. Es fanden in Kopenhagen sehr wichtige KSZE-Konferenzen statt. Die haben wir mit Leuten aus den Bürgerbewegungen besetzt neben den Leuten aus den Parteien, weil wir gesagt haben, es ist eine andere Zeit, wir müssen mehr Transparenz herstellen, mehr Offenheit hin zur Gesellschaft bilden, was in der DDR in der Tat völlig neu war. Das Auswärtige Ministerium war vorher eine komplett abgeschlossene, geheime Umgebung. Und in dem Zusammenhang kam auch die Frage auf, wie wir mit dem Parlament umgehen. Auch da waren Ideen da, dass man das viel, viel transparenter regelt. Es ist aber nie dazu gekommen, weil das Parlament prinzipiell überlastet war mit den gesamten großen Paketen zur inneren deutschen Vereinigung. Und eine andere Frage war sicherlich: Welche Rolle spielen Geheimdienste eigentlich, in dem Bewusstsein, dass das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten durchaus von Personal der Staatssicherheit durchdrungen und besetzt war. Da habe ich gelernt, dass man in Botschaften doch auch Mitarbeiter von Geheimdiensten hat. Wir hatten das Gefühl, dass in unserem Bereich möglicherweise der eine oder andere Mitarbeiter, wie sich hinterher auch herausstellte, OIBE war, also Offizier im besonderen Einsatz. Das waren am Ende wohl zwanzig Leute im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die

wurden im August dann auch entlassen. Aber die Fähigkeit, durch die auswärtigen Dienste auch über die Botschaften mit informiert zu sein, die hatten wir ja gar nicht, und das stellte einen Nachteil dar. Die haben wir im Grunde zwar nicht schmerzlich vermisst, aber wir haben gemerkt, wie schlecht wir informiert waren, um unsere eigenen Positionen zu überprüfen. Und da ist auch sicherlich manches in die Waagschale gefallen, obwohl oder weil wir wirklich keine Informationen hatten. Also eine Erkenntnis: Geheimdienste und auswärtige Politik – das ist ein wirkliches Problem.

Kunter: Wir haben ja gerade 30 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Wie fanden Sie die öffentliche Darstellung? Und was würden Sie sich wünschen, was bei einem nächsten Jubiläum anders akzentuiert werden sollte?

Misselwitz: Es gab in diesem Jahr ja keine Feierroutine, wie wir das 30 Jahre lang erlebt haben, zu der ich auch eine kritische Position habe, weil im Grunde schon zehn Jahre danach die Feier am Tag des Mauerfalls vorgenommen wurde, mit Gorbatschow und Bush oder anderen Großen, was ein Ereignis ganz anderer Art war. Der Mauerfall war ein Freiheitsereignis, das überhaupt erst die Herstellung der deutschen Einheit ermöglichte. Und insofern ist das ein Prozess, der in der DDR nicht nur dramatisch, sondern vor allen Dingen für ganz viele Beteiligte ein unvergessliches Jahr war. Viele sagen, dass war das Jahr, nicht der Anarchie, sondern von unerhört vielen Freiheitsräumen, die plötzlich entstanden, die auch viele genutzt haben. So war auch das Versprechen. Diese Verkürzung, also deutsche Einheit durch Grenzöffnung, da ging der Kalender dann immer schon los mit den Flüchtlingen in Prag oder Budapest und endete mit dem Mauerfall. Und dann war der Festkalender eigentlich abgeschlossen. Der Rest war nur noch bürokratischer Vollzug. Und das hätte sich dieses Jahr ändern können, weil sich herausstellte, dass das alles nicht ganz so einfach gewesen war, auch nicht, was danach zu verarbeiten ist. Das fand ich eine wichtige Errungenschaft der öffentlichen Debatte, überhaupt unserem Begriff von Einheit mal neu zu denken, nicht nur, dass er Vielfalt ausschließt, sondern er sich auch auf nur ein paar Grundsätze oder Verfassungstatsachen bezieht, aber nicht darauf, dass es keine unterschiedlichen gesellschaftlichen Ansprüche oder gesellschaftlichen Realitäten gibt, die gewachsen sind, die auch dazugehören, die durch das Zusammenkommen von Ost und West 1990 eben auch zu würdigen sind. Und nicht einfach zu sagen: »Das ist jetzt bloß alter Käse, das muss weg. Bis ihr alle Westdeutschen seid, haben wir keine deutsche Einheit.« Da begann ein guter Diskurs in diesem Jahr und ich stelle mir vor, dass das künftig nicht hinter diese Marke von Auseinandersetzungen zurückgeht, sondern wir das endlich auch öffentlich besprechen und damit vielleicht doch den Einheits-Skeptikern das Wasser abgraben.

Kunter: Meinen Sie, dass manches, was diese DDR-Regierung geleistet hat, nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit, mehr noch im ostdeutschen als im westdeutschen, angekommen ist, ist womöglich auch der Zeit und den Umständen geschuldet?

Misselwitz: Die Grundprobleme waren damals schon gegeben, nicht nur durch die Beschleunigungsidee, die von Anfang an von den Amerikanern sehr stark vorangetrieben worden ist, sondern auch dadurch, dass wir alles in einem Wahljahr zu tun hatten. Im Sommer fiel die Regierung auseinander. In der DDR ja auch. Aber im Westen war es so, dass sich plötzlich mit Lafontaine eine Kritikerposition herausmeldete und Kohl als der Macher da war. Diese Konstellation führte schon damals zu der Frage, ob wir das eigentlich gemeinsam machen oder es darum geht, jetzt Innenpolitik zu machen. De Maizière war ein Mensch, den ich sehr geschätzt habe. Er war im Grunde der Realist gegenüber den Idealisten. Meckel oder Hildebrandt, die wollten die Welt verändern. Wir wollten mit unseren Hebeln irgendwas Wichtiges aus der Welt bringen oder neu in der Welt schaffen. De Maizière war Jurist und Realist und er war in einer gewissen Weise immer Minimalist. Das hieß, Hauptsache, das ist irgendwie gut, dass wir damit gut durchkommen. Und da sprach vieles für die Abwicklung der DDR-Regierung. Bei der Abwicklung der DDR hat er auch versprochen, hinzunehmen, anstatt offensiver zu drücken. Das hätte ich mir eigentlich gewünscht. Durch den Bruch der Koalition war dieser Dampf sowieso raus und wir hätten am Ende mehr Fragen klären müssen, wie zum Beispiel, was bestimmte Institutionen der DDR betrifft, auch was Maßstäbe im Umgang mit Institutionen sein sollten. Der Einigungsvertrag war da im Grunde ein Abwicklungsvertrag oder Übernahmevertrag. Das wäre kein Aufschub gewesen, sondern man hätte sagen müssen: Unter den Bedingungen der deutschen Einheit und der Länderbildung müssen wir Zuständigkeiten noch einmal neu klären. Es gab viele Ansätze, die aber im Grunde wegfielen durch das Wahljahr und dadurch, dass im August dann die Koalition zerfiel und damit die DDR-Regierung im Grunde nicht anerkannt war. Die Unterschriften, die gemacht wurden, waren auch nicht ungültig, aber sie wurden trotzdem im Rahmen der Bund-Länder-Veranstaltung so betreut, als gäbe es sie nicht. Wenn die Bundesrepublik der Nachfolgestaat der DDR sein wollte und zwar so, wie auch die Bundesrepublik Nachfolgestaat des Deutschen Reiches war, hätte das nicht heißen müssen, dass sie da weitermachte, wie es vorher war, sondern dass sie in eine bestimmte Verantwortung eintritt. Zum Beispiel in Hinblick auf Regierungs- und öffentliche Beamte und Rechte, die übernommen wurden, da gab es keine qualifizierte Regelung. Den Ministern keine Altersversorgung zu geben, die ihnen in bescheidenem Maße zustünde nach einem halben Jahr Regierungsverantwortung oder vielleicht auf ein Jahr hochgerechnet, und alle auf der anderen Seite mit einer Ehren-Pension auszustatten, das ist für meine Begriffe unbegreiflich. Das ist so ein Beispiel, da ranzugehen, das interessiert niemanden in der Öffentlichkeit. Aber es ist eigentlich unerträglich, wenn man

dabei war. Ich meine, ich bin da völlig unberücksichtigt. Ich bin auch eigentlich seit 30 Jahren nicht zu Feiern der deutschen Einheit eingeladen worden, sondern wir sind einfach nicht mehr da. Ich habe da keinen persönlichen Ehrgeiz, aber wenn man bedenkt, was diese Zeit bedeutete, auch damit man sie historisch oder politisch richtig einordnet, dann ist das ein Affront. Und zwar nicht der Person gegenüber, ich habe keine Rentenansprüche, sondern es geht um die Darstellung und dem Verständnis des Prozesses der deutschen Vereinigung. Sonst war es keine Vereinigung. Sonst war es eigentlich die Übernahme einer Konkursmasse. Das ist ja so der Tenor, den man, ich werde oft eingeladen, immer wieder hört: »Das war eben Konkursmasse und das hat uns viel Geld gekostet.« Schade drum.

Kunter: Vielen Dank, Herr Misselwitz, für dieses interessante Gespräch.

Anhang

1. Dokumente



Abbildung 8: Podiumsveranstaltung am 26. September 2022 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin (v.l.n.r.: Dr. Udo Bartsch/Staatssekretär im Ministerium für Kultur, Helga Kreft, Almuth Berger, Markus Meckel/ehemaliger Außenminister der letzten DDR-Regierung, Marina Grasse/Beauftragte der Regierung für die Gleichstellung von Mann und Frau im Range einer Staatssekretärin, Hans Misselwitz, Prof. Manfred Dott/Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Verkehr).
Bildrechte: Michael Günther, mind in motion media, Berlin.

1.1 Übersicht über die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der Regierung de Mazière (letzte Bearbeitung: 20.09.2018)

Nr.	Name	Vorname	Partei 1990	Ehemalige Funktion
1	Ablaß	Werner	CDU	Sts. Abrüstung und Verteidigung
2	Achtel	Prof. Dr. Klaus		Sts. Bildung und Wissenschaft
3	Bartsch	Dr. Udo	CDU	Sts. Kultur
4	Becker	Manfred	SPD	Sts. Medienpolitik
5	Behrendt	Prof. Dr. Gerhard	SPD	Sts. Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit
6	Benthin	Prof. Dr. Bruno	BFD / FDP	Sts. Handel und Tourismus
7	Berger	Almuth	DJ / SPD	Sts. Ausländerbeauftragte
8	Bräuer	Michael		Sts. Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft
9	Domke	Dr. Helmut	Prtl. SPD	Sts. Auswärtige Angelegenheiten
10	Dott	Manfred	DSU / CDU	Parl. Sts. Verkehr
11	Dube	Dr. Martin	DA / CDU	Sts. Wirtschaft
12	Erler	Petra	SPD	Sts. Interministerielle Arbeitsgruppe
13	Gehler	Matthias	CDU	Sts. Regierungssprecher
14	Geisler	Dr. Hans	DA / CDU	Parl. Sts. Familie und Frauen
15	Glotzbach	Franz-Joseph	CDU	Sts. Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft
16	Graewe	Dr. Wolf-Dieter	Prtl.	Sts. Wirtschaftliche Zusammenarbeit
17	Halm	Dr. Gunter	Prtl.	Sts. Wirtschaft
18	Heinemann	Dr. Michael	CDU	Parl. Sts. Bildung und Wissenschaft
19	Jork	Dr. Rainer	CDU	Parl. Sts. Bildung und Wissenschaft
20	Jurich	Dr. Werner	Prtl.	Sts. Handel und Tourismus
21	Kauffold	Dr. Peter	SPD	Parl. Sts. Ernährung, Land- und Forstwirtschaft
22	Kleppe	Dr. Gottfried	CDU	Sts. Amt des Ministerpräsidenten
23	Klingbeil	Jürgen	CDU	Sts. Regionale und Kommunale Angelegenheiten
24	Kochan	Dr. Fritz-Klaus	SPD	Sts. Arbeit und Soziales
25	Körber	Dr. Stefan	SPD	Sts. Wirtschaft
26	Krause	Prof. Dr. Günther	CDU	Parl. Sts. Amt des Ministerpräsidenten
27	Kreft	Helga	CDU	Sts. Frauen und Familie
28	Liepe	Jürgen	Prtl.	Sts. Post und Fernmeldewesen
29	Maaßen	Martin	BFD / FDP	Sts. Finanzen
30	Marczinek	Frank	Prtl.	Sts. Abrüstung und Verteidigung
31	Misselwitz	Dr. Hans-Jürgen	SPD	Parl. Sts. Auswärtige Angelegenheiten

Nr.	Name	Vorname	Partei 1990	Ehemalige Funktion
32	Moritz	Dr. Lothar	CDU	Sts. Amt des Ministerpräsidenten
33	Müller	Peter	Prtl.	Sts. Inneres
34	Muschter	Gabriele		Sts. Kultur
35	Niehof	Hans-Jürgen	BFD / FDP	Parl. Sts. Post- und Fernmeldewesen
36	Nissel	Dr. Reinhard	BFD / FDP	Sts. Justiz
37	Pautz	Dr. Uwe	DA / CDU	Sts. Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit
38	Pickart	Winfried	CDU	Sts. Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit
39	Pötschke	Dr. Dieter	SPD	Sts. Forschung und Technologie
40	Prietzelt	Dieter	Prtl.	Sts. Wirtschaft
41	Rechel	Bernward	CDU	Sts. Verkehr
42	Radzi- manowski	Dr. Kersten	Jetzt: NPD	Sts. MfAA
43	Reiher	Dr. Dieter		Sts. Bildung und Wissenschaft
44	Rohde	Dr. Bernd	CDU	Sts. Verkehr
45	Rudorf	Dr. Dieter	SPD	Parl. Sts. Finanzen
46	Schmidt	Thomas	DSU / CDU	Parl. Sts. Gesundheitswesen
47	Schön- felder	Dr. Horst	CDU	Sts. Gesundheitswesen
48	Schulz	Horst	DA / CDU	Parl. Sts. Medienpolitik
49	Schwanitz	Rolf	SPD	Parl. Sts. Justiz
50	Schwarze	Dr. Dieter	DSU / CDU	Sts. Ernährung, Land- und Forstwirtschaft
51	Siegert	Dr. Walter	Prtl.	Sts. Finanzen
52	Skowron	Werner H.	CDU	Sts. Finanzen
53	Stief	Prof. Dr. Eberhard	BFD / FDP	Sts. Inneres
54	Tiesler	Dr. Frank	DSU / CDU	Sts. Auswärtige Angelegenheiten
55	Walter	Manfred	CDU	Sts. Justiz
56	Weber	Dr. Ernst- Hinrich	CDU	Parl. Sts. Forschung und Technologie
57	Wieczorek	Dr. Bertram	CDU	Parl. Sts. Abrüstung und Verteidigung
58	Wolf	Dr. Klaus	CDU	Sts. Post- und Fernmeldewesen
59	Wutzke	Oswald	DA / CDU	Parl. Sts. Wirtschaftliche Zusammenarbeit
60	Ziel	Alwin	SPD	Parl. Sts. Arbeit und Soziales

1.2 Briefwechsel von Markus Meckel und Rainer Eppelmann mit dem Kanzleramt (Frühjahr 2020)

1

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Berlin, den 12. Februar 2020

Eine unerledigte Aufgabe der deutschen Einheit – die Anerkennung der frei gewählten Regierung der DDR im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

2020 begehen wir den 30. Jahrestag der deutschen Einheit. Dies wird vielfältige Anlässe bieten, die Ereignisse der Selbstdemokratisierung nach der Friedlichen Revolution in den Blick zu nehmen und die Ereignisse bis zur Herstellung der deutschen Einheit zu bilanzieren.

Mit unserem Schreiben verfolgen wir zwei Anliegen. Zum einen geht es uns darum, deutlich zu machen, dass der damalige Vereinigungsprozess von zwei demokratisch legitimierten Parlamenten und Regierung verhandelt und beschlossen wurde. Zum anderen geht es uns um die ausstehende Anerkennung von Mitgliedern der letzten DDR-Regierung, namentlich der damaligen Staatssekretäre.

Mit dem 30. Jahrestag der deutschen Einheit ist eine außerordentliche Chance gegeben, die Bedeutung dieses historischen Prozesses für die politische Verfassung unseres Landes deutlich zu machen. Wie besonders die Diskussionen der vergangenen Monate gezeigt haben, existiert bis heute kein Konsens über die damaligen Ereignisse und deren Bedeutung. Im Gegenteil: Die unterschiedlichen Erwartungen und Erfahrungen der Menschen seither werden zunehmend gegeneinander ausgespielt und politisch instrumentalisiert. Dabei geht es nicht allein um Unterschiede der Sichtweisen auf die damaligen Ereignisse und Entscheidungen, sondern um etwas Grundsätzliches. Es geht angesichts neuer gesellschaftlicher Umbrüche um das Vertrauen in die Demokratie, genauer um das Vertrauen in die demokratischen Institutionen, die demokratischen Parteien,



Bundesunmittelbare Stiftung
des öffentlichen Rechts
Geschäftsführung:
Dr. Anna Kaminsky

Ratsvorsitzender:
Markus Meckel
Vorstandsvorsitzender:
Rainer Eppelmann

Anschrift:
Kronenstraße 5 · 10117 Berlin
Internet:
www.stiftung-aufarbeitung.de

Bankverbindung:
Empfänger: Bundeskasse Kiel
Konto 210 010 30 · BLZ 210 000 00
Institut: Bundesbank-Filiale Kiel

Parlamente und Regierungen.

Besonders deutlich wird dies in den ostdeutschen Ländern, wo populistische Deutungen der jüngeren Vergangenheit beträchtlichen Raum bei der Deutung der Ereignisse einnehmen. Dazu trägt auch das in der deutschen Öffentlichkeit vorherrschende Bild bei, dass der Beitrag der Ostdeutschen zur deutschen Einheit mit ihrem Freiheitswillen und dem Mauerfall endete.

Tatsächlich aber ist mit der Wahl der Volkskammer am 18. März 1990 und der Bildung der einzigen demokratisch legitimierten und bevollmächtigten Regierung die DDR nicht „untergegangen“, sondern aufgestiegen zur Demokratie im wahren Sinne des Wortes. Nur so konnte dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung in der DDR entsprechend im Ergebnis der Verhandlungen durch zwei demokratisch gewählte deutsche Regierungen sowie die Verhandlungen dieser Regierungen mit den ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges die Deutsche Einheit geschaffen werden.

Entgegen vielfältiger Interpretationen hatte die letzte und einzig demokratisch legitimierte DDR-Regierung die gleiche demokratische Legitimation wie die Regierung der Bundesrepublik.

Damit sind wir bei dem zweiten Anliegen unseres Schreibens:

Wir sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, die einzige demokratische Regierung der DDR unter Berücksichtigung der historischen Situation und des kurzen Zeitraums ihrer Existenz in vergleichbarer Weise zu behandeln wie jede andere Regierung auf Bundes- und Landesebene in Deutschland. Hier sollte die rechtliche Anerkennung so erfolgen, dass die Arbeit der Staatssekretäre dieser Regierung ebenso anerkannt und finanziell gewürdigt wird wie die der Minister und Ministerinnen.

Für das Parlament, die einzige frei gewählte Volkskammer der DDR ist das bereits geschehen. Der Deutsche Bundestag hat im Dezember 1995 die am 18. März 1990 gewählte Volkskammer im Rechtssystem der Bundesrepublik in einer Novelle des Abgeordnetengesetzes als ein frei und demokratisch gewähltes deutsches Parlament anerkannt, wie jedes andere Parlament auf Bundes- oder Landesebene auch. Das schloss ein, dass bei der Regelung der Altersversorgung ihrer Mitglieder deren Tätigkeit – einschließlich einer Friständerung aufgrund der historischen Abläufe – eingeordnet und rechtlich anerkannt wurde.

Im Unterschied zur Volkskammer ist die von ihr gewählte und damit demokratisch legitimierte

Regierung der DDR bis heute nicht in analoger Weise in das Rechtssystem der Bundesrepublik eingeordnet. Das spiegelt sich bspw. im Gesetz über die Altersversorgung für Mitglieder der frei gewählten Regierung der ehemaligen DDR wider. Darin wurde den Ministern eine „Ehrenpension“ zugesprochen - jedoch als „Geste“, nicht als Rechtsanspruch. Die Staatssekretäre und Staatssekretärinnen, ebenfalls Mitglieder des Ministerrats dieser Regierung, wurden davon ausgenommen – mit der Begründung, die Minister hätten eine „besondere Stellung als einzige demokratisch legitimierte Mitglieder des Ministerrates“.

Mit der Zuerkennung einer „Ehrenpension“ als „Geste“ für die Minister der aus der friedlichen Revolution hervorgegangenen DDR-Regierung an Stelle eines Rechtsanspruchs auf einen Zusatz zur Altersversorgung werden diese den Regierungsmitgliedern jeder anderen deutschen Bundes- oder Landesregierung ausdrücklich nicht gleichgestellt. Dies verkennt den Charakter dieser Regierung. Die Minister dieser Regierung hatten jedoch nicht besondere Verdienste, für die sie geehrt werden müssten, sondern taten als Teil der gewählten Regierung ihre Pflicht, wie es in jeder demokratischen Regierung der Fall ist. Darüber hinaus bedeutet die Begründung für den Ausschluss der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre von jeglichem Anspruch auf einen Zuschuss zur Altersversorgung praktisch eine Aberkennung ihres Mandats als demokratisch legitimierte Mitglieder der DDR-Regierung, was sie als Mitglieder des Ministerrates waren. Damit wird nachträglich ihre Rolle als legitimierte und bevollmächtigte Vertreter der Regierung, die Verhandlungen über den Einigungsvertrag und andere nationale und internationale Verträge führten, negiert.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die Einordnung und Anerkennung der 1990 einzigen frei und demokratisch gewählten DDR-Regierung im Rechtssystem der Bundesrepublik ist eine unerledigte Aufgabe der deutschen Einheit geblieben. Das mag wie eine symbolische Angelegenheit erscheinen. Darin spiegelt sich jedoch letztlich eine Geringschätzung der freien Wahl in der DDR als grundlegendem Akt der Selbstbestimmung wider. Die DDR-Bürger haben die Demokratie nicht durch die Vereinigung erhalten, sondern durch die von ihnen 1989/90 in der DDR erkämpfte und etablierte Demokratie mit Parlament und Regierung wurden die in Verhandlungen zur deutschen Einheit überhaupt erst möglich. Die fehlende Anerkennung dieses Prozesses ist der politischen Kultur in unserem Land abträglich, stützt es doch das Bild, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangene DDR-Regierung sei nicht auf Augenhöhe mit der Bundesregierung und die alte Bundesrepublik habe den Osten „übernommen“.

Heute, dreißig Jahre nach der deutschen Vereinigung, bitten wir Sie und die Bundesregierung, die Einordnung und Anerkennung der 1990 frei und demokratisch

gewählten DDR- Regierung im Rechtssystem der Bundesrepublik in einer Weise zu vollenden, die der Bedeutung und Würde der im März 1990 von den Bürgern der DDR im Ergebnis der friedlichen Revolution gewählten Regierung entspricht.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Meckel



Rainer Eppelmann



Der Chef des Bundeskanzleramtes



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Bundesstiftung Aufarbeitung
Ratsvorsitzenden
Herrn Markus Meckel
Vorstandsvorsitzenden
Herrn Rainer Eppelmann
Kronenstraße 5
10117 Berlin

Prof. Dr. Helge Braun MdB
Bundesminister

HAUSANSCHRIFT
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

POSTANSCHRIFT
11012 Berlin

TEL +49 30 18 400-2070
FAX +49 30 18 400-2359

helge.braun@bk.bund.de

Berlin, *7. April 2020*
Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Meckel, sehr geehrter Herr Eppelmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. Februar 2020 an die Bundeskanzlerin, mit der Sie auf die Bedeutung der aus den Wahlen vom 18. März 1990 hervorgegangenen letzten Regierung der DDR und die Altersversorgungen der Staatssekretäre dieser Regierung eingehen.

Die Bürgerinnen und Bürger der DDR haben sich vor 30 Jahren in einer friedlichen Revolution Demokratie und Freiheit erstritten und der Volkskammer der DDR am 18. März 1990 mit großer Mehrheit ein Mandat zur Herstellung der Einheit Deutschlands gegeben. Dass zwei frei gewählte deutsche Regierungen dies mit einer enormen Energieleistung und großem politischem Geschick in nur sechs Monaten bewerkstelligen konnten, zählte für mich zu den glücklichsten Ereignissen der deutschen Geschichte.

Um der einmaligen historischen Sondersituation Rechnung zu tragen, wurde für die Mitglieder des Ministerrats der letzten DDR-Regierung 2008 eine Sonderregierung im Bundesministerratsgesetz geschaffen. Pensionsansprüche nach diesem Gesetz sind üblicherweise an eine mindestens vierjährigen Amtszeit geknüpft. Die Staatssekretäre gehörten dem Ministerrat der DDR allerdings nicht an. Sie wurden daher nicht in diese Sonderregelung einbezogen.

Auch 30 Jahre nach der Deutschen Einheit fühlen sich noch immer Bürgerinnen und Bürger der DDR durch den Rentenüberleitungsprozess benachteiligt. Der Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode sieht vor, für dieses Gruppen einen Ausgleich durch eine Fondlösung zu schaffen, die sich allerdings auf

Seite 2 von 2

Härtefälle in der Grundsicherung konzentrieren soll. Lösungsmöglichkeiten hierzu werden derzeit in einer Härtefallkommission unter Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziale diskutiert.

Mit freundlichen Grüßen

76 Helge Braun

Helge Braun

2. Personenregister

A

Adenauer, Konrad 73

B

Baker, James 107

Bangemann, Martin 75

Bartsch, Udo 119

Berger, Almuth 7, 15, 17, 20, 25, 49, 119

Blüm, Norbert 96

Brandt, Willy 67

Bräutigam, Hans Otto 79

Bush, George H.W. 62, 114

D

de Maizière, Lothar 12, 14, 16, 20, 31, 32,
34, 51, 56, 58, 66, 68, 69, 78, 89, 108, 115

Delors, Jacques 70, 72, 73, 76

Domke, Helmut 17, 19, 20, 47, 104

Dott, Manfred 119

E

Eppelmann, Rainer 55

Erler, Petra 17, 20, 65, 104

F

Fiedler, Klaus 88

Fleck, Werner 104

Funcke, Liselotte 41

G

Geißler, Heiner 98

Genscher, Hans-Dietrich 54, 57, 58, 71,
72, 107, 110

González, Felipe 72

Gorbatschow, Michail 37, 54, 57, 61, 111,
114

Götting, Gerald 89

Grasse, Marina 119

Günther, Michael 18

H

Havel, Vaclav 73

Heym, Stefan 79

Hildebrandt, Regine 34, 42, 97, 115

J

Jaedtke, Eckhard 67, 68

K

Kirchner, Martin 91

Klier, Freya 88

Kohl, Helmut 13, 54, 57, 61, 62, 80, 108,
109, 111, 115

Krause, Günther 55

Krawczyk, Stephan 88

Kreft, Dieter 91

Kreft, Helga 7, 17, 20, 85, 119

Kunter, Katharina 7, 11, 18, 19, 25, 47, 65,
85, 103

L

Lafontaine, Oskar 115

M

Maier, Hans 58

Meckel, Markus 20, 48, 49, 51, 54, 58, 61,
66, 68, 69, 71, 72, 76, 77, 104, 105, 108,
115, 119

Merkel, Angela 12, 94

Misselwitz, Hans 7, 11, 17, 20, 49, 54, 57,
58, 66, 103, 119

Mitterrand, François 72

Modrow, Hans 29, 30
Muschter, Gabriele 16

N

Nissen, Reinhard 95
Nolte, Claudia 94, 95

P

Paulmann, Johannes 7
Pfeiffer, Anton 95

R

Rönsch, Hannelore 94

S

Scharf, Kurt 87
Schäuble, Wolfgang 13, 15, 55

Schmidt, Christa 91
Schmiese, Wulf 11
Scholz, Olaf 11
Schönherr, Albrecht 87
Schönherr, Oswald 87
Schütz, Klaus 91
Schwesig, Manuela 94
Stavenhagen, Lutz 77–79
Steinbach, Tilo 69, 107
Stolpe, Manfred 42, 59
Sudhoff, Jürgen 55

T

Tiesler, Frank 58, 104
Trende, Wulf 89
Trojan, Carlo 68, 73
Trump, Donald 12

3. Verzeichnis der Herausgebenden

Katharina Kunter, Dr., ist seit 2020 Professorin für Kirchliche Zeitgeschichte/ Contemporary Church History an der Theologischen Fakultät der Universität Helsinki. Veröffentlichungen (Auswahl): *»Es gibt keinen Gott!« Kirchen und Kommunismus. Eine Konfliktgeschichte* (2016, hg. mit Thomas Bremer und Nadezhda Beljakova); *Globalisierung der Kirchen. Der Ökumenische Rat der Kirchen und die Entdeckung der »Dritten Welt« in den 1960er und 1970er Jahren* (2014, hg. mit Anngreth Schilling); *Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume. Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus 1980–1993* (2006) und *Die Kirchen im KSZE-Prozess 1968–1978* (2000). Kontakt: Dr. Katharina Kunter, Faculty of Theology, P.O. Box 4, (Vuorikatu 3), 00014 University of Helsinki, katharina.kunter@helsinki.fi.

Johannes Paulmann, Prof. Dr., ist Direktor des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte in Mainz. Veröffentlichungen (Auswahl): *Globale Vorherrschaft und Fortschrittsglaube. Europa 1850–1914* (2019; Arab. Übers. 2022); *Humandifferenzierung. Disziplinäre Perspektiven und empirische Sondierungen* (2021, hg. mit Dilek Dizdar, Stefan Hirschauer und Gabriele Schabacher); *Gendering Global Humanitarianism in the Twentieth Century* (2020, hg. mit Esther Möller und Katharina Stornig) und *Kulturelle Souveränität. Politische Deutungs- und Handlungsmacht jenseits des Staates im 20. Jahrhundert* (2017, hg. mit Gregor Feindt und Bernhard Gißibl). Kontakt: Prof. Dr. Johannes Paulmann, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Alte Universitätsstraße 19, 55116 Mainz, paulmann@ieg-mainz.de.